Deutscher Bundestag **Drucksache 17/10803**

17. Wahlperiode 04. 10. 2012

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2012

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Teil A	**Bericht**	3
I.	**Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands**	3
II.	**Wirtschaftlicher Konvergenzprozess in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung**	4
II.1	Wirtschaftliche Konvergenz – eine Definitionsfrage	5
II.2	Wirtschaftliche Entwicklung, Innovationsaktivitäten und Arbeitsmarkt	5
II.2.1	Wirtschaftliche Situation	5
II.2.2	Schwerpunkte der Förderpolitik in Ostdeutschland	7
II.2.2.1	Solidarpakt II und EU-Strukturpolitik	8
II.2.2.2	Perspektiven für ländliche Räume	9
II.2.2.3	Stärkung von betrieblichen Investitionen und Innovationen	11
II.2.2.4	FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft	13
II.2.2.5	Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand	15
II.2.2.6	Gemeinnützige externe Industrieforschungseinrichtungen	15
II.2.2.7	Horizont 2020 – das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation	16
II.2.2.8	Cluster/Netzwerke	17
II.2.3	Produktivitätsentwicklung und Lohnstückkosten (Wettbewerbsfähigkeit)	17
II.2.4	Zukunftsbranchen (Cleantech u. a.)	18

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 28. September 2012 gemäß Beschluss vom 28. Mai 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13121).

		Seite
II.2.5	Internationale Investorenwerbung	19
II.2.6	Bundeswehr als Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft	19
II.3	Entwicklung am Arbeitsmarkt	20
II.3.1	Arbeitsmarkt und Beschäftigung	20
II.3.2	Demografische Entwicklung am Arbeitsmarkt	20
II.3.3	Handlungsfelder	21
II.3.3.1	Aktive Arbeitsmarktpolitik	21
II.3.3.2	Fachkräfte für den ostdeutschen Arbeitsmarkt	21
II.4	Wohlstand (Lebenserwartung/Einkommen/Vermögen/Kaufkraft)	24
II.4.1	Entwicklung der Lebenserwartung	24
II.4.2	Einkommenssituation der privaten Haushalte	25
II.4.3	Alterssicherung	26
II.4.4	Kaufkraft	26
II.5	Demografie	28
II.5.1	Demografische Entwicklung und anzugehende Herausforderungen	28
II.5.2	Demografiestrategie der Bundesregierung	30
II.5.2.1	Sicherung der Daseinsvorsorge – eine zentrale Herausforderung in den neuen Ländern	30
II.5.2.1.1	GKV-Versorgungsstrukturgesetz	31
II.5.2.1.2	Pflegeversicherung	32
II.5.2.2	Breitband	32
II.6	Finanzpolitische Situation der ostdeutschen Länder	33
III.	**Ausblick**	34
Teil B	**Aktuelle Maßnahmen/Initiativen und laufende Programme der Bundesregierung für die neuen Länder**	36
Teil C	**Wirtschaftsdaten für die neuen Bundesländer**	65

Teil A Bericht

I. Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands

Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist politisches Handlungsziel und Grundanliegen für die Arbeit der Bundesregierung. Die demografischen Veränderungen und die sich verengenden finanziellen Spielräume sind wichtige Elemente des Rahmens, in dem sich Politik, Verwaltung und Wirtschaft in den nächsten Jahren bewegen.

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist der Prozess des Zusammenwachsens zwischen Ost und West weit vorangeschritten. Zugleich bleibt noch ein Stück Weg zu gehen, um die wirtschaftlichen Unterschiede in Deutschland entlang der ehemaligen Trennungslinie zu überbrücken. Neben den in diesem Bericht schwerpunktmäßig betrachteten Herausforderungen der wirtschaftlichen Angleichung und des Arbeitsmarktes vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, ist die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Aufarbeitung des SED-Unrechts weiterhin eine wichtige Aufgabe.

Als ein konkretes Beispiel dafür ist hier der in diesem Jahr eingerichtete Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ zu nennen, der einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Unrechts leistet. Der vom Bund und den ostdeutschen Ländern im März 2012 vorgelegte Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ dokumentiert, dass vielen Kindern und Jugendlichen in Heimen der DDR-Jugendhilfe schweres Leid und Unrecht zugefügt worden ist, an dessen Folgeschäden sie heute noch leiden. Seit 1. Juli 2012 besteht der von Bund und den ostdeutschen Ländern gemeinsam getragene Fonds mit einem Volumen von insgesamt 40 Mio. Euro. Daraus sollen Betroffene Hilfen und Unterstützungsleistungen bei heute noch bestehenden Folgeschäden oder bei Minderung von Rentenansprüchen erhalten.

Der in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Fokus stehende Aufbau der Infrastruktur ist weit voran geschritten. Die Infrastrukturprojekte der Deutschen Einheit sind überwiegend fertig gestellt und in Betrieb. Seit 1991 wurden in den ostdeutschen Ländern insgesamt rd. 82 Mrd. Euro in die Schienenwege des Bundes, in die Bundesfern- und -wasserstraßen sowie im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) in kommunale Straßen, S-, U- und Stadtbahnen investiert. Damit betrug der Anteil der ostdeutschen Länder bei einem Bevölkerungsanteil von etwa 20 Prozent und einem Flächenanteil von rund 34 Prozent knapp 36 Prozent der Gesamtinvestitionen. Dieses Verhältnis bringt die Anstrengungen des Bundes zur Beseitigung des 1990 im Osten vorhandenen Defizits an leistungsfähiger Verkehrsinfrastruktur zum Ausdruck.

Die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands hat sich in den vergangenen zwei Dekaden grundlegend verändert. Es ist eine international wettbewerbsfähige, mittelständisch strukturierte Wirtschaft entstanden. Die neuen Länder sind allerdings auch heute noch, im 22. Jahr nach der Wiedervereinigung, durch viele gemeinsame strukturelle Merkmale und Herausforderungen gekennzeichnet, die ein noch fortbestehendes Defizit im Hinblick auf die Angleichung an die westdeutschen Bundesländer dokumentieren. Zugleich beginnen sich unterschiedliche räumliche Wirtschafts- und Branchenschwerpunkte sowie demografisch bedingte Differenzierungen herauszubilden. Das Bild eines einheitlichen Raumes zwischen Ostsee und Erzgebirge ist daher immer weniger zielführend; auch die alten Bundesländer bilden keinen homogenen Raum.

Das in den neuen Ländern in den vergangenen zwei Jahrzehnten in wirtschaftlicher Hinsicht Erreichte ist beeindruckend. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die westdeutschen Länder natürlich nicht auf dem Niveau von 1990 stehen blieben, sondern ihrerseits eine erfolgreiche Wachstumsphase – teilweise gerade bedingt durch den Einigungsprozess – absolvierten. Diese Entwicklung muss von den aufholenden ostdeutschen Ländern mit bewältigt werden. Die gelungene Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft und die Integration der ostdeutschen Länder in das föderale Staats- und Rechtssystem bleibt eine große Leistung der Deutschen Einheit.

Deutlich werden diese Entwicklungen beim Vergleich der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland. Volkswirtschaftliche Kennziffern wie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, die Arbeitslosenquote oder die Höhe des erreichten Kapitalstocks bieten nach wie vor wichtige Maßstäbe der Orientierung. Sie zeigen, dass die Angleichung der neuen Bundesländer an das hohe Wirtschafts- und Wohlfahrtsniveau der alten Bundesländer weiter vorangekommen ist, aber dennoch der Abstand zwischen Ost und West bis heute beachtlich geblieben ist. Allerdings sind Durchschnittsbetrachtungen zwischen Ost und West immer weniger hinreichend, den Besonderheiten der Entwicklungsprozesse in Ostdeutschland gerecht zu werden. Dies gilt besonders dann, wenn konkret nach Stärken und Schwächen der bisherigen Entwicklungen nachgefragt wird. Daher ist es sinnvoll, den Blick zu erweitern und neben den etablierten ökonomischen Durchschnittsvergleichen noch stärker als bisher die Beobachtungen zu differenzieren, um einen präziseren Vergleich der Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Dabei sollen strukturelle Zusammenhänge beleuchtet werden, die die wirtschaftlichen Konvergenzprozesse maßgeblich beeinflussen. Dazu zählt beispielsweise, ob der erhebliche Mangel an größeren Unternehmenseinheiten und -zentralen als Folge des Transformationsprozesses nach der Wiedervereinigung bis heute Wachstum, Innovation oder das Erschließen von Auslandsmärkten negativ beeinflusst. Ein weiterer wichtiger Vergleichsmaßstab ist die Betrachtung der regionalen Entwicklung: Mit ihrer Hilfe können präzisere und differenziertere Aussagen über die Wirtschaft, die Lebensqualität und Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger vor Ort getroffen werden.

Der Bericht befasst sich daher mit Fragen nach der Konvergenz in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt auch mit Blick auf die regionalen Unterschiede.

Für eine umfassende Betrachtung des bisherigen Entwicklungsweges der neuen Länder muss die demografische Entwicklung einbezogen werden. Sie wirkt in vielfältiger Weise auf nahezu alle Lebensbereiche, so z. B. auf die Arbeitsmärkte und die Entwicklung der ländlichen Räume und schafft Herausforderungen im Bildungs- oder Sozialbereich. Dabei hat der Bevölkerungsrückgang in Ostdeutschland vordergründig auch positive Aspekte. Auf den Ausbildungs- und Arbeitsmärkten hat er – im Zusammenspiel mit einer guten wirtschaftlichen Entwicklung – in den letzten Jahren für spürbare Entspannung gesorgt. Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland ist auch deshalb stark gesunken. Andererseits werden viele Regionen durch deutlichen Bevölkerungsrückgang vor schwierige Herausforderungen hinsichtlich der Aufrechterhaltung eines ausreichenden Angebots an öffentlichen Leistungen und einer ausreichenden Fachkräfteversorgung gestellt.

Entscheidend ist, den demografischen Wandel grundsätzlich als Chance für die Modernisierung unserer Gesellschaft zu begreifen und nutzbar zu machen. Der Übergang zu einer kleiner und älter werdenden Gesellschaft erfordert ein Umdenken in Strukturen und Organisationsformen und ein neues Verständnis des Miteinander und der Verantwortung für die Gesellschaft und jeden Einzelnen.

Bei der Sicherung der Daseinsvorsorge geht es um mehr als nur um die Versorgung der Bevölkerung mit existenzsichernden Leistungen vor Ort. Es geht auch darum, die Voraussetzung für ein attraktives und familienfreundliches Umfeld, soziale Netzwerke und gesellschaftliche Teilhabe. Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt sind der „Kitt“ für das gesellschaftliche Leben und die Zukunftsfähigkeit der ländlichen und strukturschwachen Regionen. Daneben ist es auch für Unternehmen und Investoren existentiell, dass sie in den Regionen eine leistungsfähige und unternehmensrelevante Infrastruktur vorfinden. Daher tragen Bund, Länder und Kommunen eine besondere Verantwortung für die Daseinsvorsorge.

Nach wie vor besteht die Notwendigkeit, dass die Bundesregierung im Politikprozess für die neuen Länder Impulse setzt, sie begleitet, berät und daran mitwirkt. Die Politik für die neuen Länder ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Dabei steht eine verlässliche Fortsetzung und Optimierung der Förderpolitik für die neuen Länder im Mittelpunkt.

II. Wirtschaftlicher Konvergenzprozess in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung

Deutschland, und vor allem Ostdeutschland, ist aufgrund seiner spezifischen Wirtschaftsstruktur verhältnismäßig gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre gekommen. Die klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur der neuen Länder hat sich auch unter diesen Rahmenbedingungen als wettbewerbsfähig erwiesen.

Die ökonomischen Kennzahlen für Ostdeutschland zeigen dabei sowohl das Erreichte als auch die noch verbleibenden Herausforderungen auf: Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner liegt inzwischen bei 71 Prozent des westdeutschen Niveaus[1]. Beim Vergleich der ostdeutschen Länder, einschließlich des Stadtstaats Berlin, mit den strukturschwachen westdeutschen Flächenländern (Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland) und dem Stadtstaat Bremen, ergibt sich ein Niveau von knapp 80 Prozent.

Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung liegt in Ostdeutschland bei knapp 20 Prozent. Das ist deutlich mehr als in anderen großen Industriestaaten wie z. B. den USA, Großbritannien oder Frankreich. Die Produktivität, d. h. das BIP je Erwerbstätigem, das 1991 bei nur rd. 25 bis 30 Prozent lag, liegt 2011 bei rund 79 Prozent des Westniveaus. Die Exportquote der neuen Länder liegt bei 34 Prozent und damit auf dem Niveau von Westdeutschland im Jahre 1998 (Westdeutschland heute 46 Prozent).

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Die Arbeitslosigkeit ist im Jahresdurchschnitt 2011 mit 11,3 Prozent auf den bislang niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung gesunken. Zugleich nahmen Erwerbstätigkeit und insbesondere die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter zu. Insgesamt liegt die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland im Durchschnitt höher als in den westlichen Bundesländern. Dabei bestehen deutliche regionale Unterschiede. Einige ostdeutsche Regionen weisen durchaus auch geringere Arbeitslosenquoten auf als einzelne Regionen Westdeutschlands (vgl. Kap. II.3.1).

Die in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt und darüber hinaus bestehenden Herausforderungen in den ostdeutschen Bundesländern werden bereits jetzt durch die demografische Entwicklung geprägt. Der Rückgang der Bevölkerungszahl bei einer gleichzeitigen Alterung der Gesellschaft hat in Ostdeutschland besonders früh und tiefgreifend eingesetzt. Besonders spürbar ist bereits heute der Nachwuchskräfterückgang auf dem ostdeutschen Ausbildungsmarkt. Diese Entwicklungen verschärfen auch den Wettbewerb um Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Da ein Mangel an qualifizierten Fachkräften zu einem Hemmnis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den Unternehmen werden könnte, bleibt die Sicherung des Arbeitskräfteangebots eine der zentralen Herausforderungen aller politischen Ebenen, die es in den kommenden Jahrzehnten zu bewältigen gilt.

---

[1] Nach der aktuellen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auf die neue Wirtschaftszweigstatistik WZ 2008 wird das BIP pro Kopf für Ostdeutschland etwas niedriger bei real rd. 71 Prozent West ausgewiesen. Allerdings liegen bislang erst Rückrechnungsergebnisse bis 2008 vor, weshalb für einen Vergleich mit früheren Jahren noch die VGR-Zahlen auf Basis der bisherigen WZ 2003 verwendet werden müssten. Gemäß der VGR-Zahlen vor der Revision betrug das BIP pro Kopf 2010 73 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Eine verantwortungsbewusste Politik zur Bewältigung der aktuellen und zukünftigen demografischen Herausforderungen muss auch im Interesse der besonderen Verhältnisse in Ostdeutschland differenziert und vorausschauend sein. Es muss alles dafür getan werden, um die Potenziale unserer Gesellschaft besser auszuschöpfen, gleichzeitig bedarf es der Förderung einer gezielten Einwanderung für hochqualifizierte Fachkräfte. Diese Strategie ist der Schlüssel, um auch in Zukunft international wettbewerbsfähig zu bleiben. Politik und Wirtschaft sind dabei in gleichem Maße gefordert, die Zukunft zu gestalten, um dem Standort in Europa auch weiterhin eine bedeutsame Rolle in einer globalisierten Welt zu sichern.

Der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland muss weiterhin große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wichtiges Standbein ist vor allem die Investitionsförderung, mit deren Hilfe Unternehmen leichter investieren und wachsen können. Mit Auslaufen der steuerlichen Investitionszulage konzentriert sich die Investitionsförderung auf die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Ebenso ist die Sicherung der Fördermöglichkeiten im Rahmen der EU-Strukturfonds und der Regionalbeihilferegeln auf möglichst hohem Niveau in der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020 von besonderer Bedeutung.

Die relativ kleinteilige Wirtschaftsstruktur muss sich auf lange Sicht verändern. Das heißt konkret, die heute kleinen und mittleren Unternehmen müssen stärker wachsen. Innovationen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung und für Wachstum und Beschäftigung. Das erfolgreich entwikkelte dichte Netz von Wissenschaftseinrichtungen wird durch ein engeres Zusammenwirken von öffentlicher Forschung und privatwirtschaftlicher Technologieumsetzung weiterentwickelt werden müssen, um das in der Forschung generierte Wissen in Innovationen und marktfähige Produkte oder Dienstleistungen zu überführen.

Erfolgreich war bisher in ostdeutschen Regionen das Anknüpfen an traditionelle regionale Stärken im technologischen Bereich. Neben den klassischen Branchen, wie der chemischen Industrie und dem Maschinenbau, haben sich in den letzten Jahren auf verschiedenen Zukunftsfeldern, wie Mikroelektronik, Gesundheitswirtschaft oder der Biotechnologie besondere Stärken entwickelt. Bei dem Zukunftsfeld Erneuerbare Energien nimmt Ostdeutschland schon länger eine Vorreiterrolle ein und hat deshalb bei der beschlossenen Energiewende eine besonders gute Ausgangsposition.

Die erfolgreiche Förderstrategie für Ostdeutschland bedeutet, sich an den spezifischen Stärken und Potenzialen Ostdeutschlands zu orientieren: Förderung von Forschung, Wissenschaft, Innovation und Investitionen, nach dem Prinzip „Stärken stärken“.

Erfolgreiche Beispiele der Clusterförderung finden sich hierfür in der Automobil- oder der Chemie- und Kunststoffindustrie, die zur Überwindung des Nachteils der Kleinteiligkeit auf Kooperation und Vernetzung setzen. Auch die gezielte Anwerbung internationaler Investitionen trägt zum Ausbau von Arbeitsplätzen und der internationalen Vernetzung bei.

Für die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland kommt der Attraktivität des Standortes eine maßgebliche Rolle zu. Standortqualität bemisst sich im demografischen Wandel auch an Faktoren, die sich an potentielle Beschäftigte richten. Dazu gehören zum Beispiel auch gute Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und nicht zuletzt der Höhe der Einkommen.

Nachfolgend werden die Entwicklung sowie der aktuelle Stand der Deutschen Einheit dargelegt und die noch bestehenden Herausforderungen bei den jeweiligen Themenstellungen angesprochen. Die aktuell laufenden Programme werden teilweise im jeweiligen Kapitel kurz benannt und im Berichtsteil B näher erläutert. Jedes Kapitel beinhaltet eine Bestandsaufnahme mit Potenzialanalyse und – je nach Herausforderung im konkreten Politikbereich – den Handlungsbedarf.

II.1 Wirtschaftliche Konvergenz – eine Definitionsfrage

Wesentliche Maßstäbe der ökonomischen Konvergenz sind das BIP pro Kopf und die Höhe der regionalen Arbeitslosenquoten. Diese Kenngrößen geben der Politik entscheidende Anhaltspunkte In ganz Deutschland gibt es strukturelle Unterschiede, wie auch der Vergleich zwischen westdeutschen städtischen und ländlichen Regionen zeigt. Der Vergleich nur auf Länderebene ist nicht immer zielführend, da sich im Osten (wie im Westen) regional stark ausdifferenzierte Wachstumsmuster entwickelt haben und gemittelte Werte auf Länderebene wenig über die Entwicklungserfolge vor Ort aussagen. Die Durchschnittswerte für ganz Ostdeutschland überdecken teilweise hoffnungsvolle Entwicklungen in erfolgreichen Regionen. Insofern werden in diesem Bericht auch regionale Vergleiche vorgenommen, um auch auf dieser Ebene Unterschiede im Angleichungsprozess sichtbar zu machen.

Dabei gilt es, das bisher Erreichte im bewältigten Aufholprozess auch mit ergänzenden Indikatoren differenzierter darzustellen, um ein aussagekräftigeres Bild zu erhalten. Ziel ist festzustellen, wo die ostdeutschen Länder noch besonderer Unterstützung bedürfen, um die weitere Angleichung voranzubringen.

II.2 Wirtschaftliche Entwicklung, Innovationsaktivitäten und Arbeitsmarkt

II.2.1 Wirtschaftliche Situation

Die kräftige Erholung der deutschen Wirtschaft im Anschluss an die Rezession der Jahre 2008/2009 konnte auch 2011 fortgesetzt werden; das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichte preisbereinigt drei Pro-

zent[2], gleichzeitig sank das Staatsdefizit und die Staatsverschuldung.

Auch die ostdeutsche Wirtschaft konnte 2011 gemessen am BIP deutlich wachsen, im Vergleich mit strukturstarken westdeutschen Regionen gibt es jedoch noch immer einen Rückstand. So liegt das Wachstum des ostdeutschen BIP (einschließlich Berlin) 2011 mit preisbereinigt 2,5 Prozent noch immer unter dem Bundesdurchschnitt von 3,0 Prozent. Die Angleichung zwischen alten und neuen Bundesländer ist in den letzten Jahren indes vorangekommen. Sie weist jedoch im Vergleich mit den 90er Jahren ein deutlich verlangsamtes Tempo auf, ein normales Phänomen im Konvergenzprozess. Betrachtet man die Produktivität, so erreicht die ostdeutsche Wirtschaft im Durchschnitt rund 79 Prozent des Niveaus der westdeutschen Wirtschaft.

Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)

Im Jahr 2011 wurde vom Statistischen Bundesamt turnusgemäß eine große Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgenommen. Die Revision diente der Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auf die neue Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008 anstatt WZ 2003)[3] sowie der Einbeziehung neuer Datenquellen, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Revidierte Angaben auf Länderebene wurden zunächst für die Berichtsjahre 2008 bis 2011 veröffentlicht[4]. Dies hat auch Konsequenzen für diesen Bericht: längerfristige Vergleiche können nur auf der Basis der alten Wirtschaftszweigstatistik WZ 2003 dargestellt werden. Neueste Zahlen beruhen dagegen auf der neuen Klassifikation der WZ 2008. Es wird angegeben, wenn die Daten auf alter Basis benutzt werden.

Revisionen der VGR sind übliche und regelmäßig durchgeführte technische Anpassungen im europäischen Rahmen mit der die Qualität der Statistik hinsichtlich der Abbildung der Wirtschaftsstruktur und des Wirtschaftsniveaus verbessert wird. Die Länderergebnisse nach der Revision unterscheiden sich teilweise von den bisher veröffentlichten Daten und sind aufgrund der methodischen Veränderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

In den Ländern wurde das BIP-Niveau durch die Revision für die Jahre 2008 bis 2010 deutlich stärker verändert als auf Bundesebene, wobei vor allem die ostdeutschen Flächenländer (2008: -2,5 Prozent für Brandenburg, bis -6,5 Prozent für Thüringen, in jeweiligen Preisen) Berlin (+5,7 Prozent) aber auch Bayern (-4,3 Prozent) und Hamburg (+6,9 Prozent) betroffen sind. Zurückführen lassen sich diese Abweichungen in den ostdeutschen Ländern vor allem auf den im Zuge der Revision festgestellten geringeren Wertschöpfungsanteil im Dienstleistungsbereich. Dagegen wurde für das Produzierende Gewerbe die Wertschöpfung in Ostdeutschland prozentual stärker angehoben als in Westdeutschland, was vor allem auf die Bauwirtschaft und die Energie- und Wasserwirtschaft zurückzuführen ist. Damit unterstreichen die neuen Zahlen die bekannten Strukturunterschiede zur westdeutschen Wirtschaft, insbesondere die Schwächen im Dienstleistungssektor.

Durch die Revision fiel der Wachstumseinbruch in 2009 in West- und Ostdeutschland etwas größer aus (Westdeutschland: preisbereinigt -5,5 statt -5,1 Prozent; Ostdeutschland einschl. Berlin: -3,0 statt -2,6 Prozent). In 2010 änderten sich die positiven Wachstumsraten kaum (Westdeutschland: preisbereinigt 4,0 statt 3,9 Prozent; Ostdeutschland einschl. Berlin: 2,1 statt 2,2 Prozent). Damit bleiben die Trends beim Wirtschaftswachstum erhalten und die erreichten Erfolge werden durch die aktuelle VGR-Revision nicht in Frage gestellt. Das Niveau der ostdeutschen Länder einschließlich Berlin beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Vergleich zu Westdeutschland reduzierte sich in 2010 um rund zwei Prozentpunkte auf 71 Prozent und beim Vergleich mit den strukturschwachen westdeutschen Ländern einschließlich Bremen nur um 1,4 Prozentpunkte auf 83,4 Prozent. Der durch die VGR-Revision bewirkte Niveauunterschied bei der Konvergenz ist relativ gering. Er spricht derzeit nicht für eine grundsätzliche Neubewertung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland.

Wachsende strukturelle und regionale Differenzierung

Die Gründe für die bestehenden Unterschiede in der Wirtschaftskraft liegen vorrangig in den strukturellen Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland. Die ostdeutsche Wirtschaft ist im Kern eher kleinteilig und weist kaum Großunternehmen und Konzernzentralen auf. Vor allem der Mangel an Großunternehmen wirkt sich dämpfend auf das durchschnittliche Produktivitätsniveau und damit auf die Einkommen in den neuen Bundesländern aus. Außerdem sind sektorale Unterschiede erkennbar, die wiederum mit einer geringeren Forschungsintensität und Internationalisierung ostdeutscher Unternehmen einhergehen. In der geringeren Exportorientierung der ostdeutschen Wirtschaft ist ein wesentlicher Grund für im gesamtdeutschen Vergleich geringere Wachstumsraten zu sehen, ist doch gerade der Export ein wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands der letzten Jahre. So betrug der Anteil der Auslandsumsätze ostdeutscher Industriebetriebe an den Gesamtumsätzen im Jahr 2011 im Durchschnitt 32,3 Prozent, während der westdeutsche Vergleichswert bei 45,9 Prozent[5] liegt.

In Ostdeutschland hat sich ein wettbewerbsfähiger Mittelstand etabliert, wobei eine Entwicklung hin zu unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten – teils traditionell bedingt, teils neu geschaffen – in den einzelnen Ländern stattgefunden hat. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Betriebe hat sich seit 1990 stark verbes-

[2] Quelle: Statistisches Bundesamt, siehe www.vgrdl.de

[3] http://www.destatis.de/DE/Publikationen/Verzeichnis/Verzeichnis-Aktuell.html

[4] Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder, Juli 2012.

[5] Siehe IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2012.

sert, wie dies an der Entwicklung der Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes von rd. 12 Prozent Mitte der 90er Jahre bis heute auf fast 35 Prozent ersichtlich ist. Sie liegt damit im europäischen Vergleich im vorderen Bereich.

Damit konnte sich trotz der strukturellen Defizite in den vergangenen Jahren eine wettbewerbsfähige industrielle Basis entwickeln. Das Verarbeitende Gewerbe wächst sehr dynamisch, im Jahr 2011 mit 10,6 Prozent (WZ 2008). Daran wird die bemerkenswerte industrielle Wiederbelebung nach dem starken Einbruch der industriellen Wertschöpfung nach dem Jahr der weltweiten Wirtschaftskrise 2009 sowie seit Anfang des Aufbaus Ost deutlich sichtbar. Regionale und sektorale Schwerpunkte bilden sich heraus. Beispiele hierfür sind die Automobil- und die Chemische Industrie oder neue zukunftsweisende Industrien wie die Mikroelektronik.

Der Vergleich der ostdeutschen Länder untereinander über den Zeitraum der letzten 20 Jahre zeigt, dass die jeweilige Wirtschaftskraft gemessen am Pro-Kopf-BIP durchaus ein vergleichbares Niveau hat. Erst bei einer weiteren regionalen Differenzierung nach Kernstädten, ländlichem und verdichtetem Umland sowie ländlichem Raum werden Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen sichtbar. Ostdeutsche Kernstädte, wie Leipzig, Erfurt, Potsdam oder Magdeburg avancierten zu Zentren der industriellen Entwicklung, des Dienstleistungssektors und auch im Bereich der Forschung und Entwicklung. Diese Tendenzen belegen das Pro-Kopf-BIP sowie die Einkommensentwicklung: Leipzig beispielsweise verzeichnete im Jahr 2009 mit 26 302 Euro einen deutlich höheren Wert im Vergleich zum Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, einem ländlichen Raum mit einem Pro-Kopf-BIP von 17 007 Euro. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer zeigen ein ähnliches Bild: 24 013 Euro verdient ein Arbeitnehmer durchschnittlich in Leipzig, in Kreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sind es durchschnittlich lediglich 21 482 Euro.

Wahr ist aber auch, dass die ostdeutschen Kernstädte noch nicht die Rolle als Wirtschaftsmotor eingenommen haben, wie der Vergleich mit ihren westdeutschen Pendants zeigt. So hat Leipzig beim Pro-Kopf-BIP in Höhe von 26 302 Euro lediglich rund 59 Prozent des Wertes von Nürnberg (44 424 Euro) erreicht. Überraschend sind hingegen die Ergebnisse des Ost-West-Vergleichs bei ländlichen Regionen. Vergleicht man hier den Wert des Kreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (17 007 Euro) mit dem des Landkreises Holzminden in Niedersachsen (21 590 Euro), zeigt sich mit 79 Prozent ein Wert, der einen weit fortgeschritteneren Angleichungsprozess ländlicher Räume in Ost und West belegt[6].

Mit dem weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland wird sich – wie das vorstehende Beispiel illustriert – mit großer Wahrscheinlichkeit auch die regionale Differenzierung erhöhen.

[6] Quelle: IWH-Gutachten „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“ 2011, Kap. 13.

Insgesamt steht die ostdeutsche Wirtschaft trotz der aktuellen guten Lage und den moderaten Wachstumsaussichten für 2012 aber künftig vor großen Herausforderungen: so ist die Innovationskraft als eine entscheidende Quelle für weiteres Wirtschaftswachstum zu stärken, in dem ein engeres Zusammenwirken von öffentlicher Forschung und privatwirtschaftlicher Technologieumsetzung erreicht wird. Der demografische Wandel und ein damit einher gehendes abnehmendes Arbeitskräfteangebot erfordert ferner die Entwicklung passgenauer Lösungen zur Fachkräftesicherung. Ostdeutsche Unternehmen müssen außerdem weiter wachsen und sich stärker überregionalen Märkten zuwenden.

II.2.2 Schwerpunkte der Förderpolitik in Ostdeutschland

Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe der Bundesregierung. Wichtiges Standbein ist vor allem die Investitionsförderung, mit deren Hilfe Unternehmen leichter investieren und wachsen können. Da die steuerliche Investitionszulage Ende 2013 ausläuft, wird die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das zentrale Instrument der nationalen regionalen Wirtschaftsförderung. Gemeinsam unterstützen Bund und Länder strukturschwache Regionen, die den Strukturwandel aus eigener Kraft nicht bewältigen können bzw. die vor besonderen regionalen Herausforderungen stehen.

Hauptziel der GRW ist die Schaffung bzw. Sicherung dauerhaft wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze in strukturschwachen Regionen durch die Förderung von gewerblichen Investitionen, Investitionen in die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen.

- Die Förderung gewerblicher Investitionen zielt darauf ab, den wachstumsnotwendigen Strukturwandel zu erleichtern und die Einkommenslage vor Ort direkt zu verbessern.
- Daneben wird durch den Ausbau einer leistungsfähigen kommunalen wirtschaftsnahen Infrastruktur eine wichtige Voraussetzung zur Ansiedlung von Unternehmen sowie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit strukturschwacher Regionen erfüllt.
- Über Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (bspw. regionale Entwicklungskonzepte, Regional- und Clustermanagement) werden die endogenen regionalen Wachstumskräfte aktiviert.

Rund 6/7 der GRW-Mittel fließen in die neuen Länder. Im Jahr 2011 wurden für Ostdeutschland GRW-Mittel (Bundes- und Landesmittel einschließlich EFRE Kofinanzierung) in Höhe von 1,628 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der gewerblichen Investitionsförderung konnten dadurch über 17 000 Arbeitsplätze geschaffen und weitere 69 000 gesichert werden.

Wie in den vergangenen Jahren konnte damit in den ostdeutschen Ländern regelmäßig ein Investitionsvolumen von 5 bis 6 Mrd. Euro angestoßen werden. Dies entspricht in etwa der Hälfte des jährlichen Investitionsvolumens im Verarbeitenden Gewerbe. Die positiven Beiträge der GRW für die wirtschaftlichen Chancen der Menschen in den strukturschwachen Regionen werden auch in den letzten Evaluationen deutlich. Mit einem Beschäftigungszuwachs von 4,6 Prozent und einem Lohnzuwachs von 6 Prozent im Jahr entwickelten sich die geförderten Betriebe durchweg positiv. Dabei zeigen die Betriebe in Ostdeutschland die stärkste Dynamik.

Eine entscheidende Quelle für weiteres Wirtschaftswachstum ist die Stärkung der Innovationskraft in Ostdeutschland. Dem erfolgreich entwickelten dichten Netz von Wissenschaftseinrichtungen muss jetzt ein engeres Zusammenwirken von öffentlicher Forschung und privatwirtschaftlicher Technologieumsetzung folgen. Augenmerk ist darauf zu richten, das in der Forschung generierte Wissen in Innovationen und in marktfähige Produkte oder Dienstleistungen zu überführen.

II.2.2.1 Solidarpakt II und EU-Strukturpolitik

Im Rahmen des Solidarpakts II erhalten die ostdeutschen Flächenländer und Berlin nach § 11 Absatz 3 Finanzausgleichsgesetz Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Insgesamt werden im Zeitraum von 2005 bis 2019 Mittel in Höhe von rd. 105 Mrd. Euro im so genannten Korb I bereitgestellt. Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sind im Zeitablauf degressiv gestaltet, seit 2009 werden sie in regelmäßigen jährlichen Abbaustufen von 0,7 bis 0,8 Mrd. Euro abgeschmolzen und laufen im Jahr 2019 mit einer letzten Rate von 2,1 Mrd. Euro aus. Im Jahr 2011 erhielten die ostdeutschen Flächenländer und Berlin Mittel in Höhe von rd. 8,0 Mrd. Euro aus dem Korb I.

Die Bundesregierung hat sich darüber hinaus verpflichtet, im gleichen Zeitraum als Zielgröße weitere rund 51 Mrd. Euro in Form von überproportionalen Leistungen für den Aufbau Ost einzusetzen, um den wirtschaftlichen Aufholprozess zu stärken. Im Vordergrund stehen dabei gemäß der Verständigung von Bund und Ländern im November 2006 die Förderbereiche Investitionen und Innovationen in der Wirtschaft, Verkehr, Wohnungs- und Städtebau, Beseitigung ökologischer Altlasten und Standortsanierung. Im Zeitraum von 2005 bis 2010 wurden aus dem Korb II insgesamt rd. 31 Mrd. Euro geleistet. Damit hat der Bund innerhalb von sechs Jahren bereits rund 60 Prozent seiner Verpflichtungen aus dem Korb II des Solidarpakts II erbracht.

Das Ziel der EU-Strukturpolitik ist es, wirtschaftlich schwächeren Regionen zu helfen, Standortnachteile abzubauen und ihnen den Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen. Die ostdeutschen Länder erhalten dafür über 15 Mrd. Euro in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013. Diese Mittel können zur Förderung von Unternehmensinvestitionen, Innovationen, der Förderung von Arbeitnehmern und Ausbildung bis hin zur Stadtentwicklung und Verbesserung der Infrastruktur verwendet werden. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zum Gelingen des Aufbaus Ost und damit für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung.

Die Verhandlungen zur Gestaltung der nächsten Strukturfondsperiode 2014 bis 2020 sind in diesem Jahr in die entscheidende Phase getreten. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass auch weiterhin strukturschwache Regionen in ganz Deutschland mit Strukturfondsmitteln gefördert werden können.

Dabei sind zwei Teilbereiche zu unterscheiden: Zum einen sind es die EU-Strukturfonds, mit deren Mittel Fördermaßnahmen finanziert werden können, zum anderen ist es das EU-Regionalbeihilferecht, das den Rahmen für eine wettbewerbsneutrale Wirtschaftsförderung setzt, in dem es z. B. die Höhe der Fördersätze bestimmt. Beide Bereiche sind von großer Bedeutung für die künftige Förderpolitik in Ostdeutschland.

Im Bereich der EU-Strukturfonds setzt sich die Bundesregierung insbesondere in den Fragen der künftigen Höhe der finanziellen Mittel, der Einbeziehung aller Regionen Ostdeutschlands in eine wirksame Strukturförderung, des Erhalts der gewerblichen Förderung, vor allem von KMU und der Anerkennung der besonderen demografischen Herausforderungen für die Interessen der Neuen Länder ein.

Weil die ostdeutschen Länder in der kommenden Förderperiode aller Voraussicht nach aus der bisherigen Höchstförderkategorie herausfallen werden, da ihre Wirtschaftsleistung die Grenze von 75 Prozent des Pro-Kopf-BIPs des gemeinschaftlichen Durchschnitts der EU-27 überschreiten wird, ist eine ausgewogene und angemessene Übergangsregelung erforderlich. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, ein Sicherheitsnetz in Höhe von mindestens zwei Drittel der Kohäsions-Mittel der vergangenen Förderperiode vorzusehen, entspricht dem gemeinsamen Vorschlag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer und aller Länder und wird daher ausdrücklich begrüßt. Damit könnte eine aktive Wirtschafts-, Innovations- und Beschäftigungspolitik fortgeführt werden, die der sozioökonomischen Situation der Neuen Länder gerecht wird und den Aufholprozess dauerhaft absichert.

Wichtig ist, dass auch die sog. Phasing-Out-Regionen, die in der derzeitigen Förderperiode nur aufgrund des sog. statistischen Effekts (Erweiterung der EU auf 25 Mitglieder) knapp über die Grenze von 75 Prozent des Pro-Kopf-BIP für den Zeitraum 2007 bis 2013 der EU gerutscht sind, unter das Sicherheitsnetz kommen. Auch diese Regionen müssen in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufholprozess künftig noch unterstützt werden.

In Ostdeutschland ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass keine Region in Europa so stark vom demografischen Wandel betroffen ist wie die neuen Länder. Nach

einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW[7] wird der besonders starke Rückgang des Anteils der aktiven Erwerbsbevölkerung in den neuen Ländern in den kommenden Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit negative Konsequenzen für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess haben. Dies löst daher einen erheblichen Anpassungsdruck aus. Die EU-Strukturfondsmittel können einen Beitrag dazu leisten, den Wandel zu bewältigen und ihn als Chance zu gestalten. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer hat daher die Studie an die EU-Kommission und an das Europäische Parlament übermittelt und für eine stärkere Anerkennung des Faktors Demografie in der Gestaltung und Finanzierung der künftigen EU-Strukturfondspolitik geworben.

Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen der Strukturfondsförderung und der Regionalbeihilfepolitik ist auch bei den Regionalbeihilfen eine wirksame und ausgewogene Übergangsregelung für Regionen erforderlich, die künftig nicht mehr zu den Höchstfördergebieten, den sog. A-Gebieten, zählen werden. Die Gründe, die für die Einbeziehung der Phasing-Out-Regionen in das Sicherheitsnetz bei den EU-Strukturfonds sprechen, gelten auch für die Übergangsregelung bei der Regionalbeihilfe. Die wirtschaftlichen Entwicklungsstände sind innerhalb Ostdeutschlands nicht so unterschiedlich, als dass sich eine deutliche Unterscheidung rechtfertigen ließe.

Auch insgesamt setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass ein wirksames Förderniveau erhalten bleibt. Deshalb sollen die Förderhöchstsätze nicht stärker als 10 Prozentpunkte unter die heute geltenden Fördersätze sinken. Dabei muss auch das Fördergefälle zwischen Höchstfördergebieten (vor allem in Osteuropa) und künftigen Übergangsregionen (wie den neuen Bundesländern) beachtet werden. Dieser Abstand sollte nicht zu hoch sein. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass er tatsächlichen wirtschaftlichen Unterschieden entspricht und eine Verzerrung der Wettbewerbslage im unmittelbaren Grenzbereich vermieden wird. Deshalb fordert Deutschland eine Beschränkung auf maximal 15 Prozentpunkte Unterschied bei den Höchstfördersätzen.

Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass es auch künftig eine Investitionsförderung bei Großunternehmen in den Übergangsregionen und in normalen Förderregionen gibt. Wie andere Mitgliedstaaten ist auch Deutschland überzeugt, dass es für die EU im globalen Standortwettbewerb nützlich sein wird, wenn die Ansiedlung von Großunternehmen nicht nur in den rückständigsten Gebieten der EU gefördert werden kann. Dabei sollten auch Großvorhaben mit förderfähigen Kosten über 500 Mio. Euro möglich sein. Gerade Großunternehmen können wichtige strukturbildende Effekte und regionale Wachstumsimpulse auslösen und zur Entwicklung einer mittelständischen Wirtschaft, beispielsweise durch die Vergabe von Unteraufträgen, beitragen.

II.2.2.2 Perspektiven für ländliche Räume

Die ländlichen Räume der neuen Länder gehören zu den am stärksten von Fachkräftemangel und demografischen Veränderungen betroffenen Regionen Deutschlands. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass europaweit nur wenige Regionen so stark vom demografischen Wandel betroffen sind wie die peripheren ländlichen Räume Ostdeutschlands[8] (vgl. Kap. II.5, S. 56).

Die Entwicklung und Förderung vitaler und lebenswerter ländlicher Räume ist sowohl auf nationaler[9] als auch auf europäischer Ebene (insb. die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sowie der EU-Kohäsionspolitik und ihre Strukturfonds) ein wichtiges strategisches Ziel, wobei es für die Bundesregierung darauf ankommt, die spezifischen regionalen Erfordernisse zu berücksichtigen und die Eigenverantwortung der Regionen zu stärken. Dabei sind vielfältige politische Handlungsfelder und Ebenen betroffen und die Programme und Maßnahmen ressortübergreifend und interdisziplinär abzustimmen.

Mit dem von der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ unter Federführung des BMELV erarbeiteten „Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume“ (2012) wird dieser Politikansatz realisiert. Mit den drei Handlungsschwerpunkten Wirtschaft und Arbeit, Daseinsvorsorge und ländliche Infrastrukturen, Natur und Umwelt werden im Fortschrittsbericht die Handlungsmöglichkeiten für eine attraktive Entwicklung der ländlichen Räume aufgezeigt und zugleich die aktuellen Maßnahmen auf Bundesebene zusammengeführt, die insbesondere Regionen der neuen Länder in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur und Daseinsvorsorge betreffen[10].

Dieser Politikansatz entspricht dem von der Europäischen Kommission für alle EU-Förderinstrumente ab 2014 bis 2020 vorgeschlagenen „gemeinsamen strategischen Rahmen“ (sog. GSR- Verordnung). Ziel ist eine strategische Vernetzung aller EU-Fonds[11], um durch verbesserte Kommunikations- und Entscheidungsstrategien zwischen den Akteuren der verschiedenen politischen Ebenen eine kohärentere Politikumsetzung im ländlichen Raum zu gewährleisten, um so in Zeiten knapper Haushaltsmittel eine angemessene soziale und technische Infrastruktur sowie Daseinsvorsorge – auch in den neuen Ländern – zu sichern.

---

[7] „Demografie und zukünftige EU-Strukturfondsförderung“, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, 2011, im Auftrag des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer.

[8] vgl. u.a. dazu Demografiebericht – S. 170ff. – und Strategiebericht – S. 31ff. – der BReg 2012.

[9] vgl. u. a. Demografiestrategie der BReg (2012), „Fortschrittsbericht der BReg. zur Entwicklung ländlicher Räume“(2012); Handlungskonzept „Daseinsvorsorge zukunftsfähig gestalten“ (Oktober 2011) Modellregion „LandZukunft“; „Initiative Ländliche Infrastruktur“; Modellvorhaben „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig-innovativ-vielfältig“; Modellvorhaben „Überregionale Partnerschaften“.

[10] vgl. dazu die Initiativen und Modellvorhaben der BReg. in Fußnote 7.

[11] d. h. für Regional-/EFRE, Sozial-/ESF, Kohäsions-, Fischerei-/EMFF und Agrarfonds/ELER.

Förderung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume

Die Entwicklung in den ländlichen Räumen hängt insbesondere von den wirtschaftlichen Perspektiven vor Ort ab. Land- und Forstwirtschaft, ein zunehmend hochtechnisierter Wirtschaftsbereich mit einem hohen Bedarf an Fachkräften, sichert gemeinsam mit anderen zumeist mittelständischen Unternehmen wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Besonders in den strukturschwachen ländlichen Gebieten der neuen Länder hat die Land- und Forstwirtschaft – als oftmals noch einzig existierender Wirtschaftszweig – für die regionale ländliche Entwicklung ein besonderes Gewicht.

Insgesamt haben sich in der Landwirtschaft der ostdeutschen Länder gefestigte Betriebsstrukturen herausgebildet, der vereinigungsbedingte Strukturwandel ist im Wesentlichen abgeschlossen. Die Mehrzahl der rund 24 400 landwirtschaftlichen Betriebe, die rd. 5,5 Mio. ha landwirtschaftliche Fläche bearbeiten (siehe Tab. 1) sind wirtschaftlich stabil aufgestellt und beschäftigen rund

Tabelle 1

Kennzahlen zum landwirtschaftlichen Strukturwandel in Ostdeutschland

Merkmal	Neue Länder			
	1991[3]	2003[3]	2007[3]	2010[3]
Landwirtschftliche Betriebe nach Rechtsformen				
Einzelunternehmen[1]	17 722	23 544	23 412	17 723
Personengesellschaften	.	3 236	3 235	3 204
Juristische Personen	3 941	3 302	3 433	3 528
Betriebe insgesamt	21 663	30 082	30 080	24 455
Fläche der Betriebe nach Rechtsformen (1 000 ha LF)				
Einzelunternehmen	456,6	1 380,4	1 467,3	1 463,7
Personengesellschaften	.	1 249,3	1 245,4	1 236,8
Juristische Personen	4 825,7	2 922,4	2 852,1	2 846,6
Betriebe insgesamt	5 282,3	5 552,2	5 564,8	5 547,2
Betriebe ab 5 ha nach Größenklassen der LF				
5 – 10 ha	2 085	3 554	3 541	3 452
10 – 20 ha	2 068	3 705	3 725	3 729
20 – 50 ha	1 924	3 646	3 687	3 694
50 – 100 ha	1 066	2 419	2 350	2 354
100 ha und mehr	4 015	8 841	9 033	9 027
Betriebe insgesamt[2]	11 158	22 165	22 336	22 256
darunter:				
100 – 200 ha	843	2 644	2 636	2 547
200 – 500 ha	628	3 086	6 624	3 228
500 – 1 000 ha	631	1 574	1 902	1 789
1 000 ha und mehr	1 908	1 537	1 507	1 463
Fläche der Betriebe ab 5 ha (1 000 ha LF)	5 159,1	5 532,2	5 544,4	5 543,3
Durchschnittsgröße[2] (ha LF/Betrieb)	462,4	249,6	248,2	249,1

Anmerkung: Wegen methodischer Änderungen, insbesondere der Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen, ist ein Vergleich der Daten für 1991 mit den neueren Jahren nur eingeschränkt möglich. Das gleiche gilt auch für die Daten aus 2010 hinsichtlich der zurückliegenden Jahre.

[1] 1991: Betriebe in der Hand natürlicher Personen (d. h. einschließlich Personengesellschaften).

[2] Betriebe ab 5 ha LF.

[3] 1991, 2003, 2007 Ergebnisse der jeweiligen Agrarstrukturerhebung, 2010 der Landwirtschaftszählung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

148 000 Menschen. Dennoch ist zu erwarten, dass vor allem in den landwirtschaftlichen Betrieben Ostdeutschlands eine kapitalintensive Modernisierungswelle (insb. in der Tierhaltung) bevorsteht und entsprechende Fachkräfte benötigt werden, um die notwendige Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und eine nachhaltige Agrarproduktion sicherzustellen.

Die Privatisierung ehemals volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen schreitet weiter voran. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 42 770 ha landwirtschaftliche und 5 933 ha forstwirtschaftliche Flächen veräußert, davon 2 211 ha bzw. 3 180 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG). Seit dem 1. Juli 1992 wurden damit insgesamt rd. 704 813 ha landwirtschaftliche und rd. 542 325 ha forstwirtschaftliche Flächen veräußert. Zum Stichtag 31. Dezember 2011 befanden sich noch rd. 315 437 ha landwirtschaftliche und rd. 66 044 ha forstwirtschaftliche Flächen im Bestand der BVVG.

Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union

Die europäische Landwirtschaft und die ländlichen Räume werden in der laufenden Förderperiode 2007 bis 2013 vor allem aus zwei EU-Fonds finanziert:

- Dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft – EGFL – für die Direktzahlungen und Marktmaßnahmen – der sog. ersten Säule der GAP. Die Direktzahlungen betrugen 2011 EU-weit rund 40 Mrd. Euro, darunter ca. 5,4 Mrd. Euro für Deutschland (Anteil neue Bundesländer ca. ein Drittel). Der Anteil der Direktzahlungen am Einkommen der Landwirte beträgt im Bundesdurchschnitt ca. 40 Prozent.

- Dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung ländlicher Räume (ELER), der sog. zweiten Säule der GAP. Deutschland erhält für die Förderperiode 2007 bis 2013 von der GAP über den ELER ca. 9,1 Mrd. Euro. Davon erhalten die ostdeutschen Länder ca. 4,7 Mrd. Euro, d. h. ca. 52 Prozent der ELER-Mittel.

- Ein wesentlicher Teil der obligatorischen Kofinanzierung der ELER-Mittel erfolgt von Bund und Ländern im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK). Zusammen mit weiteren nationalen Mitteln stehen in Deutschland im Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt rd. 18,4 Mrd. Euro für Fördermaßnahmen in der zweiten Säule zur Verfügung. Hiervon entfallen auf die ostdeutschen Länder rd. 6,7 Mrd. Euro.

Im Rahmen der derzeit geführten Verhandlungen über die Weiterentwicklung der GAP in der neuen Förderperiode nach 2013 sind für die ostdeutschen Länder die Vorschläge der EU-Kommission für eine Degression bzw. Kappung der Direktzahlung besonders relevant. Die Vorschläge sehen insoweit vor, dass die Direktzahlungen (mit Ausnahme der „Greening-Komponente“), die ein Betrieb erhält, oberhalb festgesetzter Beträge gekürzt werden, wobei jedoch die Kosten für die entlohnten Arbeitskräfte angerechnet werden sollen. Da es in den Neuen Ländern historisch bedingt viele große Betriebe gibt, wären diese von einer solchen Degression und Kappung besonders betroffen.

Die Bundesregierung lehnt aus diesem Grunde die Kappung und Degression der Direktzahlungen ab und hält sie für nicht begründbar. Die vorgeschlagene Regelung wäre zudem sehr verwaltungsaufwändig, aus WTO-Gründen bedenklich und stünde dem Prinzip entkoppelter Direktzahlungen entgegen. Sie widerspräche insbesondere der Grundidee, dass die Direktzahlungen insgesamt auch Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl abgelten. Nach Auffassung der Bundesregierung sollen in Deutschland alle landwirtschaftlichen Unternehmen, unabhängig von ihrer Betriebsgröße, ihrer Produktionsausrichtung und ihrer Rechtsform gleichberechtigt wirtschaften können.

Anerkennung der neuen Länder als Übergangsregion auch im „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“

Die ostdeutschen Länder scheiden ab 2014 aus der EU-Höchstförderung (Ziel-I-Förderung) aus. Zusammen mit den betroffenen Regionen fordert die Bundesregierung, dass auch beim „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) entsprechend der Übergangsregelung bei den Strukturfonds „Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung“ (EFRE) und „Europäischen Sozialfonds“ (ESF) gleiche Kofinanzierungshöchstsätze für alle aus der Konvergenz (Ziel 1-Förderung) und dem Phasing-Out ausscheidenden Regionen vorzusehen sind.

Vor dem Hintergrund der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen und von der Bundesregierung sowie den Bundesländern unterstützten strategischen Vernetzung der EU-Fonds sollten für alle vom Gemeinsamen Strategischen Rahmen erfassten Fonds vergleichbare Förderbedingungen gelten(vgl. GSR-Verordnung). Dies liegt im Interesse einer kohärenten Politikumsetzung in den Regionen und der integrierten Regionalentwicklung.

II.2.2.3 Stärkung von betrieblichen Investitionen und Innovationen

Innovationen sind die Grundlage für ein wirklich nachhaltiges Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand. Ihre wirtschaftliche Bedeutung zeigt sich nicht zuletzt darin, dass seit Mitte der 90er Jahre der Anteil der stark von Forschung und Entwicklung (FuE) geprägten wissensintensiven Wirtschaftssektoren stark zugenommen hat und mittlerweile fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung beträgt.

Abbildung 1

Wissensintensive Wirtschaftszweige in Ostdeutschland[12]

Die in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung entstandene hervorragende öffentliche Wissenschafts-Infrastruktur bildet dafür eine gute Ausgangslage. Mit 30 Universitäten, 55 Fachhochschulen und fast 200 außeruniversitären Forschungseinrichtungen verfügt Ostdeutschland über ein dichtes Netz von Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Diese sind nicht nur hinsichtlich ihrer materiellen Ausstattung sehr gut, sondern auch von der wissenschaftlichen Leistung, wie das erfolgreiche Abschneiden der TU Dresden als „Elite-Universität“ in der dritten Runde der Exzellenzinitiative Hochschule von

[12] Wirtschaft und Markt 2011 und eigene Ergänzungen, Geobasisdaten: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2011, Kartographische Darstellung: Regionales InformationsSystemOnline RISO 2012.

Bund und Ländern in diesem Jahr belegt. Die gute Infrastruktur spiegelt sich auch in der Qualität der Forschungsergebnisse und Innovationsleistungen wieder, bei denen der Osten dem Westen in nichts mehr nachsteht. Belegt wird die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit nicht zuletzt durch die Tatsache, dass 3 der 15 ausgewählten deutschen Spitzencluster aus Ostdeutschland kommen (siehe Kap. II.2.2.8, S. 32). Aber auch jenseits dieser Leuchttürme haben sich Cluster mit Alleinstellungsmerkmalen gebildet, wie z. B. die Zentren für Optik und Oberflächentechnologien in Jena, für Automobilzuliefertechnik in Magdeburg oder Medizintechnik in Magdeburg.

II.2.2.4 FuE-Aufwendungen der privaten Wirtschaft

Diese Erfolge können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade im Bereich von Forschung und Innovation noch erhebliche Strukturunterschiede zwischen Ostdeutschland und den alten Bundesländer bestehen: Insbesondere die Innovationsaufwendungen der Wirtschaft sind noch zu niedrig. Der Anteil der Beschäftigten im FuE-Bereich je 1000 Einwohner ist in den alten Ländern mit 9,1 Beschäftigten mehr als doppelt so groß wie in Ostdeutschland (4,5 Beschäftigte). In absoluten Zahlen kam nur jeder zehnte Beschäftigte im FuE-Bereich aus den neuen Ländern inkl. Berlin[13]. Auch die finanziellen Aufwendungen der ostdeutschen Wirtschaft liegen nur bei 7,9 Prozent der Forschungsaufwendungen der deutschen Wirtschaft insgesamt[14]. Diese relative Forschungsschwäche resultiert aus der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Große Unternehmen können aber erheblich mehr in FuE investieren, während kleine Unternehmen manche Forschungsprojekte schon finanziell gar nicht schultern können. Eine nach Branchen und Größenklassen differenzierte Betrachtung zeigt, dass neben der Kleinteiligkeit auch die weniger technologieorientierte Zusammensetzung des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes für die FuE-Schwäche verantwortlich ist. Kontrollrechnungen zeigen, dass die Ost-West-Unterschiede in der FuE-Intensität durch die unterschiedliche sektorale Wirtschaftsstruktur und die Betriebsgrößenunterschiede vollständig erklärt werden. Damit besteht die Herausforderung für Ostdeutschland in der weiteren strukturellen Entwicklung hin zur stärkeren Technologieorientierung im Verarbeitenden Gewerbe und hin zu größeren Unternehmen mit zentralen bzw. strategischen Funktionen insbesondere im Bereich der FuE[15].

Ein gewisser Ausgleich erfolgt durch die oben beschriebene starke öffentliche Forschungsinfrastruktur, die durch einen relativ höheren Anteil von FuE-Personal die geringeren Leistungen der Wirtschaft z. T. ausgleichen kann (siehe Kap. II.2.2.5, S. 29).

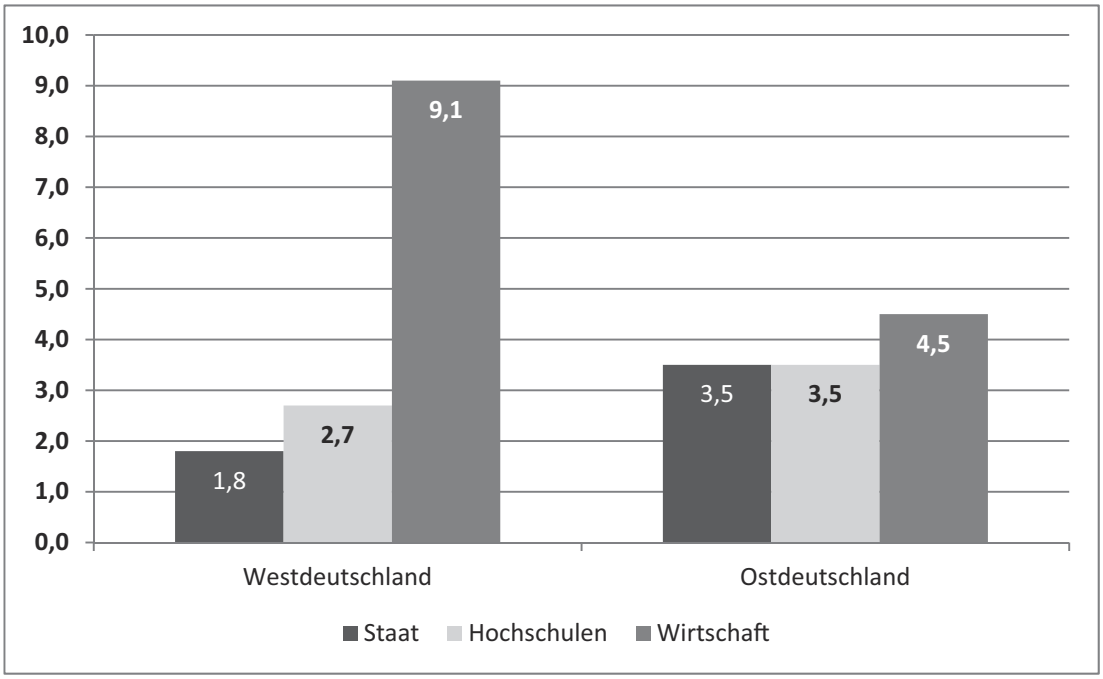
[13] Bundesbericht Forschung und Innovation 2012, S. 485.

[14] Euronorm, FuE-Daten 2007 bis 2010, S. 35.

[15] Quelle: IWH-Gutachten „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“ 2011, S. 66

Abbildung 2

FuE-Personal je 1 000 Erwerbstätige (2009)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ostdeutscher Bankenverband e.V.

In Ostdeutschland werden die geringeren Aufwendungen der Wirtschaft zum Teil durch höhere Ausgaben im öffentlichen Sektor ausgeglichen. So kam Ostdeutschland im Jahr 2009 insgesamt (also unter Einbeziehung der Aufwendungen für Hochschulen und staatlicher Leistungen) auf eine Forschungsintensität von 2,4 Prozent des BIP. Dies ist zwar deutlich unter dem Westdeutschen Wert von 2,9 Prozent, liegt aber über dem europäischen Durchschnitt (2,1 Prozent des BIP)[16]. Der ostdeutsche „Rückstand" relativiert sich darüber hinaus, wenn man den Vergleich zu Ländern wie Tschechien und Polen zieht, deren Forschungsausgaben noch einmal deutlich niedriger liegen.

Um den Innovationserfolg in Ostdeutschland zu steigern, sind somit Instrumente erforderlich, die die aus der Kleinteiligkeit der Wirtschaft resultierenden Nachteile kompensieren. Dazu können insbesondere Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen beitragen. Auch die Stärkung des innerbetrieblichen Innovationsmanagements kann weitere bisher ungenutzte Potenziale aktivieren.

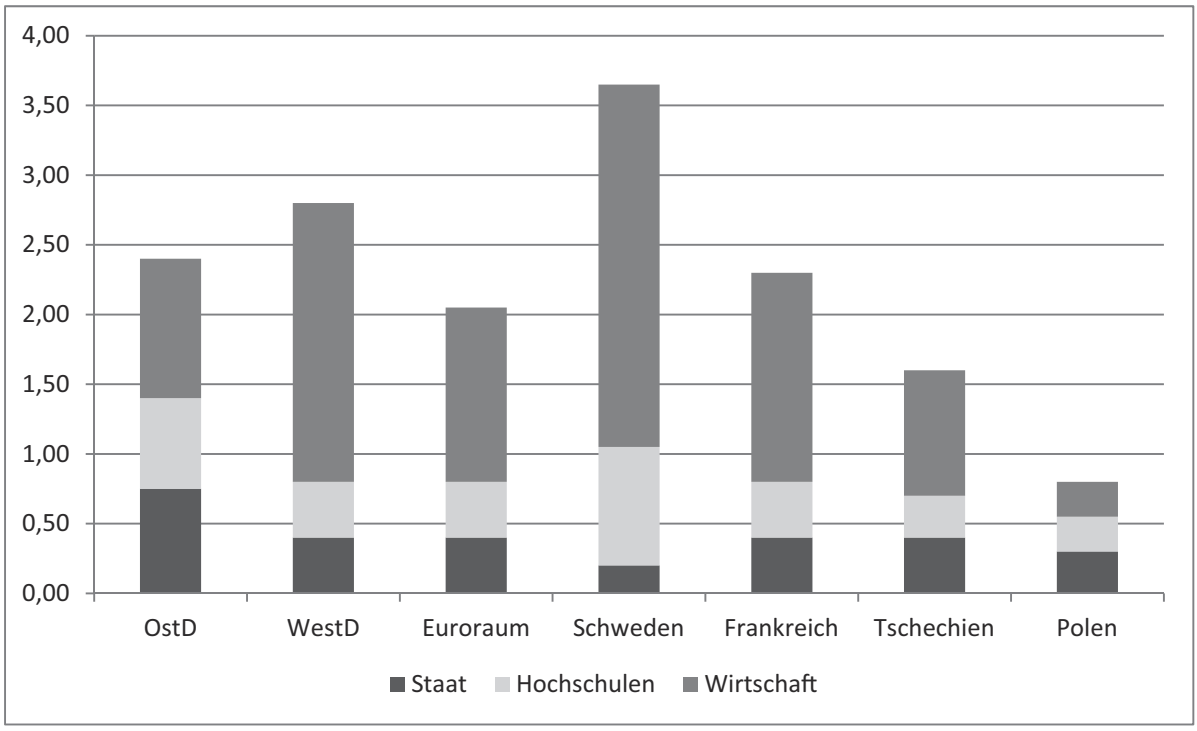
Hier setzt die Förderung der Bundesregierung mit der Innovationsinitiative für die Neuen Länder an. Unter der Dachmarke „Unternehmen Region" setzen fünf verschiedene Förderprogramme des BMBF an unterschiedlichen Stellen im Innovationsprozess an und berücksichtigen dabei die Besonderheiten der ostdeutschen Innovationslandschaft.

- Mit den Innovationsforen wird der Aufbau bzw. die Neuausrichtung regionaler Innovationsnetzwerke gefördert. Bislang wurden bzw. werden 144 Innovationsforen mit bis zu 85 000 Euro gefördert.
- Ziel des Programms Innovative regionale Wachstumskerne bzw. Wachstumskern-Potenzial ist die Stärkung unternehmerisch handelnder regionaler Bündnisse mit gemeinsamer Technologie- oder Problemlösungsplattform mit Alleinstellungsmerkmal. Bislang wurden bzw. werden 42 Wachstumskerne mit über 840 Einzelvorhaben über je drei Jahre (Etat bis 2014: 250 Mio. Euro) und 22 Wachstumskern-Potenziale mit über 80 Einzelvorhaben über je zwei Jahre (Etat bis 2014: 37,2 Mio. Euro) gefördert.
- Das Programm Zentren für Innovationskompetenz. Exzellenz schaffen – Talente sichern zielt auf die Etablierung von international leistungsstarken Forschungszentren, die durch exzellente Forschung, unternehmerische Strategie und innovative Ansätze zur Nachwuchsförderung, ausgehend von einem bottom-up-Ansatz, Maßstäbe setzen. Mittlerweile ziehen 15 Zentren talentierte Forscherinnen und Forscher aus

[16] Alle hier genannten Zahlen vgl. Infoport 1/2012 vom ostdeutschen Bankenverband.

Abbildung 3

FuE-Ausgaben in Prozent des BIP (2009)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Eurostat, Ostdeutscher Bankenverband e.V.

dem In- und Ausland an (Etat bis 2016: 244 Mio. Euro).

– Mit dem Programm InnoProfile bzw. InnoProfile-Transfer soll die Innovationsfähigkeit in den ostdeutschen Regionen durch die Kooperation von Nachwuchsforscherinnen und -forschern mit regionalen Unternehmen gestärkt werden. Derzeit wurden bzw. werden 42 Nachwuchsforschergruppen im Rahmen von InnoProfile gefördert (Etat bis 2013: 157 Mio. Euro).

– Mit dem Programm ForMaT werden Impulse gesetzt, um die Trennung zwischen marktgetriebener industrieller Forschung und erkenntnisgetriebener öffentlicher Forschung zu überwinden. Für bislang drei Förderrunden steht ein Etat bis 2012 von 60 Mio. Euro zur Verfügung.

Das Programm Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern gibt seit 2008 einen weiteren Impuls, um die Innovationskraft zu stärken, erfolgreiche Forschungskooperationen aufzubauen und Universitäten in ihrer Profilbildung zu unterstützen. Dazu werden organisationsübergreifende, themenorientierte Netzwerke aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen gefördert. Für die Förderung der bisher ausgewählten 17 Initiativen stehen 217 Mio. Euro bis 2014 zur Verfügung.

Die Weiterentwicklung von „Unternehmen Region“ sieht für die kommenden Jahre eine stärkere überregionale strategische Vernetzung und Kooperation von Kompetenzregionen und -standorten vor, die über ein hohes wissenschaftliches und Marktpotenzial verfügen. Die bereits begonnenen selbsttragenden Prozesse sollen hierdurch an Dynamik und Nachhaltigkeit gewinnen. Zur Erschließung des in Ostdeutschland entstandenen Entwicklungs- und Innovationspotenzials startete im August 2012 die Fördermaßnahme „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“. Damit fördert die Bundesregierung im Zeitraum von 2013 bis 2019 den Ausbau von Forschungskooperationen mit bis zu 500 Mio. Euro.

II.2.2.5 Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand

Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) werden anspruchsvolle technische Forschungs- und Entwicklungsprojekte von kleinen und mittleren Unternehmen gefördert, die zu neuen Produkten, Verfahren oder technischen Dienstleistungen führen. Die Entwicklungsarbeiten können entweder im Betrieb mit eigenem Personal durchgeführt werden (ZIM-SOLO) oder in Kooperation mit anderen Unternehmen oder Forschungseinrichtungen, wie Universitäten oder Fraunhofer-Instituten (ZIM-KOOP). Darüber hinaus werden die Entwicklung und das Management von innovativen Netzwerken gefördert (ZIM-NEMO). Die Unterstützung aus dem ZIM erleichtert den klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) die Finanzierung von Forschungsvorhaben und intensiviert damit das Engagement in die Entwicklung neuer Produkte und effizienterer Prozesse. Durch die Zusammenarbeit in Netzwerken können vielfach größenbedingte Nachteile ausgeglichen werden.

Seit Mitte 2008 ergingen über 18 500 Förderzusagen in Höhe von mehr als 2,3 Mrd. Euro, mit denen Investitionen in Forschung und Entwicklung von 6,5 Mrd. Euro angestoßen wurden. 9 600 Unternehmen wurden erreicht. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen hat sich seitdem verdreifacht, und 2 000 Unternehmen agieren in geförderten Netzwerken. Für 2012 sind im Bundeshaushalt für das ZIM Mittel in Höhe von rund 500 Mio. Euro vorgesehen. Damit werden zusätzliche FuE-Investitionen in der Wirtschaft angestoßen und mittel- bis langfristige positive Markt- und Beschäftigungswirkungen erzeugt. Nach einer Studie des IW Halle, konnten allein im Zeitraum von 2009 bis 2011 rund 70 000 Arbeitsplätze durch ZIM-Projekte geschaffen und gesichert werden.

Das nachfrageorientierte Programm, an dem Ostdeutschland mit einem Anteil von 40 Prozent überproportional partizipiert, ist technologie- und branchenoffen. Die meisten Projekte führen die KMU in den Bereichen Produktions- und Werkstoff- sowie Mess- und Sensortechnik und luK-Technologien durch (zusammen mehr als 55 Prozent aller Förderprojekte in Ostdeutschland). Damit stärken die vermehrten Forschungsaktivitäten nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, sondern beschleunigen auch die Lösung technologischer Herausforderungen. Die am meisten nachgefragte Projektform der Unternehmen ist die Kooperation mit Forschungseinrichtungen. Damit trägt das ZIM maßgeblich zu einer vertieften Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und einem Technologietransfer bei.

II.2.2.6 Gemeinnützige externe Industrieforschungseinrichtungen

Nach der Wiedervereinigung sind in vielen Fällen die Forschungsabteilungen der großen Kombinate als selbstständige Einrichtungen, z. T. in der Rechtsform einer gGmbH, in vielen Fällen aber auch als eingetragene Vereine, privatisiert worden. Diese gut 60 gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen (IFE) haben eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands. Die dort überwiegend vorzufindenden kleinen und kleinsten Unternehmen sind oft nicht in der Lage, die für neue Produkte und Dienstleistungen erforderliche Forschung und Entwicklung selbst zu leisten, weil Finanzkraft und/oder personelle Ressourcen nicht ausreichen. Genau in diese Lücken stoßen die IFE. Sie bereiten die von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen sowie insbesondere die selbst erarbeiteten neuen Erkenntnisse für die KMU so auf, dass diese dort in konkrete Anwendungen überführt werden können. Zugleich sind sie Initiator von und Treiber in Netzwerken. Als verlässlicher und innovativer Partner der Unternehmen können sie praxisnah Anforderungen der KMU an die wissenschaftlichen Einrichtungen weitergeben. Von ihrer Forschungs- und Anwendungskompetenz profitieren daher nicht nur die Unternehmen sondern auch Hochschulen und öffentliche Forschungseinrichtungen.

Das technologieoffene Programm Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost) (Laufzeit: 2009 bis 2013) zielt durch Unterstützung von Forschung und Entwicklung der gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen auf die anhaltende Stimulierung des wirtschaftlichen Aufholprozesses in Ostdeutschland. Ziel ist es, die Innovationskraft der ostdeutschen Wirtschaft zu stärken, deren Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und damit den wirtschaftlichen Aufholprozess Ostdeutschlands nachhaltig zu stimulieren. Basis hierfür ist die strikte Ausrichtung des Programms auf die Umsetzung der geförderten FuE-Ergebnisse am Markt bei gleichzeitiger Sicherung des wissenschaftlichen Vorlaufs der geförderten Einrichtungen. Gefördert werden Ausgaben für die Durchführung von

– Vorhaben der Vorlaufforschung, soweit sie sich mit Ergebnissen und Erkenntnissen der Grundlagenforschung im Hinblick auf industrielle oder kommerzielle Anwendungsbereiche auseinandersetzen und breite Applikationsmöglichkeiten für die mittelständische Wirtschaft erwarten lassen;

– marktorientierten FuE-Vorhaben von der Detailkonzeption bis zur Fertigungsreife mit dem Ziel, neue oder weiterentwickelte Erzeugnisse, Verfahren oder Dienstleistungen zu gewinnen. Gefördert werden auch Aktivitäten zum Transfer von anwendungsreifen Forschungsergebnissen.

Ergänzt wurde das Programm um den Programmteil „Investitionszuschuss technische Infrastruktur“, der seit 2009 zunächst als Modellvorhaben erprobt wurde, seit 2012 aber reguläres Element dieses Programms ist. Damit soll die wissenschaftlich-technische Infrastruktur dieser Einrichtungen substanziell verbessert und deren Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Die Fördermittel aus INNO-KOM-Ost werden in Wettbewerbsverfahren vergeben. Im Jahr 2011 liefen 545 Projekte mit einem Fördervolumen von gut 57 Mio. Euro. Die Förderung ist wirksam und effizient. Trotz Wirtschaftskrise haben die IFE von 2008 bis 2011 die Zahl ihrer Beschäftigten um rund 10 Prozent und die ihrer in FuE Tätigen sogar um gut 13 Prozent aufgestockt. Mit einem Fördereuro wird innerhalb von 5 Jahren durchschnittlich ein Umsatz von15 Euro in den IFE und in Drittunternehmen erzielt.

Im Koalitionsvertrag wurde im Hinblick auf die IFE vereinbart, dass diese evaluiert werden sollen; im Anschluss daran soll gemeinsam mit den Ländern entschieden werden, welche von ihnen in die von Bund und Ländern gemeinschaftlich finanzierten Forschungsorganisationen (insbesondere FhG und WGL) aufgenommen werden sollen.

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hat sich zwar grundsätzlich für eine Grundförderung von IFE ausgesprochen, die im Wissens- und Technologietransfer wichtige Aufgaben übernehmen.[17] Sie hat sich aber zugleich gegen eine von außen erzwungene Integration in die gemeinschaftsfinanzierten Forschungseinrichtungen ausgesprochen[18]. Gespräche mit den Ländern haben zudem ergeben, dass diese sich außer Stande sehen, in nennenswertem Umfang eine solche Integration zu finanzieren (sie müssten für einen Zeitraum von 5 Jahren die gesamten Kosten allein tragen). Es wird daher geprüft, ob der Zielrichtung dieser Klausel des Koalitionsvertrages auf andere Weise Rechnung getragen werden kann. Eine Lösung könnte darin liegen, dass die Förderlandschaft auf Grundlage der Evaluierung der IFE strukturell angepasst und das Programm INNO-KOM-Ost noch einmal verlängert wird.

II.2.2.7 Horizont 2020 – das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation

Die Europäische Union arbeitet an einer Stabilitäts- und Innovationsunion. Forschung, Technologie und Innovation sind hierbei der Schlüssel. Das künftige Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU, das derzeit unter dem Namen Horizont 2020 verhandelt wird und den Förderzeitraum von 2014 bis 2020 umfasst, hat vor diesem Hintergrund besondere Bedeutung. Die Gesamtarchitektur von Horizont 2020 fußt auf den drei Säulen „Wissenschaftsexzellenz“, „führende Rolle der Industrie“ und „gesellschaftliche Herausforderungen“. Mit Blick auf eine mögliche Partizipation Ostdeutschlands werden verschiedene Aspekte des geplanten Programmes besonders wichtig sein:

– Zum einen sieht das Rahmenprogramm die Möglichkeit weitgehender Partizipation von kleinen und mittleren Unternehmen am Rahmenprogramm vor. Die Bundesregierung hat diese Ausrichtung des Programms – nicht zuletzt mit Blick auf die ostdeutsche Unternehmensstruktur – unterstützt.

– Zum anderen wird in der Säule „gesellschaftliche Herausforderungen“ ein Förderschwerpunkt auf den Themenkomplex „Health, demographic change and wellbeing“ gelegt. Vor dem Hintergrund des rapiden demografischen Wandels in Ostdeutschland hat die Bundesregierung sich auch für diesen Schwerpunkt aktiv eingesetzt. Aber auch die weiteren geplanten Schwerpunkte von Horizont 2020 entsprechen den Technologiefeldern, in denen Ostdeutschland über besondere Kompetenzen verfügt, wie z. B. im Bereich der IKT und regenerativen Energien (siehe auch Kap. II.2.4).

– Darüber hinaus sollen mit Horizont 2020 geeignete Instrumente zur Förderung marktnaher Aktivitäten geschaffen werden. So sollen erstmals Demonstrationsprojekte und die Herstellung von Prototypen förderfähig sein, um so das sogenannte „Valley of Death“ zu überwinden, das besonders den europäischen Schlüsseltechnologien zu schaffen macht. Ein mögliches Anwendungsbeispiel für eine solche Förderung könnte eine Pilotanlage für die stoffliche Nutzung von Braunkohle als Chemierohstoff sein.

[17] EFI-Gutachten 2010, S. 71 f.

[18] EFI-Gutachten 2010, S. 72

II.2.2.8 Cluster/Netzwerke

Die Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern weist nach wie vor eine vergleichsweise kleinteilige Struktur auf. Hingegen gibt es weder einen international agierenden Konzern noch ein DAX 30 Unternehmen, das seinen Hauptsitz in den ostdeutschen Bundesländern hat. Das wirkt sich nachteilig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, den Export und die Innovations- und Forschungskraft aus. Durch eine verstärkte Kooperation in Clustern[19], Netzwerken und Verbünden können diese Nachteile ausgeglichen und die besonderen regionalen Potenziale der östlichen Bundesländer genutzt und gestärkt werden.

Die Bundesregierung legt bereits seit mehreren Jahren im Rahmen ihrer Förderpolitik für Ostdeutschland ein besonderes Gewicht auf die Unterstützung von Netzwerken. Mittlerweile hat sich in Ostdeutschland eine ganze Reihe von sehr erfolgreichen Netzwerken gebildet, von denen wichtige Impulse für die jeweiligen Branchen ausgehen. Unterstützt werden Cluster unter anderem durch die GRW (vgl. Kap. II.2.2, S. 14) sowie verschiedene Förderprogramme, die vor allem auf die Steigerung der Innovationsfähigkeit abzielen. Hierzu zählen insbesondere die Programme unter der Dachmarke Unternehmen Region (vgl. Kap. II.2.2.4, S. 25), wie z. B. das Programm Innovative Regionale Wachstumskerne und das Programm Spitzenforschung und Innovation in Ostdeutschland. Aber auch die technologieoffenen Programme wie das ZIM (vgl. Kap. II.2.2.6, S. 30) oder INNO-KOM-Ost (vgl. Kap. II.2.2.5, S. 29) spielen eine wichtige Rolle.

Der Erfolg dieser Förderung lässt sich nicht zuletzt am erfolgreichen Abschneiden ostdeutscher Bewerber im Spitzencluster-Wettbewerb der Bundesregierung ablesen. Im Rahmen eines Wettbewerbes, einem Flaggschiff der Hightech-Strategie, haben sich insgesamt drei ostdeutsche Initiativen vor einer international besetzten Jury behaupten können: Neben den Clustern CoolSilicon (Energieeffizienz in der Mikroelektronik) und Solar-valley Mitteldeutschland (Photovoltaik) konnte sich im Januar 2012 das BioEconomy-Cluster durchsetzen, bei dem die integrierte stoffliche und energetische Nutzung von Non-Food Biomasse zur Erzeugung von Werkstoffen, Chemikalien, Energieträgern und Produkten aus neuen Materialien im Mittelpunkt steht.

Eine verstärkte Zusammenarbeit kann insbesondere für junge Branchen ein wichtiger Faktor für die Etablierung wettbewerbsfähiger Strukturen sein. Die Cleantech-Branche ist ein solcher Bereich, der sich in Ostdeutschland etablieren konnte und in dem die ostdeutschen Bundesländer über ein besonderes Know-how verfügen. Um diese besonderen Potenziale besser zu nutzen und die Unternehmen der Branchen bei ihrem Wachstumskurs zu unterstützen, hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer die Cleantech Initiative Ostdeutschland im Herbst 2011 ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, die vielen erfolgversprechenden Ansätze der verschiedenen Cleantech-Segmente zu vernetzen und innerhalb der Branche dauerhafte Kooperationsstrukturen zu etablieren.

Um die Potenziale der neuen Länder insgesamt besser nutzen zu können, sollten auch bei der Förderung durch die Länder verstärkt Partner außerhalb ihrer Landesgrenzen einbezogen werden, sofern dadurch die im eigenen Land vorhandenen Stärken in Wissenschaft und Wirtschaft sinnvoll ergänzt werden. Dies trägt dazu bei, die inzwischen entstandenen Strukturen effektiv und gewinnbringend zu nutzen.

II.2.3 Produktivitätsentwicklung und Lohnstückkosten (Wettbewerbsfähigkeit)

Der ostdeutsche Strukturwandel hin zu einer auch international wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren spürbar vorangekommen. Gerade die Industrie und der private Dienstleistungssektor Ostdeutschlands konnten aufgrund des weltweiten Wirtschaftsaufschwungs zwischen 2004 und 2008 ein anhaltend hohes Wachstum verzeichnen. Die Industrie als wichtigster Wachstumsmotor erzielte in den zurückliegenden Jahren hohe Produktivitätsfortschritte und weist im Jahr 2011 einen Produktivitätswert von etwa 82 Prozent des Westniveaus[20] auf, unter Einbeziehung der Energiewirtschaft liegt dieser Wert sogar bei beachtlichen 87,5 Prozent. Demgegenüber blieben die Produktivitätsfortschritte in anderen Sektoren und Branchen etwas stärker zurück, so dass die gesamtwirtschaftliche Produktivität Ostdeutschlands 2011 bei lediglich rund 80 Prozent West liegt.

Die Ursachen für die vergleichsweise geringe Produktivität in Ostdeutschland liegen vor allem in der sektoralen Struktur. Ein anderer Grund ist die vorherrschende Betriebsgrößenstruktur. Exemplarisch für das verarbeitende Gewerbe lässt sich zeigen, dass größere Betriebe unterrepräsentiert sind, und dass Arbeitsplätze, die eine höhere Qualifikation voraussetzen, relativ weniger als im Westen anzutreffen sind. Die Betriebe sind – auch historisch bedingt – im Schnitt kleiner als im Westen. Darüber hinaus sind die ostdeutschen Betriebe mit zunehmender Größe vergleichsweise weniger produktiv als ihre westdeutschen Pendants. So lag die Produktivität im Jahr 2008 bei den Kleinst- und Kleinbetrieben bei rund 80 Prozent des Westniveaus, bei mittleren Betrieben bei etwa 75 Prozent, während es bei den Großbetrieben nur noch 67 Prozent waren. Der Produktivitätsrückstand des Ostens ist aber auch darauf zurückzuführen, dass die Betriebe häufig nur als Produktionsstätten und Zweigstellen fungieren. Mit den Firmenzentralen fehlen häufig auch die wertschöpfungsintensiven Tätigkeitsfelder wie Vertrieb, Forschung und Entwicklung.

[19] Nach der Definition von Michal E. Porter handelt es sich bei einem Cluster um eine geographische Konzentration von Unternehmen, spezialisierten Lieferanten, Dienstleistungsanbietern, Unternehmen in verwandten Branchen und verbundenen Einrichtungen (zum Beispiel Universitäten, Normungsinstitute und Wirtschaftsverbände), die in bestimmten Feldern untereinander verbunden sind und gleichzeitig miteinander konkurrieren und kooperieren.

[20] Nach WZ 2003; neue Länder einschließlich Berlin

Die Lohnstückkosten, die ein wichtiger Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit sind, haben sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zwischen Ost- und Westdeutschland weitgehend angepasst. Die ostdeutsche Industrie weist einen Lohnstückkostenvorteil gegenüber Westdeutschland in Höhe von ca. 11 Prozent auf.

II.2.4 Zukunftsbranchen (Cleantech u. a.)

Trotz beachtlicher Erfolge ist der industrielle Wachstumsprozess durch einige bereits benannte spezifische strukturelle Faktoren gehemmt. Dazu zählt insbesondere der Mangel an großen Unternehmen und selbständigen Unternehmenszentralen in Ostdeutschland.

Um strukturelle Nachteile wie diese abzubauen, werden neben bestehenden Branchen wie dem Maschinenbau oder der Automobilindustrie auch neue innovative Branchen und Technologien gefördert, die sich noch nicht etabliert haben. Dadurch sollen insbesondere auch Wertschöpfungen entlang der gesamten Produktions- und Zulieferkette, Forschung und Entwicklung sowie vor allem auch Unternehmensleitungs- und Managementfunktionen langfristig gestärkt werden.

Eine interessante Branche stellte in den vergangenen Jahren die Photovoltaik-Industrie mit hohen Zuwachsraten und einem breiten Wertschöpfungsprozess dar. Allerdings ist die Branche zuletzt stark unter Preisdruck durch chinesische Konkurrenzangebote geraten. Viele Unternehmen mussten sich umstrukturieren, einige Insolvenzantrag stellen. Inwieweit das chinesische Konkurrenzangebot aufgrund von wettbewerbsverzerrenden staatlichen Unterstützungen zustande kommt, wird derzeit im Rahmen eines Antrags auf Einleitung eines Antidumpingverfahrens der europäischen Photovoltaik-Industrie geprüft.

Gleichwohl ist der Bereich der Erneuerbaren Energien nach wie vor ein wichtiger zukunftsträchtiger Produktionszweig in den neuen Bundesländern. Im Jahr 2011 hat der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer die Cleantech Initiative Ostdeutschland angestoßen. Sie zielt auf branchen- und länderübergreifende Vernetzungen und eine stärkere Außenwahrnehmung ab. Mit ihrer Hilfe soll die Entwicklung von Zukunftsindustrien in den Bereichen Umweltschutz und regenerative Energien in den neuen Ländern weiter gestärkt werden. Ostdeutschland ist heute wichtiger globaler Cleantech-Akteur beispielsweise im Bereich Windenergie. 40 Prozent der in Deutschland installierten Windkraft findet sich in Ostdeutschland. International wird der erfolgreiche Cleantech-Standort mit Unterstützung der Investorensuche und Standortmarketing Gesellschaft des Bundes, der Germany Trade and Invest GmbH (GTAI), bekannter gemacht und um Investoren geworben (vgl. Kap. II.2.6).

Beispiele für weitere interessante Zukunftsfelder mit guten Entwicklungsaussichten sind:

– Mikroelektronik: Deutschlands Informations- und Telekommunikationsbranche (IKT) ist die europäische Nummer Eins in Bezug auf Umsatz, Reichweite, Wachstumspotenzial, Forschung und Qualifikation der Mitarbeiter/innen. Die Berlin-Brandenburgische Hauptstadtregion und die „Silicon Saxony“ High-Tech Region sind zwei Standorte, an denen der IKT Sektor eine breite Grundlage hat.

– Biotechnologie: Etwa 150 der 650 Biotechnologie-Unternehmen Deutschlands sind derzeit in Ostdeutschland ansässig. Hauptzentren der Biotech-Aktivitäten sind der Großraum Berlin-Brandenburg (etwa 87 Unternehmen) und das „Bio-Sachsen“ Cluster in Leipzig/Dresden (über 60 Unternehmen und etwa 1 500 Beschäftigte). Investoren finden eine optimale Umgebung vor für medizinische (70 Prozent der Unternehmen), industrielle (20 Prozent der Unternehmen) und landwirtschaftliche Biotechnologie-Aktivitäten (10 Prozent der Unternehmen).

– Gesundheitswirtschaft: Intensive Netzwerk-Partnerschaften zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten verleihen der Branchenentwicklung und den branchenübergreifenden technologischen Anwendungen eine neue Wettbewerbsdynamik. Der deutsche Gesundheitsmarkt ist äußerst attraktiv und bietet erhebliche Wachstumsmöglichkeiten. Im Gesundheitswesen sind vier Mal so viele Menschen beschäftigt (etwa 4,4 Millionen) wie in Deutschlands erfolgreicher Autoindustrie. In Ostdeutschland finden sich die Wurzeln dieser großen Industrie in der Berlin-Brandenburgischen Hauptstadtregion, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

– Optoelektronik: Ostdeutschlands optische Industrie konzentriert sich in zwei geografischen Regionen: Jena in Thüringen und Berlin-Brandenburg. Die Aktivitäten sind hervorragend aufeinander abgestimmt und beide Regionen können ein gut funktionierendes Netzwerk zwischen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung vorweisen. Die Forschung in diesem Bereich wird auch von der Privatwirtschaft aktiv vorangetrieben und durch auf die Branchenbedürfnisse zugeschnittene Hochschulprogramme ergänzt.

– Nanotechnologie: Besonders in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Thüringen sind viele innovative Unternehmen mit einem soliden Forschungshintergrund aus der in den Regionen traditionell verankerten verarbeitenden Industrie hervorgegangen. In Berlin hat die medizinische Forschung bereits das Nano-Level erreicht. Die etwa 40 Nanotechnologie-Firmen arbeiten dort an der Entwicklung von analytischen Werkzeugen, Nanobiotechnologie und Nanomedizin und deren Schnittstelle zur Optik.

– Umweltsanierung: Die Sanierung der ökologischen Schäden des großflächigen Braunkohleabbaus durch die bundeseigene Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV), wird nun schon seit über 20 Jahren erfolgreich betrieben. Für den Zeitraum ab 2013 bis 2017 haben sich Bund und Länder grundsätzlich über ein weiteres Verwaltungsabkommen zur Braunkohlesanierung verständigt, wobei der Finanzrahmen mit 1,2 Mrd. Euro nicht rückläufig sein wird. Durch die Braunkohlesanierung

wurden und werden in den betroffenen Regionen neue, anspruchsvolle Arbeitsplätze geschaffen, sowohl direkt bei der LMBV als auch bei den Auftragnehmern. Der Einsatz erfolgt in vielfältigen Betätigungsfeldern vom Ingenieur-technischen Bereich bis zu nachhaltigen Umwelttechnologien. Durch das kontinuierliche Wirken der Sanierungsbergleute der LMBV haben die Lausitz und Mitteldeutschland an Attraktivität gewonnen.

II.2.5 Internationale Investorenwerbung

Die weitere Internationalisierung der Wirtschaftsstruktur in den östlichen Bundesländern ist eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre und zugleich ein wichtiger Schlüssel für die Etablierung einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einbindung und die Nutzung der großen und dynamisch wachsenden internationalen Absatzmärkte schaffen die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und eine weitere Steigerung der Innovationskraft. Dabei stehen sowohl die großen Märkte der westeuropäischen Länder als auch insbesondere die dynamischen Märkte Mittel- und Osteuropas im Fokus einer Internationalisierungsstrategie für die ostdeutsche Wirtschaft. Aktuell besteht im Bereich der Internationalisierung der Wirtschaftsstruktur in den ostdeutschen Ländern noch Nachholbedarf. So liegt die Exportquote mit 34,1 Prozent im Jahr 2010 unterhalb des Niveaus in Westdeutschland von 47,5 Prozent und auch der Anteil der internationalen Unternehmen ist geringer als in vergleichbaren westlichen Regionen.

Die Bundesregierung unterstützt mit gezielten Maßnahmen die weitere Internationalisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Dazu zählen neben der Vermarktung des Investitionsstandortes Ostdeutschland und der Ansprache von potenziellen Investoren auch die Förderung des Exportes und die Erschließung internationaler Märkte vor allem für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU).

Die besondere Investorenwerbung für Ostdeutschland wird wesentlich getragen durch die Bundesgesellschaft Germany Trade and Invest (GTAI). Die Ansprache potenzieller Investoren mit dem besonderen Fokus Ostdeutschland sowie die Vermarktung der ostdeutschen Investitionsstandorte und ihrer Stärken bilden wichtige Tätigkeitsschwerpunkte der GTAI. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer sichert diesen Schwerpunkt durch einen Finanzierungsbeitrag an der Gesamtfinanzierung der Gesellschaft in Höhe von 5 Mio. Euro pro Jahr ab. Die besonderen Aktivitäten zur Ansprache von Investoren für die ostdeutschen Länder werden im Maßnahmenplan der GTAI gesondert ausgewiesen und über den Fachbeirat Neue Bundesländer mit den betroffenen Ländern abgestimmt.

Die Erfolge der besonderen Investorenwerbung für Ostdeutschland bilden sich in der Akquisitionsstatistik der Bundesgesellschaft GTAI deutlich ab. Im Jahr 2011 übergab die GTAI 33 Investitionsvorhaben an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Neuen Länder mit einem geplanten Investitionsvolumen von über 220 Mio. Euro, mit denen 1 446 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Damit ging auch 2011 ein deutlich überproportionaler Anteil des von der GTAI eingeworbenen geplanten Investitionsvolumens internationaler Unternehmen in die östlichen Bundesländer.

Ergänzend zur institutionellen Förderung der GTAI unterstützt der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer zusätzlich Projekte zur Ansprache von Investoren bzw. zur Unterstützung des Eintritts ostdeutscher Unternehmen in zentrale internationale Absatzmärkte. Hierfür stehen pro Jahr 1 Million Euro zur Verfügung, mit denen u. a. Maßnahmen der Wirtschaftsförderungsgesellschaften der ostdeutschen Länder anteilig finanziert werden. Dabei handelt es sich um zusätzliche Schwerpunktmaßnahmen, die ohne eine Förderung des Bundes nicht zustande kommen würden. Im Fokus dieser Projekte stehen in der Regel die zentralen Herkunftsmärkte für internationale Direktinvestitionen sowie die besonderen technologischen und wirtschaftlichen Stärken der verschiedenen ostdeutschen Regionen, die in einem besonderen Maße anschlussfähig für ein Engagement ausländischer Unternehmen sind. In den vergangenen Jahren haben zudem Projekte, mit denen ostdeutsche Unternehmen beim Eintritt in wichtige internationale Märkte unterstützt werden, an Bedeutung gewonnen.

Diese Projekte ergänzen die Unterstützung, die ostdeutsche Unternehmen im Rahmen der Exportförderung, insbesondere mit dem Markterschließungsprogramm des Bundes erhalten, und stärken den Export der Unternehmen aus den ostdeutschen Bundesländern.

II.2.6 Bundeswehr als Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft

Die Bundeswehr leistet auch im Zuge ihrer Neuausrichtung und trotz Aussetzung der Pflicht zur Ableistung des Wehrdienstes weiterhin einen gewichtigen Beitrag zur weiteren Ausgestaltung des Zusammenwachses zwischen Ost und West. Auch als Freiwilligenarmee bleibt die Bundeswehr fest in der Gesellschaft verankert. Bei den Entscheidungen zur zukünftigen Stationierung der Bundeswehr wurde unter anderem eine flächendeckende Präsenz über alle Bundesländer hinweg angestrebt.

Nach den Grundsatzentscheidungen für die Neuausrichtung im Jahr 2011 legt die im Juni 2012 durch den Bundesminister der Verteidigung gebilligte Realisierungsplanung der Organisationsbereiche der Bundeswehr fest, wann welches Organisationselement seine Zielstruktur einnimmt. Zeitgleich wurden die Schließungszeitpunkte von Liegenschaften der Bundeswehr konkretisiert. Nur ein kleiner Teil der zu schließenden Liegenschaften liegt in den Neuen Bundesländern.

Der Osten Deutschlands gewinnt für die Bundeswehr durch die neu geschaffenen Kommandos zur Führung der militärischen Organisationsbereiche unterhalb der Ebene des Ministeriums an Bedeutung. Mit den neuen Kommandos und Bundesoberbehörden für die anderen Organisationsbereiche schafft die Bundeswehr klare Zuständigkeiten, reduziert Schnittstellen und baut redundante Strukturen ab.

Von den fünf Standorten der militärischen Führungskommandos liegen drei im Osten Deutschlands. Im Oktober 2012 hat das Kommando Heer seine Arbeit in Strausberg aufgenommen, zugleich mit dem Kommando Luftwaffe in Berlin-Gatow und dem Marinekommando in Rostock.

Weitere wichtige Kommandos der Bundeswehr in den neuen Ländern sind das Einsatzführungskommando in Potsdam und das neu zu schaffende Logistikkommando der Bundeswehr in Erfurt. Darüber hinaus wird ab Herbst 2012 in Berlin-Köpenick das Planungsamt der Bundeswehr die Zukunft der deutschen Streitkräfte mitbestimmen.

Ebenso im Bereich der Spitzensportförderung bleibt die Bundeswehr ein wichtiger Faktor in den neuen Ländern. Die Bundeswehr fördert bis zu 744 bundeskaderangehörige Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in 15 Sportfördergruppen der Bundeswehr. Mit Frankenberg, Frankfurt (Oder) und Oberhof liegen drei davon in den Neuen Ländern. Zusammen mit der Sportfördergruppe in Berlin werden derzeit rund 260 Athletinnen und Athleten sowie Trainer mit Bundesaufgaben aus olympischen Sommer- und Wintersportarten an diesen Standorten gefördert.

II.3 Entwicklung am Arbeitsmarkt

II.3.1 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Die gute wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011 schlug sich positiv am ostdeutschen Arbeitsmarkt nieder. Die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stiegen weiter an und die Nachfrage nach Arbeitskräften war nach wie vor hoch. Zudem sind die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Ostdeutschland in den letzten Jahren durch den Strukturwandel und die Reformen am Arbeitsmarkt kontinuierlich gestiegen.

Im August 2012 lag die Zahl der arbeitslosen Menschen in Ostdeutschland bei rd. 869 000, bei einer Arbeitslosenquote von 10,3 Prozent (Westdeutschland: 6 Prozent). Im Jahresdurchschnitt 2011 waren rund 950 000 Personen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote von 11,3 Prozent (2010: 12,0 Prozent) war die niedrigste Durchschnittsquote seit gut 20 Jahren. Von den gemeldeten arbeitslosen Menschen wurden rund 245 000 im Rechtskreis SGB III von den Agenturen für Arbeit und rund 705 000 im Rechtskreis SGB II von den Jobcentern betreut. Die Zahl der Arbeitslosen, die länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet waren, ist weiter rückläufig. Sie lag im Berichtsjahr bei etwa 323 000[21] Personen. Damit konnte ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. Die Arbeitslosenquote von Personen unter 25 Jahren lag in 2011 bei 10,1 Prozent (Westdeutschland: 5,0 Prozent).

Manche Länder verfügen mittlerweile über geringere Arbeitslosenquoten als vergleichbare Länder Westdeutschlands. So stehen beispielsweise Thüringen mit einer Durchschnittsquote von 8,8 Prozent, Sachsen mit 10,6 Prozent und Brandenburg mit 10,7 Prozent inzwischen besser da als Bremen mit einer Durchschnittsquote von 11,6 Prozent.

Nicht zu übersehen sind jedoch regionale Unterschiede, die ein differenziertes Bild des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland zeichnen. Während in manchen Städten wie Jena, Potsdam oder Dresden die Quote unter 10 Prozent liegt, verzeichnen andere Städte wie z. B. Magdeburg oder Leipzig eine Arbeitslosenquote von jeweils 11,4 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten ist im Jahr 2011 auf etwa 6,4 Millionen[22] gestiegen. Damit verzeichnet Ostdeutschland seit 2005 eine kontinuierliche Zunahme der Beschäftigung. Der Aufwuchs konnte auch der Finanz- und Wirtschaftskrise trotzen und entspricht seit 2005 einem Anstieg um 7 Prozent. Diese Entwicklung verläuft in Ostdeutschland jedoch nicht gleichmäßig, sondern spiegelt auch den fortschreitenden Umbau der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland wider. Einem starken Beschäftigungsrückgang im primären Sektor steht ein deutlicher Anstieg in den anderen Bereichen gegenüber. Der Beschäftigungszuwachs im Jahr 2011 wurde im Wesentlichen vom verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und vom Gesundheits- und Sozialwesen (jeweils +3 Prozent) getragen.

Erfreulich ist, dass die positive Beschäftigungsentwicklung vor allem zu Zuwächsen bei der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geführt hat. Deren Zahl ist im Berichtszeitraum auf 5,39 Millionen gegenüber dem Vorjahr um gut 99 000 gestiegen[23]. Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten ist auf Vollzeitstellen tätig. Der Flexibilisierungsgrad der Beschäftigung nimmt in den letzten Jahren zu. Das betrifft vorrangig die Teilzeitbeschäftigung und die befristete Beschäftigung.

II.3.2 Demografische Entwicklung am Arbeitsmarkt

In Ostdeutschland wirken sich die Prozesse des demografischen Wandels schon heute und tiefgreifender als in Westdeutschland aus. Die Anfang der 1990er Jahre zu verzeichnende starke Abnahme der Geburtenzahlen und die bisherigen Abwanderungstendenzen der vornehmlich jungen Bevölkerungsgruppen schlagen sich in einer rückläufigen Erwerbspersonenzahl nieder. Diese Entwicklung ist besonders in ländlichen Regionen spürbar. Nach Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird die Zahl der 15- bis unter 25-jährigen gegenüber 2008 in den neuen Ländern bis 2015 um fast 40 Prozent schrumpfen.[24] Parallel zu dieser Entwicklung

[21] In die Zahl der Langzeitarbeitslosen sind nur plausible monatliche Datenlieferungen der Jobcenter zugelassener kommunaler Träger einbezogen. Dadurch konnten für 8 338 Arbeitslose in Ostdeutschland keine Dauer der Arbeitslosigkeit ermittelt werden, was zu einer Unterzeichnung des ausgewiesenen Wertes führt.

[22] IAB-Betriebspanel Ostdeutschland – Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011, S. 5.

[23] Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit 2011, Stand Juni 2012.

[24] Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Demografischer Wandel in Deutschland – Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern, Heft 1, S. 23, 2011.

nimmt die Lebenserwartung kontinuierlich zu, sodass die jüngeren Jahrgänge geringer besetzt sind und das zunehmende Übergewicht der älteren, geburtenstarken Jahrgänge die Bevölkerungsstruktur und damit auch das durchschnittliche Erwerbspersonenpotenzial altern lassen. Insbesondere die Altersgruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter (die 20- bis unter 65-Jährigen) wird somit in Ostdeutschland weiterhin abnehmen und gleichzeitig altern.[25] Verstärkt wird dieser Effekt durch die zukünftig zu erwartenden altersbedingten Abgänge, die zahlenmäßig nicht durch die nachrückenden Jahrgänge ausgeglichen werden können.[26] Die beschleunigte demografische Entwicklung in Ostdeutschland baut daher einen hohen Druck auf Seiten der Betriebe auf.[27]

II.3.3 Handlungsfelder

Der insgesamt guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stehen somit angesichts der demografischen Entwicklungen neue Herausforderungen für den wirtschaftlichen Strukturwandel und die Sicherung der Arbeitskräftenachfrage in Ostdeutschland gegenüber. Gleichzeitig sind, in Anbetracht der noch immer höheren Arbeitslosigkeit, weiterhin insbesondere in den strukturschwachen Räumen Ostdeutschlands Anstrengungen erforderlich, um benachteiligte Personengruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren bzw. die Beschäftigungschancen von gering Qualifizierten zu steigern.

II.3.3.1 Aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland tragen dazu bei, die individuellen Chancen der Arbeitsuchenden zur Arbeitsaufnahme zu verbessern und regionale Disparitäten zu vermindern. Im Vordergrund stehen hierbei aktivierende Maßnahmen, die helfen, Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in Ostdeutschland zu eröffnen. Damit auch zukünftig die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik effektiv und effizient angewendet werden, hat die Bundesregierung mit dem im April 2012 in Kraft getretenen Teil des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt das Förderinstrumentarium neu geordnet. Das Gesetz zielt darauf, die Integration in Erwerbstätigkeit, insbesondere in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, zu beschleunigen, die Entscheidungskompetenzen und Flexibilität vor Ort zu stärken und die Förderinstrumente zielgerichteter als bisher zu nutzen. Damit soll auch den unterschiedlichen regionalen Arbeitsmarktsituationen Rechnung getragen werden. Zu diesem Zweck wurden die Anzahl der Instrumente reduziert, ähnliche Instrumente zusammengelegt, der Handlungsspielraum wurde erweitert und ein stärkerer individueller Fördereinsatz ermöglicht.

Die Bundesregierung gibt solchen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Vorrang, die arbeitsuchende Menschen erfolgreich und dauerhaft in den Arbeitsmarkt integrieren, Arbeitslosigkeit bekämpfen und ihrer Entstehung vorbeugen.

Die Schwerpunkte des Förderinstrumentariums liegen auf Maßnahmen zur Aufnahme einer abhängigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit, auf der Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Berufswahl und Berufsausbildung sowie auf Vermittlungsleistungen. Einen gewissen Stellenwert haben angesichts des überproportionalen Anteils von Langzeitarbeitslosen im SGB-II-Bereich Beschäftigung schaffende Maßnahmen in den ostdeutschen Bundesländern mit rund 92 000 Teilnehmenden im Jahresdurchschnitt 2011. Ihr Einsatz ist heute weit weniger erforderlich als in den 1990er Jahren, als zur Abfederung des plötzlich entstandenen Arbeitsplatzdefizits mehrere hundertausende Maßnahmen unter teilweise strukturpolitischen Zielstellungen und zur Stabilisierung des ostdeutschen Arbeitsmarktes durchgeführt wurden.

Mit dem Modellprojekt „Bürgerarbeit“ hat die Bundesregierung einen innovativen Ansatz entwickelt, um langzeitarbeitslose Menschen durch eine intensive, mindestens sechsmonatige Aktivierungsphase, und darauf aufbauend ggf. eine Vermittlung in eine zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Beschäftigung, effektiver in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Während der maximal 36-monatigen Beschäftigungsphase unterstützt ein begleitendes Coaching den Übergang in einen regulären Arbeitsplatz. Das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ findet derzeit in den ostdeutschen Regionen mit rund 19 300 bewilligten Arbeitsstellen und einem Vielfachen von zuvor aktivierten Leistungsberechtigten starke Anwendung[28].

II.3.3.2 Fachkräfte für den ostdeutschen Arbeitsmarkt

Die insgesamt gute wirtschaftliche Entwicklung schlägt sich in einer anhaltend hohen Einstellungsbereitschaft der Betriebe nieder. In diesem Zuge geht die steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften zunehmend mit Schwierigkeiten der Betriebe einher, freie Stellen zu besetzen: So lag mit 394 000 Neueinstellungen die Nachfrage nach Arbeitskräften im Jahr 2011 so hoch wie nie zuvor. Mit 23 Prozent erreichte allerdings auch der Anteil an Stellen, die nicht besetzt werden konnten, ein hohes Niveau. Engpässe sind vor allem in FuE-intensiven Branchen des verarbeitenden Gewerbes und in den unternehmensnahen Dienstleistungen zu verzeichnen.[29] Besonders

[25] Vgl. dazu Entwicklung der Bevölkerung von 2009 bis 2060; 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Neue Länder und Berlin, Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung, Statistisches Bundesamt, 2010 und Fuchs, Johann; Hummel, Markus; Zika, Gerd: Demografie prägt den ostdeutschen Arbeitsmarkt, IAB-Kurzbericht 21/2009.

[26] Dr. Pfeiffer, Iris; Gramke, Kai; Heinzelmann, Susanne; Fischer, Dominik; Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg, S. 34, 2010.

[27] Vgl. Grünert, Holle; Wiekert, Ingo: Nachwuchskräfterekrutierung in Zeiten demografischer Umbrüche. Reaktionen von Betrieben in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, S. 20–24, 2010 und Dr. Pfeiffer, Iris; Gramke, Kai; Heinzelmann, Susanne; Fischer, Dominik; Gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg, S. 17ff, 2010.

[28] BVA-Statistik Stand 2. Juli 2012.

[29] IAB-Betriebspanel Ostdeutschland – Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011, S. 44 bis 48.

schwierig gestaltet sich die Fachkräftegewinnung zudem in kleinen Betrieben. Die Bundesregierung stellt fest, dass derzeit aber weder in Ostdeutschland, noch in Deutschland insgesamt ein flächendeckender Fachkräftemangel vorliegt, sondern dass Engpässe in Bezug auf bestimmte Berufe, Branchen oder Regionen auftreten[30].

In den kommenden Jahren ist jedoch mit einer Zuspitzung zu rechnen, da sich der demografisch bedingte Rückgang an Arbeitskräften in den ostdeutschen Ländern infolge von Geburteneinbruch und Abwanderung nach der Wiedervereinigung schon früher und auch erheblich stärker niederschlagen wird als im westlichen Bundesgebiet. Vor dem Hintergrund der besonderen Herausforderungen in Ostdeutschland hat die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag beschlossene „Fachkräfteinitiative Ostdeutschland“ durchgeführt. Neben der Förderung und Erprobung von innovativen und regionalspezifischen Ansätzen in Branchen mit hohem Wachstums- und Beschäftigungspotenzial fanden Gesprächsforen mit Vertretern der ostdeutschen Länder, Kammern und Sozialpartnern zu den Themen Willkommenskultur, Personalentwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen sowie Instrumente zur Verbesserung des Berufsmarketings statt. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt in enger Abstimmung mit den genannten Partnern der Initiative.

Im Juni 2011 hat die Bundesregierung das Fachkräftekonzept beschlossen, welches die Ziele und Maßnahmen entlang der Handlungsfelder „Aktivierung und Beschäftigungssicherung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildungschancen für alle von Anfang an, Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung sowie Integration und qualifizierte Zuwanderung“ darstellt. Regionale Aktivitäten vor Ort werden mit der Einrichtung eines Innovationsbüros „Fachkräfte für die Region“ unterstützt. Darüber hinaus wurde ein Kompetenzzentrum „Fachkräftesicherung“[31] eingerichtet, um gerade kleine und mittlere Unternehmen bei der Gewinnung von Fachkräften mit best practice Beispielen, Studien und personalstrategischen Hilfestellungen, die u. a. auf der Webseite des Kompetenzzentrums veröffentlicht werden, zu unterstützen. Schließlich unterstützt ein Jobmonitor den Ansatz, das aktuelle und künftige Arbeitskräfteangebot sowie die Arbeitskräftenachfrage besser abzubilden. Auf dessen Grundlage können weitere Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitskräftebasis abgeleitet werden.

Ausbildung von Jugendlichen

Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei der Zielgruppe der Jugendlichen. Die Jugendarbeitslosigkeit lag in Ostdeutschland im Berichtszeitraum als Jahresdurchschnittswert 2011 auf einem niedrigen Niveau (unter 25 Jahre bei 10,1 Prozent und unter 20 Jahre bei 6,5 Prozent).

Obwohl die Quote der Schulabgänger/innen ohne Hauptschulabschluss in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu westdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich hoch liegt[32], hat sich die Ausbildungssituation im letzten Jahr für die Jugendlichen verbessert. In Ostdeutschland stellt sich die Bilanz zum Ende des Berufsausbildungsjahres 2010/2011 wie folgt dar: Die gemeldeten Berufsausbildungsstellen sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,5 Prozent auf insgesamt 94 349 gestiegen. Der Zuwachs erklärt sich allein aus der Zunahme der betrieblichen Berufsausbildungsstellen (+11,8 Prozent). Die Zahl der gemeldeten Bewerber/innen ist jedoch gleichzeitig um 5 Prozent auf 89 971 gesunken. Am Ausbildungsmarkt ist damit die rechnerische Lücke[33] geschlossen. Insofern kann man von einer verbesserten Lage auf dem ostdeutschen Ausbildungsmarkt ausgehen.

Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen in Ostdeutschland stieg im Berufsausbildungsjahr 2010/2011 um 8 100 auf 76 700 an. Im Gegenzug war die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen rückläufig (-11,8 Prozent). Hier machte sich zum einen das Auslaufen des „Ausbildungsplatzprogramms Ost“ bemerkbar. Zum anderen hatten die Agenturen für Arbeit auf die wirtschaftlich gute Lage und den demografisch bedingten Bewerberrückgang reagiert und weniger außerbetriebliche Ausbildungsangebote initiiert.

Bei den geschlossenen Ausbildungsverträgen im Ausbildungsjahr 2010/2011 setzte sich in Ostdeutschland ein rückläufiger Trend fort. Hier lag die Zahl mit 84 500 geschlossenen Verträgen um 7 200 oder 7,8 Prozent im Minus. Dies ist jedoch kein Zeichen einer Verschlechterung der Lage am Ausbildungsmarkt, sondern spiegelt die Folgen der demografisch bedingt rückläufigen Schulabgängerzahlen wider.

Im laufenden Berufsberatungsjahr 2011/2012 sind bei der Bundesagentur für Arbeit bislang (Stand Juli 2012) insgesamt rund 80 000 Berufsausbildungsstellen gemeldet worden, 1 700 oder 2,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Zugleich haben bislang insgesamt rd. 83 500 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet. Das waren 1 900 oder 2,3 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Die Grundlage für zukünftig gut ausgebildete Nachwuchskräfte bildet eine hochwertige Bildung an den Schulen und eine fundierte duale Ausbildung. Sie sichert die Qualifizierung der Jugendlichen und führt zu einer frühzeitigen regionalen Bindung. Wichtig ist die Unterstützung der Berufsorientierung von Jugendlichen, die sowohl ihren Interessen und Neigungen entspricht, als auch

[30] Vgl. bspw. IAB-Forschungsbericht 8/2012. Unvollkommene Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt. Analysen zur Arbeitskräftenachfrage auf Basis des IAB-Betriebspanels und der IAB-Erhebung des Gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.

[31] Siehe www.kompetenzzentrum-fachkraeftesicherung.de

[32] Vergleiche dazu Statistisches Bundesamt, Schulen auf einen Blick, 2012, S. 34ff. In Mecklenburg-Vorpommern verließen 13,8 Prozent, in Sachsen-Anhalt 12,6 Prozent, in Berlin 10,5 Prozent, in Brandenburg 9,8 Prozent, in Sachsen 9,5 Prozent und in Thüringen 8,6 Prozent eines Jahrgangs die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss, während in ganz Deutschland lediglich 6,7 Prozent eines Schuljahrganges keinen Hauptschulabschluss erreichen konnten.

[33] Rechnerische Differenz zwischen gemeldeten noch nicht vermittelten Bewerbern und gemeldeten unbesetzten Ausbildungsstellen.

der Arbeitsmarktregion zugutekommt. Insbesondere Jugendliche, in der Übergangsphase von der Schule in eine Ausbildung, benötigen passgenaue Unterstützung, um sich in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine umfangreiche Orientierung für Schülerinnen und Schüler aller Bildungsgänge mit der entsprechenden inhaltlichen Breite kann dazu beitragen, die Ausbildungschancen zu erweitern und den wachsenden Ansprüchen der Wirtschaft gerecht zu werden.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Arbeit im Bereich der Nachwuchskräftesicherung ist das überregionale Projekt „Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT Ostdeutschland", das vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer zusammen mit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände initiiert wurde. Das Netzwerk unterstützt Jugendliche auf ihrem Bildungs- und Berufsweg, um die praxisbezogene Berufsorientierung zu verbessern. Die einzelnen Projekte des Netzwerks widmen sich dabei drei Themenschwerpunkten: leistungsstarke Schülerinnen und Schüler für die Berufsperspektiven in ihrer Region zu begeistern, benachteiligte leistungsschwache Jugendliche zu fördern und sie für mathematisch-naturwissenschaftlich-technische (MINT) Berufe zu interessieren und zu gewinnen. Erfolgreiche Projekte werden in diesem Netzwerk gemeinsam weiterentwickelt und verstetigt, und erprobte Ansätze werden auf regionaler und überregionaler Ebene übertragen. Damit nutzt das „Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT Ostdeutschland" gezielt Synergieeffekte für junge Menschen, Schulen und Unternehmen in den neuen Bundesländern. Das überregionale Projekt ist ein Beispiel für die veränderten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt. Viele Betriebe erkennen das rückläufige Nachwuchskräfteangebot und versuchen durch vielfältige Ansätze, wie durch den Ausbau eigener Ausbildung, durch die engere Zusammenarbeit mit Schulen und Arbeitsagenturen etc., dem Nachwuchsmangel entgegenzutreten.

Erwerbspotenziale von Frauen

Ein wichtiger Faktor für die Stabilisierung des Arbeitsmarktes ist angesichts des in ganz Deutschland bestehenden Fachkräftebedarfs die weitere Erhöhung und der Ausbau der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Ziel ist es, die Erwerbsbeteiligung von Frauen sowohl quantitativ als auch qualitativ über die ganze Erwerbsbiografie hinweg zu stärken. In Ostdeutschland ist die Erwerbsorientierung von Frauen traditionell etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (2010: 70,8 Prozent in Ostdeutschland gegenüber 69,3 Prozent in Westdeutschland). Während in Westdeutschland Erwerbsbiografien mit längeren familienbedingten Pausen und anschließender Berufsrückkehr häufig in Teilzeit dominieren, sind Frauen in Ostdeutschland nach kurzer Familienpause häufiger wieder Vollzeit erwerbstätig. Dies spiegelt sich in der deutlich höheren Vollzeitquote (2010: 66 Prozent gegenüber 51,4 Prozent) wider.[34] Anders als in Westdeutschland verteilen sich zudem sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze etwa zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen.

Aus diesem Grund hat auch Teilzeitarbeit in Ostdeutschland (34 Prozent) ein geringeres Gewicht als in Westdeutschland (48,6 Prozent). Während in Westdeutschland in 56,2 Prozent der Frauen als Hauptgrund für die Teilzeittätigkeit die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen oder andere familiäre Pflichten nannten (Ostdeutschland: 23,4 Prozent), gaben in Ostdeutschland 49,4 Prozent als Grund für die Teilzeitarbeit an, dass sie keinen Vollzeitarbeitsplatz finden konnten (Westdeutschland: 13,5 Prozent); sie arbeiten „unfreiwillig" in Teilzeit.[35]

Die durchschnittliche normalerweise geleistete Arbeitszeit lag dabei bei den Frauen in Ostdeutschland 2010 zwar mit 33,5 zu 38,3 Stunden noch klar hinter den Männern, aber deutlich vor den Frauen in Westdeutschland (29,3 Stunden).[36]

In rd. 15 Prozent der ostdeutschen Paarhaushalte sind Frauen zudem die Haupteinkommensbezieher (gegenüber 9 Prozent in Westdeutschland). In 37 Prozent der ostdeutschen Paarhaushalte tragen beide Partner in etwa gleichermaßen zum Haushaltseinkommen bei (21 Prozent Westdeutschland).[37]

Für dieses im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen erfreuliche Bild dürften auch die höheren Betreuungsquoten bei Kindern unter drei Jahren eine erhebliche Rolle spielen. In Ostdeutschland wird fast jedes zweite Kind in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut (2010: 49 Prozent), in Westdeutschland nur jedes fünfte Kind (2010: 20 Prozent). In absoluten Zahlen befanden sich in Ostdeutschland rund 150 000 Kinder im Alter von unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege. Diese Infrastruktur gibt ganz allgemein Menschen mit familiärer Verantwortung größere Wahlfreiheit bei ihrer Lebensgestaltung mit Familie und Beruf und wird damit zum Standortfaktor.

Um die Erwerbspotenziale der Frauen besser nutzen zu können, müssen geschlechtsspezifische Vorurteile weiter abgebaut, traditionelle Berufsbilder relativiert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden. Die Bundesregierung unterstützt die Länder und Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für Unter-Dreijährige mit rund 4,6 Mrd. Euro bis 2013 und ab 2014 dauerhaft mit 845 Mio. Euro im Jahr. Zudem fördert sie gemeinsam mit den Sozialpartnern familienbewusste Arbeitszeitmodelle.

Mit dem Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg" unterstützt die Bundesregierung in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und anderen Partnern seit März 2008 mit einem Gesamtvolumen von 30 Mio. Euro ESF- und Bundesmitteln Frauen und Männer, die familienbe-

[34] Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigkeit von 20- bis 64-jährigen Frauen 2010 in Deutschland, Wiesbaden 2012.

[35] Vgl. Wanger, Susanne; Ungenutzte Potentiale in der Teilzeit: Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, IAB-Kurzbericht 9/2011; Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigkeit von 20- bis 64-jährigen Frauen 2010 in Deutschland, Wiesbaden 2012.

[36] Quelle: Statistisches Bundesamt auf Basis des Mikrozenus.

[37] Quelle: Brehmer/Klenner/Klammer 2010: WSI-Diskussionspapier Nr. 170.

dingt mehrere Jahre aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, bei einem perspektivreichen Wiedereinstieg in das Berufsleben.

Erwerbspotenziale von älteren Beschäftigten

Weiterhin gilt es, das Potenzial der älteren Beschäftigten zur Steigerung des Erwerbspotenzials besser zu nutzen. In Ostdeutschland ist laut Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mittlerweile fast jeder dritte Beschäftigte 50 Jahre und älter.[38] Im Rückschluss arbeitet jeder vierte ostdeutsche Beschäftigte in einer überwiegend älteren Belegschaft, während in Westdeutschland nur etwa jeder achte Beschäftigte in einem alterszentrierten Betrieb beschäftigt ist.[39] Innerhalb von nur drei Jahren ist der Anteil solcher Betriebe um 9 Prozent gestiegen.

Als Folge der demografischen Entwicklung steigt in Ostdeutschland der Anteil älterer Arbeitnehmer/innen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, wohingegen bei Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren, auch wegen des längeren Verbleibs im Bildungssystems, ein Rückgang um 4,2 Prozent zu verzeichnen ist. Ein ähnlicher Befund findet sich hinsichtlich der sich verändernden Altersstruktur der Beschäftigten in den ostdeutschen Betrieben.[40]

Angesichts einer alternden Erwerbsbevölkerung sind Unternehmen gefordert, Maßnahmen zur Förderung und zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit zu ergreifen. Hierzu gehören eine altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung, Gesundheitsmanagement und Arbeitsorganisation oder Weiterbildung im Alter. Im Jahr 2011 hat etwa jeder fünfte ostdeutsche Betrieb Maßnahmen für ältere Beschäftigte, darunter v.a. Weiterbildungsmaßnahmen, angeboten. Die Bundesregierung flankiert diese Anstrengungen beispielsweise durch Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA).

Erwerbspotenziale von ausländischen Fachkräften

Neben der stärkeren Ausschöpfung des inländischen Erwerbspotenzials ist die deutsche Wirtschaft zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs auch auf die Gewinnung von ausländischen Fachkräften angewiesen. Seit Mai 2011 gilt auch für die EU-8 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn) die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit. Diese hat zu einem moderaten Anstieg der Zuzüge von Fachkräften geführt.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um den Zugang für ausländische Fachkräfte zu erleichtern. Am 1. April 2012 trat das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ in Kraft. Ausländische Fachkräfte haben teilweise die Schwierigkeit, dass sie eine gute Ausbildung mitbringen, diese jedoch bisher nicht in Deutschland anerkannt werden konnte. Somit fielen sie als qualifizierte Fachkräfte für den Standort in Deutschland aus. Mit der gesetzlichen Maßnahme wird die Bewertung von Qualifikationen und Berufsabschlüssen für bereits hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund sowie für Zuwanderer einfacher und schneller gestaltet.

Seit dem 1. August 2012 greifen zudem mit Einführung der Blauen Karte EU-Änderungen im Zuwanderungsrecht. Damit wird die Zuwanderung von Akademikern und vergleichbar Qualifizierten nach Deutschland erleichtert. Es ist ein Hochschulabschluss und der Nachweis eines Arbeitsverhältnisses mit einem Bruttojahresgehalt von mindestens 44 800 Euro erforderlich. Für hochqualifizierte Fachkräfte in Mangelberufen wurde ein Jahreseinkommen von mindestens ca. 35 000 Euro festgelegt. Dazu zählen alle Ingenieursberufe, akademische und vergleichbare Fachkräfte in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Ärzte und Ärztinnen. Zur Vermeidung von Gefahren einer Gehaltsunterbietung wird hierbei die Vergleichbarkeitsprüfung (Prüfung der Gleichheit der Arbeitsbedingungen) beibehalten. Weitere Verbesserungen kommen ausländischen Studierenden, Studienabsolventen, Ausländern in Berufsausbildungen sowie Selbständigen und Unternehmensgründern zugute. Darüber hinaus wird ein sechsmonatiger Aufenthaltstitel zur Arbeitsplatzsuche geschaffen, der die Suche nach ausländischen Fachkräften auch für kleine und mittlere Unternehmen erleichtert.

Ein weiterer Baustein, der zeigt, dass Deutschland Fachkräfte aus dem Ausland willkommen heißt, ist das neue Willkommensportal www.make-it-in-germany.com (ein Teil der gemeinsamen Fachkräfteoffensive des Bundes). Es richtet sich an akademische internationale Fachkräfte und informiert diese über Leben und Arbeiten in Deutschland.

Angesichts des in Ostdeutschland insgesamt vergleichsweise geringen Ausländeranteils, aber der zugleich steigenden Anzahl ausländischer Studierender an ostdeutschen Hochschulen wird im Rahmen des Vorhabens „study and work“ die Rolle der ostdeutschen Hochschulen als „Motor“ für die Regionen künftig stärker genutzt, indem ausländische Studierende besser über Bleibemöglichkeiten und berufliche Perspektiven in den neuen Bundesländern informiert und beim Übergang in eine Beschäftigung unterstützt werden.

II.4 Wohlstand (Lebenserwartung/ Einkommen/Vermögen/Kaufkraft)

II.4.1 Entwicklung der Lebenserwartung

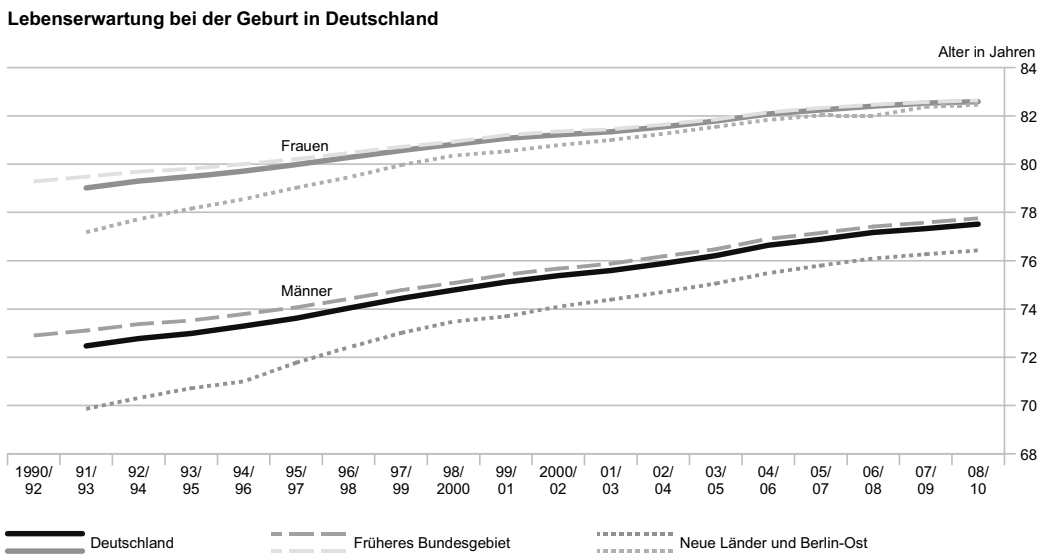
Die Lebenserwartung in Deutschland ist kontinuierlich gestiegen. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen hat sich wie folgt entwickelt:

Die Abbildung zeigt, dass sich die Lebenserwartung in Ost- und Westdeutschland weiter angenähert hat. Frauen leben in Ost- wie Westdeutschland mittlerweile fast

[38] Dahms, Vera; Frei, Marek; Putzing, Monika; IAB-Betriebspanel Ostdeutschland, Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011, S. 24, 2012.
[39] Ebenda, S. 26 ff.
[40] IAB-Betriebspanel Ostdeutschland – Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011.

Abbildung 4

Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt

gleich lang. Bei den Männern hat die Lebenserwartung mit 76,43 Jahren im Osten Deutschlands, das Niveau ihrer Geschlechtsgenossen im Westen Deutschlands mit 77,76 Jahren noch nicht ganz erreicht.

II.4.2 Einkommenssituation der privaten Haushalte

Nach der deutschen Wiedervereinigung war es Ziel deutscher Wirtschaftspolitik, die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland unterstützt durch eine schnelle Lohnangleichung auf breiter Basis zu harmonisieren. Die ostdeutschen Haushaltseinkommen entsprachen im Jahr 1991 etwa 56 Prozent der Haushaltseinkommen in Westdeutschland[41]. Die folgenden Jahre waren geprägt von einem stetigen wirtschaftlichen Aufholprozess, der – befördert durch einen Bauboom – zu einer deutlichen Annäherung der persönlichen Bruttoeinkommen in Ost und West führte. 1996 betrugen die verfügbaren Haushaltseinkommen in Ostdeutschland bereits mehr als 80 Prozent des westdeutschen Niveaus. In den Jahren 1997 bis 2003 verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum jedoch und parallel dazu der Anstieg der ostdeutschen Haushaltseinkommen. Den westdeutschen Haushalten hingegen gelang es in diesem Zeitraum, ihre Einkommen weiter kräftig zu steigern. In der Folge vergrößerte sich der Rückstand der Ostdeutschen in punkto Einkommen wieder. 2008 verfügten die privaten Haushalte in Ostdeutschland über ein Einkommen, das lediglich 75 Prozent des Einkommens westdeutscher Haushalte ausmachte.

Im Hinblick auf die Löhne und Gehälter hat auch der zunehmende Bedarf an Fachkräften in bestimmen Branchen auf dem Gebiet der Tarifpolitik noch zu keiner spürbaren Angleichung geführt. Insgesamt ist der Bruttodurchschnittslohn 2011 nach Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weiter auf 2 350 Euro gestiegen. Die Angleichungsquote liegt damit seit Mitte der 90er Jahre bei etwa 80 Prozent. Die überwiegend klein- und mittelständische Betriebsstruktur führt dazu, dass im Durchschnitt geringere Löhne gezahlt werden. In größeren Betrieben wird auch in Ostdeutschland mehr gezahlt und die Angleichungsquote liegt hier bei rund 90 Prozent. Dies korrespondiert auch mit der Tarifbindung ostdeutscher Betriebe. Während die Bindung oder Orientierung an Branchen- oder Haustarifverträgen bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten bei 90 Prozent liegt, liegt die Quote bei Klein- und Kleinstunternehmen bei etwa 55 Prozent. Insgesamt wird der Lohn von drei Viertel aller Beschäftigten in Ostdeutschland nach Tarif gezahlt.

Geschlechtsspezifische Entgeltunterschiede sind in Ostdeutschland schwächer ausgeprägt. Während in Westdeutschland der unbereinigte Gender Pay Gap bei 25 Prozent liegt, ist in Ostdeutschland das geschlechtsspezifische Verdienstgefälle mit 6 Prozent deutlich geringer. Zwischen 2006 und 2010 ist der Gender Pay Gap auf ziemlich konstantem Niveau von 24 bis 25 Prozent in Westdeutschland und 5 bis 6 Prozent in Ostdeutschland verblieben.[42]

Im Jahresverlauf wurden weitere branchenbezogene Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz für verbindlich erklärt. Diese Mindestlöhne gelten für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Branche, un-

[41] IWH, „Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren“, 2. Auflage, 07/2010.

[42] Vgl. Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung. Aufgrund der veränderten Datenlage beim Statistischen Bundesamt können die Werte von 2006 bis 2010 nicht mit Jahren vor 2006 verglichen werden.

abhängig davon, ob der Arbeitgeber seinen Sitz im In- oder Ausland hat. Neben den Möglichkeiten zur Festsetzung von Branchenmindestlöhnen nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz wurde im Jahr 2011 das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz überarbeitet, so dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf gemeinsamen Vorschlag von Tarifvertragsparteien der Arbeitnehmerüberlassung eine Lohnuntergrenze für Zeitarbeitskräfte festlegen kann. Auf dieser Grundlage wurde erstmals zum 1. Januar 2012 eine regional differenzierte Lohnuntergrenze festgesetzt. Insgesamt gelten in Deutschland derzeit für rund 4 Millionen Beschäftigte aus 12 Branchen allgemeinverbindliche Mindestlöhne bzw. Lohnuntergrenzen. Davon besteht in drei Branchen (Abfallwirtschaft, Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken, Dachdeckerhandwerk) ein jeweils bundesweit einheitlicher Mindestlohn, die übrigen Branchenmindestlöhne sehen eine Ost-West- bzw. weitergehende regionale Differenzierung vor.

Abschließend ist festzuhalten, dass – selbst wenn es einen verstärkten Angleich beim Erwerbseinkommen geben sollte – das verfügbare Einkommen gleichwohl auf absehbare Zeit unter dem Westniveau liegen wird, da die Kapitaleinkommen im Osten wegen der niedrigeren Sach- und Geldvermögen der ostdeutschen Bevölkerung niedriger ausfallen als im Westen.

II.4.3 Alterssicherung

Für die Höhe der Renten gilt weiterhin der Grundsatz, dass die Renten in den neuen wie in den alten Ländern der Lohnentwicklung folgen. Ziel dieser Anpassungsmethodik ist, dass die Rentnerinnen und Rentner an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben sollen, wie sie in der Lohnentwicklung zum Ausdruck kommt. Die Rentenwerte Ost und West nähern sich dabei in einem Maß an, in dem sich die Löhne der Beschäftigten in den neuen Ländern an diejenigen im Westen annähern. Dieser Mechanismus wurde 2004 durch die so genannte „Schutzklausel (Ost)“ insofern ergänzt, dass der aktuelle Rentenwert (Ost) mindestens in dem Umfang anzupassen ist, um den der für die alten Bundesländer maßgebliche aktuelle Rentenwert steigt.

Die Frage einer Vereinheitlichung der Rentenberechnung in Ost und West wird im Kontext einer längeren politischen Diskussion von der Bundesregierung geprüft. Die auch knapp zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung noch bestehenden Unterschiede werden in Ostdeutschland vielfach als unbefriedigend empfunden. Eine Regelung, die den unterschiedlichen Erwartungen und Interessen in Ost und West, bei Alt und Jung gleichermaßen gerecht wird und zur Befriedung beiträgt, ist derzeit noch nicht absehbar. Dabei ist gerade bei diesem Thema ein breiter Konsens aller Beteiligten für dessen Akzeptanz besonders wichtig. Andererseits hat sich das jetzige System aber bewährt, denn die besonderen rentenrechtlichen Bestimmungen führen dazu, insbesondere das nach wie vor im Durchschnitt niedrigere Lohnniveau in Ostdeutschland bei der Rentenberechnung durch die Hochwertung der Einkommen auszugleichen. Die für die Bestimmung der Entgeltpunkte maßgebenden Arbeitsverdienste Ost werden mit einem Hochwertungsfaktor vervielfältigt, der den Abstand zwischen dem Durchschnittsentgelt Ost und dem Durchschnittsentgelt West widerspiegelt (vorläufiger Wert für 2012: 1,1754). Hierdurch ist sichergestellt, dass ein Durchschnittsverdiener Ost bei Erreichen einheitlicher Einkommensverhältnisse und dann gleich hohen aktuellen Rentenwerten auch für die vor Erreichen einheitlicher Einkommensverhältnisse liegenden Beitragszeiten einen gleich hohen Rentenertrag erhält wie ein Durchschnittsverdiener in den alten Ländern.

Der im Einigungsvertrag angelegte Anpassungsmechanismus der Renten hat den Rentnerinnen und Rentnern in den neuen Bundesländern über viele Jahre erhebliche Rentenzuwächse gebracht, denn das Verhältnis der verfügbaren Nettostandardrente Ost zur vergleichbaren Westrente lag 1990 noch bei rund 40 Prozent und hat sich seitdem erheblich verbessert. Nach einer anfangs sehr zügigen Lohndynamik in den neuen Ländern hat sich der Angleichungsprozess seit Mitte der 90er Jahre allerdings deutlich verlangsamt. Mit der Rentenanpassung zum 1. Juli 2012 beträgt der aktuelle Rentenwert (Ost) 24,92 Euro und entspricht damit rund 89 Prozent seines Westwertes mit 28,07 Euro.

Der mit der Rentenanpassung 2011 begonnene Abbau des Ausgleichsbedarfs – es ist die Summe der nicht vollzogenen Minderungen der Rente in den Jahren 2005, 2006 und 2010 – wurde mit der Rentenanpassung 2012 fortgesetzt und hat eine höhere Anpassung der aktuellen Rentenwerte verhindert. Der Ausgleichsbedarf (Ost) konnte mit der Rentenanpassung 2012 – im Unterschied zu seinem Westwert – bereits vollständig abgebaut werden.

Altersarmut ist heute in den alten wie auch in den neuen Ländern kein zahlenmäßig signifikantes flächendeckendes Problem. Allerdings wird sich dies mit Blick auf die gerade in Ostdeutschland vielfach vorhandenen gebrochenen Erwerbsbiographien voraussichtlich ändern, auch wenn die Größenordnung der entstehenden Altersarmut heute nicht seriös vorher gesagt werden kann. Sie hängt entscheidend von der langfristigen Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie dem Erwerbs- und Vorsorgeverhalten der Menschen ab. Dies gilt für die alten und neuen Länder gleichermaßen.

II.4.4 Kaufkraft

Als Kaufkraft der Verbraucherhaushalte wird das in privaten Haushalten für Konsumzwecke verfügbare Nettoeinkommen, inklusive staatlicher Transferzahlungen wie Renten, Arbeitslosen- und Kindergeld definiert. Die Kaufkraft wird direkt am Wohnort des Konsumenten ausgewiesen und ist damit ein wichtiger Indikator für das regionale Konsumpotenzial der dortigen Bevölkerung.

Die Kaufkraft ist in Deutschland 2011 laut Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) durchschnittlich um 499 Euro pro Kopf gegenüber 2010 gestiegen. Der durchschnittliche Bundesbürger hatte demnach im Jahr 2011 eine Kaufkraft von rund 19 700 Euro, die unter anderem für Konsum, Miete oder Lebenshaltungskosten aufge-

wendet werden konnte. Auch für 2012 wird ein etwa zweiprozentiger Anstieg prognostiziert, so dass durchschnittlich rund 20 000 Euro jedem Bundesbürger zur Verfügung stehen werden. Einschränkend ist allerdings festzuhalten, dass die Kaufkraftberechnung von nominalen, d. h. nicht inflationsbereinigten Werten ausgeht. Das Statistische Bundesamt hat für 2011 einen vor allem auf starke Preiserhöhungen bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen zurückzuführenden Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3 Prozent bekannt gegeben, so dass die reale Kaufkraftzunahme nur geringfügig ist.

Im Bundesländervergleich führt nach wie vor Bayern das Ranking mit einer Kaufkraft von 21 326 Euro an, gefolgt von Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg. Auf den letzten Plätzen rangieren erneut die neuen Bundesländer. Berlin, das mit einer Pro-Kopf-Kaufkraft von 17 808 zuletzt eine positive Entwicklung genommen hat, liegt im Bundeslandvergleich auf Rang 11, gefolgt von Brandenburg mit einer Kaufkraft von 17 606 Euro. Zusammen mit Brandenburg liegt Berlin damit etwa 10 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt und damit noch deutlich vor den Bundesländern Thüringen, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und dem Schlusslicht Sachsen-Anhalt, die alle ein ähnliches Kaufkraftniveau aufweisen und rund 16 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Relativiert werden diese Werte allerdings, wenn das regional deutlich unterschiedliche Preisniveau bei den Lebenshaltungskosten in die Betrachtung einbezogen wird. Die Kosten für Waren und Dienstleistungen liegen nach einer Studie des IfO-Instituts Dresden[43] in den neuen Bundesländern rund 5 Prozent niedriger als im Westen. Ein etwaiger Kaufkraftrückstand wird somit abgemildert, aber nicht ausgeglichen.

[43] Siehe IfO Dresden berichtet, 2/2010, „Regionale Preisunterschiede in den alten und neuen Bundesländern“. Dr. Rupert Kawka.

Tabelle 2

Ranking der Bundesländer nach Kaufkraft 2011[44]

Rang 2011	Bundesland	Kaufkraft 2011 je Einwohner / Jahr in €	Kaufkraftindex je Einwohner*
1	Bayern	21.326	108,3
2	Hamburg	21.320	108,3
3	Hessen	21.187	107,6
4	Baden-Württemberg	21.000	106,7
5	Schleswig-Holstein	19.969	101,4
6	Nordrhein-Westfalen	19.921	101,2
7	Rheinland-Pfalz	19.649	99,8
8	Niedersachsen	19.169	97,4
9	Saarland	18.593	94,5
10	Bremen	18.019	91,5
11	Berlin	17.808	90,5
12	Brandenburg	17.606	89,4
13	Thüringen	16.509	83,9
14	Sachsen	16.457	83,6
15	Mecklenburg-Vorpommern	16.456	83,6
16	Sachsen-Anhalt	16.421	83,4

Quelle: GfK Kaufkraft® 2011, © GfK GeoMarketing *(Bundesdurchschnitt=100)

[44] Siehe www.gfk.de

II.5 Demografie

II.5.1 Demografische Entwicklung und anzugehende Herausforderungen

Im 22. Jahr der Deutschen Einheit beherrschen die bereits sichtbaren Auswirkungen einerseits und die für die Zukunft prognostizierten Folgen des demografischen Wandels andererseits die Debatte um die Entwicklung der neuen Bundesländer. Die lang anhaltende Abwanderung und die niedrige Geburtenrate in den 90er Jahren haben im Zusammenspiel mit der steigenden Lebenserwartung in Ostdeutschland eine demografische Situation erzeugt, die im europäischen Vergleich einzigartig ist. Obwohl alle deutschen Bundesländer von Veränderungen in der Zusammensetzung ihrer Bevölkerung betroffen sind, trägt der demografische Wandel in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ganz spezifische Züge.

Die Bevölkerungsentwicklung zeichnet für Deutschland insgesamt ein weniger spektakuläres Bild. In der Bundesrepublik lebten Ende 2011 rund 81,8 Millionen Menschen, das waren rd. 700 000 weniger als im Jahr 2002, ein moderater Rückgang von weniger als einem Prozent. Betrachtet man die Entwicklung der ostdeutschen Flächenländer, so gewinnt der demografische Wandel sehr schnell an Brisanz. Im Zeitraum 1990 bis 2008 nahm die Bevölkerung in Ostdeutschland um 11,7 Prozent ab und dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

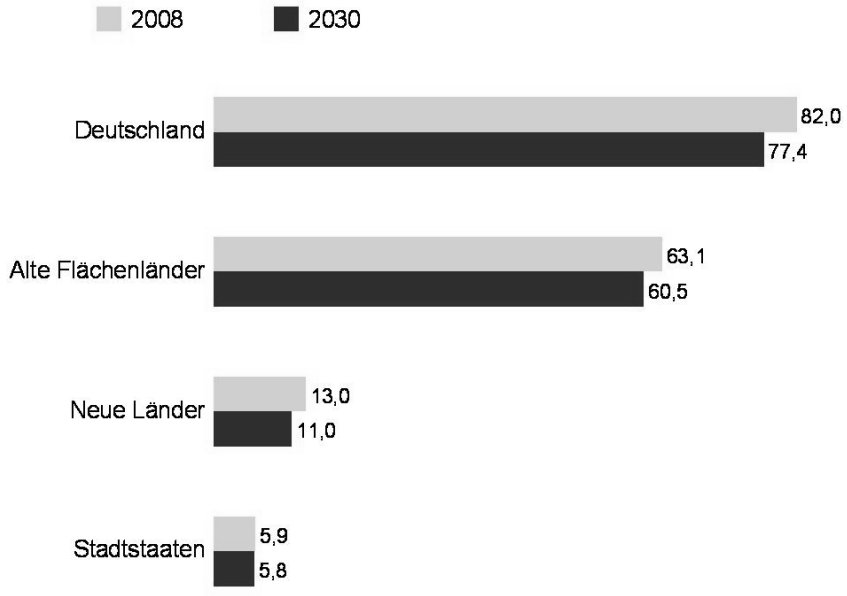
Die nach der Wiedervereinigung zeitweilig zu verzeichnende Verringerung der Geburtenzahlen in den neuen Ländern auf etwa die Hälfte hat deutliche Spuren im Bevölkerungsaufbau hinterlassen, die lange nachwirken. Denn die fehlenden Kinder von damals sind die fehlenden Eltern von heute und morgen. Dieses als demografisches Echo beschriebene Phänomen wird den Rückgang der Bevölkerung gegenüber dem früheren Bundesgebiet nochmals beschleunigen. Von 2008 bis 2030 wird die Zahl der Neugeboren in Deutschland insgesamt zurückgehen, in den alten Bundesländern um etwa 10 Prozent, in den neuen Bundesländern aber um mehr als ein Drittel. In Thüringen und Sachsen-Anhalt wird der Rückgang mit etwa 40 Prozent am stärksten sein.

Nach der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Variante 1-W1: Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung[45]) wird die Bevölkerung der Bundesrepublik von 2008 bis 2030 um 5,7 Prozent im Jahr 2030 sinken. Für die Neuen Länder (ohne Berlin) wird in diesem Zeitraum eine Verringerung der Bevölkerung um insgesamt 15 Prozent erwartet, wobei sich für die einzelnen Länder ein differenziertes Bild ergibt: In Sachen-Anhalt wird die Bevölkerung voraussichtlich um 21,2 Prozent, in Thüringen um 18,7 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern um 15,2 Prozent, in Sach-

[45] Die Bevölkerungsvorausberechnung erfolgt in mehreren Varianten. Sie zeigen, wie sich die Bevölkerungszahl und der Altersaufbau unter bestimmten Annahmen für die Entwicklung von Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderungen innerhalb eines festgelegten Zeithorizonts verändern. Vgl. https://www.destatis.de/DE/Zahlen-Fakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Aktuell.html

Abbildung 5

Bevölkerung der Bundesländer 2008 und 2030



1 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Quelle: Statistisches Bundesamt

sen um 13,3 Prozent und in Brandenburg um 10,5 Prozent zurückgehen.

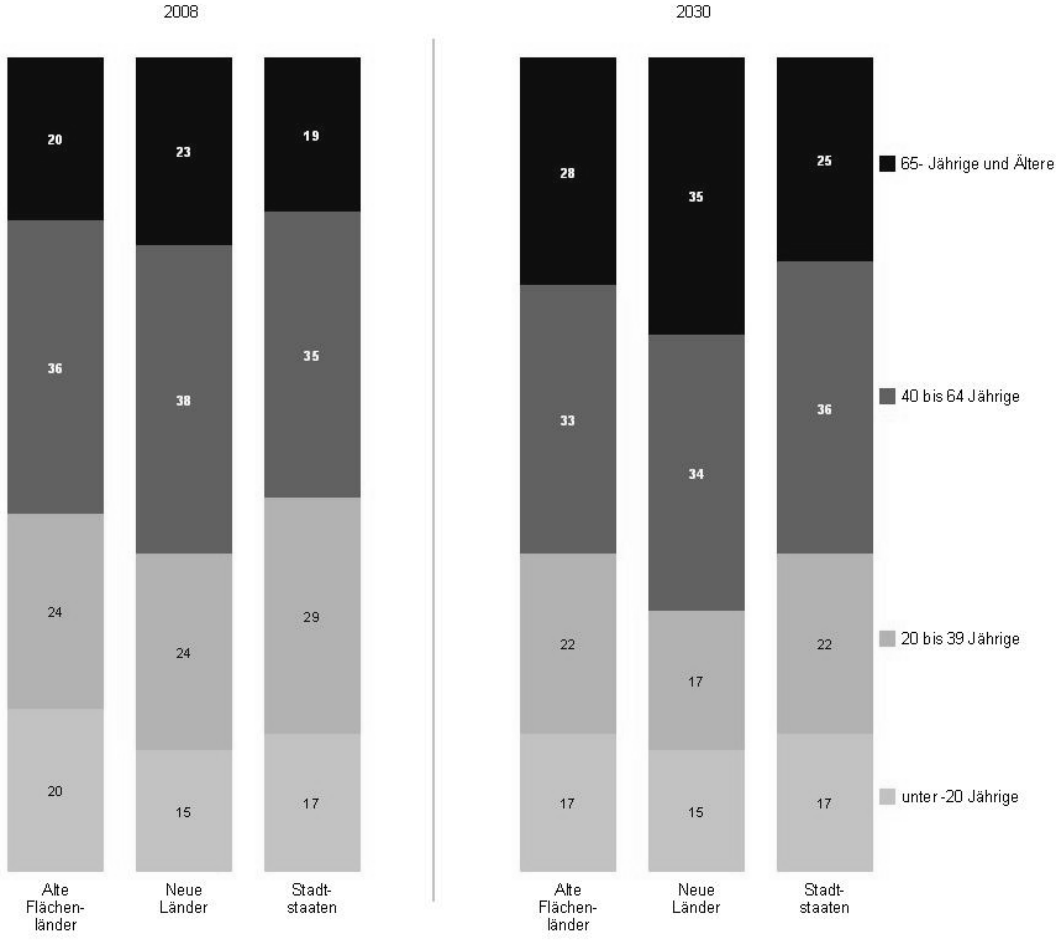
Die Binnenwanderung ist in Deutschland rückblickend durch eine beständige Abwanderung aus den neuen in die alten Bundesländer gekennzeichnet. Dies prägt die demografische Entwicklung in Ostdeutschland in besonderer Weise. Im Saldo haben die ostdeutschen Länder seit der Wiedervereinigung auf diesem Weg mehr als eine Million Einwohner verloren. In den letzten Jahren ist die Abwanderung jedoch deutlich zurückgegangen, was für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und ein besseres Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen spricht. Da die besonders mobile junge Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern zahlenmäßig stark zurückgeht, wird sich die Ost-West-Wanderung dadurch weiter abschwächen. Zu beobachten ist auch eine stärkere Binnenwanderung innerhalb der Neuen Länder. Aktuellen Untersuchungen und Befragungen zu folge, erwägen nicht wenige Ostdeutsche, wieder zurück in ihre Heimat-Region zu kehren. Hiervon könnten einige Städte profitieren.

Rückgang und Alterung der Bevölkerung gehen einher mit einer spürbaren strukturellen Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung. Betrug der Anteil der über 65-Jährigen im Jahre 2008 in der Bundesrepublik noch 20 Prozent an der Gesamtbevölkerung, so wird er bis 2030 auf etwa 29 Prozent ansteigen. Im gleichen Zeitraum sinkt der Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen von 61 auf 54 Prozent und der unter 20-Jährigen von 19 auf 17 Prozent.

In den ostdeutschen Ländern wird infolge der starken Abwanderung junger Menschen der Anteil der Personengruppe 65 und älter von 23 Prozent im Jahr 2008 auf 35 Prozent im Jahr 2030 wachsen. Jeder dritte Einwohner im Osten wird dann über 65 Jahre sein. Der Anteil der jüngeren Bevölkerung unter 20 Jahren wird etwa konstant bei 15 Prozent bleiben. Die für den Arbeitsmarkt wichtige Altersgruppe der 20 bis 65-Jährigen nimmt von 62 Prozent auf voraussichtlich 51 Prozent ab. Die geburtenstarken Jahrgänge der Nachkriegszeit gehen in den Ruhestand, während die Personengruppe im erwerbsfähigen Alter merklich kleiner wird.

Abbildung 6

Bevölkerung nach Altersgruppen in Prozent der Gesamtbevölkerung



1 2030: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Variante Untergrenze der „mittleren" Bevölkerung).

Quelle: Statistisches Bundesamt

Begleitet wird der Rückgang der Bevölkerung in Ostdeutschland von einer sich verfestigenden Urbanisierung. Die Abwanderung in die alten Bundesländer hat sich zwar spürbar verringert, die Binnenwanderung in die kleineren und größeren städtischen Zentren Ostdeutschlands setzt sich aber weiter fort. Insbesondere junge Frauen zieht es in die Städte und Ballungsgebiete. Ursächlich hierfür sind die höhere Erwerbsneigung von Frauen und die für Familien oftmals bessere Lebensqualität städtischer Räume. Angesichts der immer schwerer zu organisierenden Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Waren und Dienstleistungen ist auch ein Trend des Umzugs älterer Bevölkerungsgruppen in die Zentren zu erkennen. Durch diese räumliche Umverteilung wird die demografische Situation in den Abwanderungsregionen verschärft.

Der demografische Wandel verändert die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und stellt Politik und Verwaltung auf allen Ebenen vor zum Teil völlig neue Herausforderungen. Ostdeutschland ist hiervon besonders betroffen. Alle ostdeutschen Länder haben daher die demografische Entwicklung zur Grundlage länderspezifischer Strategien gemacht. Sie haben eigene Lösungsansätze und Instrumente entwickelt und dabei auch unterschiedliche Akzente gesetzt. Gemeinsames Ziel ist, Wachstum und Wohlstand sowie ein gutes Leben für alle Generationen in einer kleinen und älter werdenden Gesellschaft zu organisieren.

II.5.2 Demografiestrategie der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat die Demografie zu einem zentralen Politik- und Aufgabenfeld gemacht und diese über diese Legislaturperiode hinausreichende Aufgabe besonders hervorgehoben. Im Oktober 2011 wurde ein umfassender Bericht zur demografischen Entwicklung in Deutschland erstellt. Als Pilotprojekt für eine übergreifende Demografiestrategie ist ein Handlungskonzept „Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ erarbeitet worden, das der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer koordinierte und am 6. Oktober 2011 von der Regionalkonferenz der ostdeutschen Regierungschefin und den Regierungschefs verabschiedet worden ist

Diese Berichte waren die Basis für die Demografiestrategie der Bundesregierung unter dem Titel „Jedes Alter zählt“, die das Kabinett am 25. April 2012 beschlossen hat. Mit der Demografiestrategie hat die Bundesregierung die Weichen für eine ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit in der Demografiepolitik gestellt, mit dem Ziel, jedem Einzelnen entsprechend seiner Lebenssituation und seines Alters die Chance zu geben, seine Fähigkeiten zu entwickeln, die Wachstumsdynamik, Innovationskraft und den Wohlstand zu erhalten und den Zusammenhalts in unserem Land zu bewahren.

Im Mittelpunkt der Demografiestrategie stehen zum einen Lebensbereiche, in denen die Menschen die Auswirkungen des demografischen Wandels ganz unmittelbar erfahren: Familie, Arbeit, Alter. Zum anderen beinhaltet die Strategie Maßnahmen zur Sicherung der Wachstumsdynamik, zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit des Staates und zur Stärkung der besonders vom demografischen Wandel betroffenen Regionen. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und anderen Einrichtungen der Zivilgesellschaft sollen in enger Zusammenarbeit die Handlungsfelder der Demografiestrategie weiter vertieft werden. Dazu hat die Bundesregierung einen Dialogprozess initiiert.

Die Bundesregierung wird ihre Demografiestrategie durch die Errichtung eines fach- und ebenenübergreifenden Demografie-Portals begleiten. Das Portal soll Fakten zum Thema Demografie auf der Bundes- und Länderebene zur Verfügung stellen und bündeln, gelungene Projekte und innovative Lösungen vorstellen und einen breiten Dialog ermöglichen.

II.5.2.1 Sicherung der Daseinsvorsorge – eine zentrale Herausforderung in den neuen Ländern

Die Sicherung der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen demografischer Veränderungen und knapper werdender finanzieller Spielräume stellt insbesondere für ostdeutschen Kommunen eine große Herausforderung dar: Für eine weiter sinkende und älter werdende Bevölkerung muss eine angemessene Grundversorgung mit öffentlichen Angeboten der Daseinsvorsorge sowie deren Erreichbarkeit sichergestellt werden.

Das vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer und den ostdeutschen Ländern gemeinsam erarbeitete Handlungskonzept unterstreicht den politischen Willen, gemeinsam auf Bundes- und Landesebene Lösungen zur Unterstützung und Stärkung der ländlichen und strukturschwachen Regionen zu finden.

So sind traditionell auf Bevölkerungswachstum ausgelegte Versorgungsstrukturen und Standards für Regionen mit stark abnehmender Einwohnerzahl wenig hilfreich. Die Planungsansätze der vergangenen Jahrzehnte können daher für die konkrete Ausgestaltung der Daseinsvorsorge für die Zukunft nicht unverändert fortgeschrieben werden. In diesem Sinne drängt der demografische Wandel zu einem Erneuerungsprozess. Eine kleiner und älter werdende Gesellschaft braucht andere Strukturen und Organisationsformen und ein neues Verständnis des Miteinander und der Verantwortung für die Gesellschaft und jeden Einzelnen.

Die Daseinsvorsorge ist eine Kernaufgabe der Kommunen. Sie ist aber mehr als die Versorgung der Bevölkerung mit existenzsichernden Leistungen. Sie schafft die Voraussetzung für ein attraktives und familienfreundliches Umfeld, soziale Netzwerke und gesellschaftliche Teilhabe. Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt sind der „Kitt“ für das gesellschaftliche Leben und die Zukunftsfähigkeit der ländlichen und strukturschwachen Regionen.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer hat im Zusammenwirken mit den ostdeutschen Landesregierungen das Modellvorhaben „Daseinsvor-

sorge 2030 – modern und innovativ – eine Antwort auf den demografischen Wandel gestartet. In der ersten Stufe wurden bis Herbst 2011 in sechs Modellregionen neue Ansätze zu tragfähigen Versorgungsstrukturen erarbeitet. Diese Konzepte werden bis Ende 2013 in der Praxis erprobt und sollen einen Erkenntnisgewinn zur Ausgestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene liefern.

Auch die Bundesregierung setzt in ihrer Demografiestrategie einen besonderen Schwerpunkt auf die Unterstützung der demografisch betroffenen Regionen. Im Rahmen ihrer Ressort- und Förderpolitik wird sie Entwicklung und Implementierung von regional angepassten Angebotsformen für die Daseinsvorsorge unterstützen. Dazu gehören auch innovative Mobilitätskonzepte, mit denen die Erreichbarkeit, Teilhabe und der Zugang zu den erforderlichen Dienstleistungen sichergestellt werden können. Dabei sind die zwei folgenden Bereiche exemplarisch genannt.

Unter dem Dach der „Initiative Ländliche Infrastruktur“ kommt der Stärkung der Klein- und Mittelzentren als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum und interkommunalen Kooperationen eine strategische Bedeutung zu. In den einzelnen Regionen sind die Menschen vor Ort noch stärker in die Gestaltung der Daseinsvorsorge einzubeziehen. Ihr Ideenreichtum und Engagement kann kreative, praxisnahe und effiziente Lösungen vor Ort befördern und ganz wesentlich dazu beitragen, dass die ländlichen Regionen lebenswert und attraktiv bleiben. Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele unterstützt die Bundesregierung unter anderem durch das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“.

II.5.2.1.1 GKV-Versorgungsstrukturgesetz

Zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland ist am 1. Januar 2012 das GKV-Versorgungsstrukturgesetz in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch in Zukunft in allen Regionen Deutschlands – gerade in den strukturschwachen Regionen – genügend Ärztinnen und Ärzte für eine möglichst wohnortnahe, bedarfsgerechte medizinische Versorgung zur Verfügung stehen. Mit dem Gesetz werden Maßnahmen angestoßen, die zum einen die ländlichen Gebiete für Mediziner/innen attraktiver machen und zum anderen die Belange der Patientinnen und Patienten in ländlichen Regionen besser berücksichtigen.

In der ambulanten ärztlichen Versorgung wird die Bedarfsplanung weiterentwickelt und flexibler ausgestaltet. Die Länder erhalten mehr Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte als bisher. Die Sicherstellungsinstrumente werden ausgebaut und durch weitere gezielte finanzielle Fördermaßnahmen ergänzt.

Das vertragsärztliche Vergütungssystem wird regionalisiert und flexibilisiert, um den unterschiedlichen Versorgungsstrukturen in ländlichen Regionen und Ballungsräumen besser Rechnung zu tragen. Neue Anreizmöglichkeiten im Vergütungssystem dienen der Förderung der Niederlassung in schlechter versorgten Gebieten. Es können in Zukunft regionale Preiszuschläge für besonders förderwürdige Leistungen oder Leistungserbringer vereinbart werden. Der Grad der Pauschalierung der Vergütungen im einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) wird zurückgeführt, damit förderungswürdige Einzelleistungen und Leistungskomplexe besser berücksichtigt werden. Zur Förderung vernetzter Versorgungsstrukturen erhalten die Kassenärztlichen Vereinigungen die Möglichkeit, ärztliche Kooperationen wie z. B. vernetzte Praxen besonders zu unterstützen.

Um noch bestehende Schranken zwischen ambulanter und stationärer Versorgung zu überwinden, wird schrittweise ein neuer eigenständiger Versorgungsbereich – die ambulante spezialfachärztliche Versorgung – eingeführt. Dieser Versorgungsbereich umfasst schwere Verlaufsformen von Erkrankungen mit besonderen Krankheitsverläufen, seltene Erkrankungen und hochspezialisierte Leistungen.

Weitere Instrumente im GKV-Versorgungsstrukturgesetz zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung sind insbesondere:

- Der Ausbau „mobiler“ Versorgungskonzepte (z. B. Tätigkeit an weiteren Orten, Zweigpraxen) wird weiter unterstützt.
- Zur besseren Nutzung von Delegationsmöglichkeiten von Leistungen zur Entlastung von Ärztinnen und Ärzten sollen die Bundesmantelvertragspartner eine entsprechende Vorschlagsliste erarbeiten.
- Telemedizin soll durch die stärkere Berücksichtigung telemedizinischer Leistungen im vertragsärztlichen Vergütungssystem vor allem für den ländlichen Raum wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung werden.
- Die Kassenärztlichen Vereinigungen erhalten die Möglichkeit zur Einrichtung eines Strukturfonds, um flexibel finanzielle Anreize für die Niederlassung in unterversorgten oder drohend unterversorgten Gebieten und bei besonderem Versorgungsbedarf zu geben.
- Kommunale Träger (Städte, Gemeinden, Landkreise) erhalten die Möglichkeit, mit Zustimmung der Kassenärztlichen Vereinigung in begründeten Ausnahmefällen zur unmittelbaren medizinischen Versorgung Eigeneinrichtungen zu betreiben.

Ergänzend zum GKV-Versorgungsstrukturgesetz werden mit der Ersten Verordnung zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzt/innen Maßnahmen zur gezielten Nachwuchsgewinnung und Förderung von Medizinstudierenden getroffen. Insbesondere soll eine ausgewogenere regionale Verteilung der angehenden Ärztinnen und Ärzte dadurch erreicht werden, dass der Kreis der Krankenhäuser, an denen das Praktische Jahr absolviert werden kann, erweitert wird. Den Krankenhäusern wird damit ein Instrument an die Hand gegeben, bereits frühzeitig Personal zu binden. Weitere Maßnahmen zielen auf die Stärkung der Allgemeinmedizin bereits in der ärztlichen Ausbildung ab, um mehr Ärztinnen und Ärzte

für eine anschließende Weiterbildung in der Allgemeinmedizin und spätere Niederlassung als Hausärzte zu gewinnen.

II.5.2.1.2 Pflegeversicherung

Ziel der Bundesregierung ist es, die Pflegeversicherung so weiterzuentwickeln und neu auszurichten, dass auch unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung pflegebedürftige Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeit selbstständig und selbstbestimmt in Würde leben können. Hierzu hat das Bundeskabinett am 28. März 2012 den Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der Pflege, das sog. Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz auf den Weg gebracht. Der Deutsche Bundestag hat am 29. Juni 2012 das Gesetz in 2./3. Lesung beschlossen.

Das Gesetz sieht u. a. folgende wichtige Maßnahmen vor, um die Pflege zukunftssicher zu gestalten:

- Demenziell Erkrankte erhalten für eine Übergangszeit bis zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs ab dem 1. Januar 2013 in der ambulanten Versorgung mehr Leistungen. Außerdem können sie in Zukunft neben Grundpflege und hauswirtschaftlicher Versorgung auch häusliche Betreuung in Anspruch nehmen. In Einrichtungen der Tages- und Nachtpflege werden ihre Versorgung und die Situation der Pflegefachkräfte dadurch verbessert, dass auch in diesen Einrichtungen zusätzliche Betreuungskräfte finanziert werden.
- Die Leistungsinanspruchnahme wird flexibilisiert, in dem Pflegebedürftige und ihre Angehörigen künftig neben den verrichtungsbezogenen ein Zeitvolumen für die Pflege wählen können. In Modellvorhaben wird überprüft, ob neben den heutigen Pflegediensten auch Betreuungsdienste vorgehalten werden, die ihre Leistungen auf demenziell Erkrankte spezialisieren.
- Um den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ zu stärken, werden die Pflegekassen verpflichtet, Antragstellern neben dem Leistungsbescheid eine im Rahmen der Begutachtung zu erstellende gesonderte Rehabilitationsempfehlung zu übermitteln.
- Angehörigen wird es erleichtert, eine Auszeit zu nehmen, in dem während der Kurzzeit- oder Verhinderungspflege das Pflegegeld zur Hälfte weitergezahlt wird. Außerdem werden auch für Pflegepersonen, die mehrere Pflegebedürftige jeweils unter 14 Stunden pflegen, künftig Rentenversicherungsbeiträge entrichtet. Damit Angehörige Entlastung bei Gleichgesinnten finden können, werden die Förderung der Selbsthilfe ausgebaut und die Selbsthilfeorganisationen mehr als bisher in die Bereiche Begutachtung und Qualität eingebunden.
- Alternative Wohnformen insbesondere ambulant betreute Wohngruppen werden gefördert, da nicht immer pflegende Angehörige die Pflege sicherstellen können, viele Pflegebedürftige aber nicht stationär gepflegt werden wollen.
- Um sicherzustellen, dass diese Maßnahmen finanziert werden können, wird der Beitragssatz der Pflegeversicherung zum 1. Januar 2013 um 0,1 Prozentpunkte angehoben.

Die Pflegeversicherung kann weiterhin nur eine Teilkostenversicherung bleiben, so dass die private Vorsorge ein wichtiger Baustein für die eigene Absicherung in der Zukunft bleibt. Diese wird als freiwillige private Vorsorge staatlich gefördert werden.

Derzeit wird außerdem von einem Expertenbeirat die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorbereitet. Dieser soll der Situation von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, wie zum Beispiel bei Demenz, mehr als bisher Rechnung tragen. Dabei soll der Grad der Selbstständigkeit bei der Durchführung von Aktivitäten oder der Gestaltung verschiedener Lebensbereiche eine zentrale Bedeutung erhalten.

II.5.2.2 Breitband

Der Zugang zu leistungsfähigen Breitbandnetzen ermöglicht einen schnellen Informationsaustausch und bildet daher eine Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachstum in Deutschland. Breitbandanbindungen gewährleisten den Zugang zu immer vielfältigeren Diensten, von denen insbesondere auch ländliche Gebiete profitieren können. Sie sind ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und Familien und sichern somit Arbeitsplätze vor Ort. Damit steigern sie die Ertragskraft und Attraktivität auch ländlicher Räume.

Für mehr als 99 Prozent der Haushalte in Deutschland ist bereits heute eine Breitbandgrundversorgung (Breitbandverfügbarkeit $\geq$ 1 Mbit/s) gegeben, mit leichten Unterschieden zwischen den Bundesländern, wie folgende Übersicht zeigt.

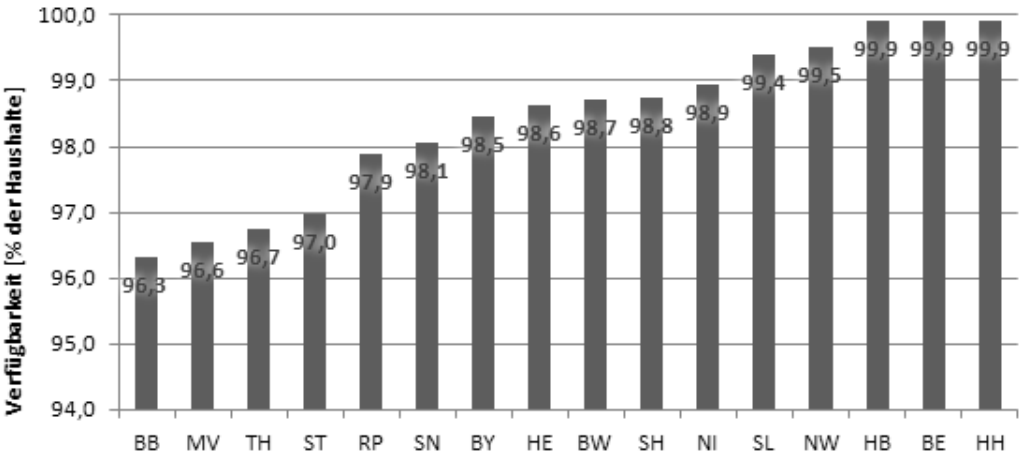
Eine wichtige Rolle beim technologieneutralen Breitbandausbau spielt der LTE[46]-Ausbau der Mobilfunkanbieter. Mitte 2012 steht bereits für rund 35 Prozent der Haushalte in Deutschland Breitband via LTE zur Verfügung. Bezogen auf die neuen Bundesländer ergibt sich hier ein heterogenes Bild: während die LTE-Erschließung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit Werten von über 45 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, weist Brandenburg (19,4 Prozent) eine nur unterdurchschnittliche LTE-Erschließung auf. Für Mecklenburg-Vorpommern liegen die Werte bei gut 31 Prozent.

Nun geht es um den nächsten Schritt. Der Aufbau von Netzen der nächsten Generation und die Verfügbarkeit einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur sind Basis für innovative Breitbanddienste mit hohem wirtschaftlichem Potenzial z. B. in den Bereichen eCommerce, eGovernment, eHealth und eLearning. Die Bedingungen für den Auf- und Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen wurden durch die in diesem Jahr in Kraft getretenen Neurege-

[46] Long Term Evolution. LTE bezeichnet eine Mobilfunktechnologie der vierten Generation, die der UMTS/HSPA-Technologie folgt.

Abbildung 7

Breitbandverfügbarkeit ≥ 1 Mbit/s in Deutschland je Bundesland für alle Technologien



Quelle: Bericht zum Breitbandatlas Ende 2011 im Auftrag des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

lungen des Telekommunikationsgesetzes (TKG) weiter verbessert.

Gemäß der Breitbandstrategie der Bundesregierung sollen bis 2014 75 Prozent der Haushalte Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s zur Verfügung stehen. Bis zum Jahr 2018 soll eine flächendeckende Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen mit dieser Bandbreite erreicht werden – ein im Vergleich mit anderen EU-Staaten sehr ambitioniertes Ziel.

Im Bereich dieser Hochleistungsnetze lässt sich eine große Ausbaudynamik beobachten. Zwischen Ende 2010 und Ende 2011 erhöhte sich die Breitbandverfügbarkeit von ≥ 50 Mbit/s von 39,5 auf beachtliche 48 Prozent, so dass mittlerweile fast jeder zweite Haushalt in Deutschland mit diesen Bandbreiten versorgt werden kann.[47]

II.6 Finanzpolitische Situation der ostdeutschen Länder

Die Haushaltskonsolidierung in den ostdeutschen Flächenländern ist in den vergangenen Jahren weit vorangekommen. Die ostdeutschen Flächenländer und ihre Gemeinden konnten in den Jahren 2006 bis 2009 Haushaltsüberschüsse erzielen und weisen im Jahr 2010 nur ein geringes Defizit auf. Der Schuldenstand wurde seit 2005 (mit Ausnahme von 2010) abgebaut. Im Jahr 2010 haben die ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden Kreditmarktschulden in Höhe von insgesamt 81,4 Mrd. Euro bzw. 6 316 Euro je Einwohner gegenüber 8 511 Euro je Einwohner in den westdeutschen Vergleichsländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zu verbuchen.

Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Konsolidierung war eine maßvolle Ausgabenpolitik. Im Zeitraum vom Jahr 2000 bis 2010 sind die Ausgaben um durchschnittlich weniger als 0,2 Prozent pro Jahr gestiegen. Aufgrund des weiterhin bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs liegen die Ausgaben der ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden mit 5 054 Euro je Einwohner jedoch deutlich höher als in westdeutschen Vergleichsländern (4 606 Euro je Einwohner). Entsprechend liegt der Anteil der investiven Ausgaben an den Ausgaben insgesamt in den ostdeutschen Flächenländern mit 17,3 Prozent im Jahr 2010 höher als in den westdeutschen Vergleichsländern mit 11,5 Prozent.

Die ostdeutschen Länder erhalten im Rahmen des Solidarpakts II Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten für den bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft. Insgesamt werden im Zeitraum von 2005 bis 2019 Mittel in Höhe von rd. 105 Mrd. Euro bereitgestellt, die im Zeitablauf degressiv ausgestaltet sind. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung im Solidarpakt II verpflichtet, im gleichen Zeitraum als Zielgröße weitere rund 51 Mrd. Euro in Form von überproportionalen Leistungen für den Aufbau Ost einzusetzen.

Die Einnahmen der ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden betragen 4 910 Euro je Einwohner im Jahr 2010. Vor allem aufgrund des Solidarpakts II stehen den ostdeutschen Flächenländern noch rund 20 Prozent mehr Mittel je Einwohner zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, insbesondere zur Finanzierung des weiterhin bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs zur Verfügung als den vergleichbaren westdeutschen Ländern (4 105 Euro je Einwohner).

Die aktuell günstige Haushaltsituation der ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden bildet eine gute Voraussetzung, um die bevorstehenden Herausforderung zu bewältigen. Der degressiv ausgestaltete und 2019 endende

[47] Quelle: Bericht zum Breitbandatlas Ende 2011 im Auftrag des BMWi

Tabelle 3

Entwicklung der Haushaltssituation der ostdeutschen Flächenländer und Gemeinden

	Einnahmen	Ausgaben	Finanzierungs-saldo	Schulden-stand
		Mio. €		€ je Einwohner
2000	61.526	63.988	-2.464	5.069
2001	59.959	63.160	-3.201	5.332
2002	57.967	63.552	-5.580	5.659
2003	58.881	64.221	-5.338	6.058
2004	59.141	62.635	-3.494	6.370
2005	59.395	61.820	-2.425	6.636
2006	63.379	62.711	676	6.623
2007	65.919	61.518	4.401	6.606
2008	66.837	62.607	4.230	6.418
2009	64.041	63.858	183	6.260
2010	63.313	65.168	-1.855	6.316

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Solidarpakt II und die Rückführung der EU-Strukturfondsmittel in der nächsten Förderperiode für die ostdeutschen Länder (Volumen in laufender Förderperiode rd. 16 Mrd. Euro) erfordern entsprechende Anpassungen der Haushaltsstruktur auf der Ausgabeseite. Daneben wirkt sich die demografische Entwicklung in vielfältiger Weise auf die haushalts- und finanzpolitischen Möglichkeiten in den ostdeutschen Ländern aus. Ab dem Jahr 2020 sehen die verfassungsrechtlichen Regelungen zur Schuldenbremse für die Länder vor, dass die Haushalte grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Für die ostdeutschen Länder bedeuten der planmäßige Rückgang der Solidarpakt- und Fördermittel und die demografische Entwicklung, dass die Konsolidierung der ostdeutschen Länder- und Gemeindehaushalte eine fortwährende Aufgabe bleibt, um bis Ende 2019 den infrastrukturellen Aufholprozess abzuschließen und dann die Schuldenbremse einzuhalten.

III. Ausblick

In den vergangen Jahren der Krise hat sich Ostdeutschland mit einem stabilen Wachstum seiner Wirtschaft erfolgreich behauptet. Die Arbeitslosigkeit ist erfreulicherweise weiter deutlich gesunken und erreichte im Sommer 2012 den niedrigsten Stand seit der deutschen Wiedervereinigung. Die weitere Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven bleibt aber angesichts der weiterhin bestehenden Unterschiede bei der Wirtschaftskraft und am Arbeitsmarkt vordringliche Aufgabe.

Dabei kann heute festgestellt werden, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse auf vielen Gebieten bereits weit vorangekommen ist. Besonders im Bereich der Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Bildung und Gesundheit sind keine Unterschiede zwischen Ost und West mehr sichtbar. In einigen Bereichen ist Ostdeutschland sogar Vorreiter, wie beispielsweise bei der Kinderbetreuung.

Perspektivisch gehen die Mittel für den Aufbau Ost, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019, stetig zurück. Die neuen Länder werden von da an ohne spezielle Förderung auskommen müssen. Umso wichtiger ist es nun, aktiv und innovativ mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umzugehen. Ganz Deutschland steht vor dieser Herausforderung, aber in den neuen Ländern sind die Veränderungen heute schon sehr viel deutlicher spürbar – im Städtebau, in der Wirtschaft und bei der Sicherung der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen. Es geht nicht mehr darum, diese Entwicklung aufzuhalten, sondern Wege des Umgangs mit dem demografischen Wandel zu finden. Ostdeutschland kann hier mit seinen Erfahrungen Vorreiter der Entwicklung in Deutschland sein.

Europa ist seit der Überwindung des Eisernen Vorhangs durch eine hohe Dynamik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen geprägt. Die Herausforderung für die ostdeutschen Länder liegt darin, diesen Wandel als Chance zu begreifen und durch ihre besondere strategische Lage im Herzen des Kontinents diese Situation für sich nutzbar zu machen. Der wirtschaftliche Aufschwung der mittel- und osteuropäischen Nachbarn und ihre wachsenden Märkte auch in Zeiten der Krise stellen dabei eine große Entwicklungschance für Ostdeutschland und Deutschland insgesamt dar. Aufgrund seiner geografischen Lage und seiner historischen Erfahrungen ist der Osten Deutschlands das Tor zur Kooperation in diese Region. Mit den jüngsten Erweiterungen der EU nach Ost- und Südosteuropa sind die neuen Länder ins Zentrum des erweiterten EU-Binnenmarktes gerückt. Ostdeutschland hat hier einen einzigartigen Standortvorteil, den es in der Zukunft stärker nutzen wird. Dies zeigt sich beispiels-

weise am Außenhandel der letzten Jahre, in dem die Warenexporte in Richtung Polen, Tschechien und Slowakei überdurchschnittlich stark zunahmen. Neben den Markterschließungshilfen des Bundes werden im Rahmen der EU-Förderung Mittel zur Verfügung gestellt, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastruktur und Umwelt und den grenzüberschreitenden Aufbau von Wertschöpfungsketten zu befördern.

Eine Chance zur Weiterentwicklung von Wachstum und Innovation wird – gerade in Zeiten des demografischen Wandels und sinkender Solidarpaktmittel – in aktiven und innovativen regionalen Vernetzungen gesehen. Erwartet wird, dass sich in neuartigen Kooperationen von Städten, Kreisen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft die Entwicklungschancen aller beteiligten Teilräume verbessern.

Die Ergebnisse des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) „Überregionale Partnerschaften“, an dem auch ostdeutsche Regionen teilgenommen haben, bestätigen, dass sich das strategische Konzept „Großräumige Verantwortungsgemeinschaften“[48] in der Praxis bewährt. Das Modellvorhaben „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“[49] schließt an diese Erfahrungen an und versucht, durch die Bündelung städtischer und ländlicher Räume deren Entwicklungspotenziale zu befördern.

Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu Polen und Tschechien bietet weitere Entwicklungspotenziale für Wachstum und Innovation in den Regionen. Entwicklungsfördernde Maßnahmen und Projekte gilt es zu stärken, Hemmnisse und Hindernisse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzubauen. Hierzu dient ein Erfahrungsaustausch von Praktikerinnen und Praktikern, den der Arbeitsstab des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer durchführt.

Insgesamt machen die positiven Erfahrungen der regionalen Partnerschaften Mut für weitere Kooperationsinitiativen in den neuen Ländern mit ihren Nachbarregionen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Entwicklung der neuen Länder in wirtschaftlicher Hinsicht wie bzgl. des Arbeitsmarktes zwar beeindruckend, die Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland aber noch nicht vollständig erreicht ist. Die neuen Länder sind auch heute noch durch viele gemeinsame strukturelle Merkmale und Herausforderungen gekennzeichnet, die ein noch fortbestehendes Defizit im Hinblick auf die Angleichung an die westdeutschen Bundesländer dokumentieren. Zugleich beginnen sich unterschiedliche regionale Differenzierungen herauszubilden. Das Bild eines einheitlichen Raumes der neuen Bundesländer ist daher – wie auch in den alten Bundesländern – immer weniger zielführend und kann durch eine regional differenziertere Betrachtung sinnvoll ergänzt werden.

Die Politik für die neuen Länder ist eine gesamtdeutsche Aufgabe. Dabei steht eine verlässliche Fortsetzung und Optimierung der Förderpolitik für die neuen Länder im Mittelpunkt, um betriebliche Innovationen weiter zu stärken und den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Entwicklung im Kontext der demografischen Entwicklung insgesamt zu stützen. [50] Angesichts dieser besonderen Herausforderungen, müssen vor allem die regionalen Potenziale für Innovation gefördert werden. In den neuen Ländern ist die Finanzkraft staatlicher und unternehmerischer Strukturen nach wie vor schwächer ausgeprägt – und das angesichts geringer werdender Zuwendungen für die nächsten Jahre. Aber je effektiver diese, noch im Rahmen des Solidarpakt II bis 2019 zur Verfügung stehenden Mittel, eingesetzt werden, desto erfolgreicher kann Ostdeutschland das Innovationspotential seiner wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit entwickeln, um damit den weiteren Konvergenzprozess voranzubringen.

---

[48] Beteiligt waren die Großregionen „MORO Nord – Großräumige Partnerschaft Norddeutschland/Metropolregion Hamburg“, „Kooperation und Vernetzung im Nordosten“, „Metropolregion Sachsendreieck“, „Europäische Metropolregion Nürnberg“, „Wissen • Kooperation • Innovation; Frankfurt/Rhein-Main – Mittelhessen – Rhein-Neckar – Westpfalz“, „Metropolregion Stuttgart“, „Europäischer Verflechtungsraum Bodensee“.

[49] Teilnehmer sind „Projektpartnerschaft Nord“, „Metropolregion Hannover – Braunschweig – Göttingen – Wolfsburg“. „Metropolregion Mitteldeutschland“, „Europäische Metropolregion Nürnberg“, „Metropolregion Stuttgart“. Für weitere Informationen siehe Internetseite des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

[50] Dieser Bericht hat sich schwerpunktmäßig mit der wirtschaftlichen Situation und dem Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung befasst. Darüber hinaus ist für den Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Aufarbeitung des SED-Unrechts weiterhin eine wichtige Aufgabe.

Teil B Aktuelle Maßnahmen/Initiativen und laufende Programme der Bundesregierung für die neuen Länder

1 Förderung der Wirtschaftskraft und Standortentwicklung

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Investitionszulagengesetz 2010	Förderung von Erstinvestitionsvorhaben in Betrieben des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen sowie des Beherbergungsgewerbes von 2010 bis 2015. Gesamtfördervolumen rd. 2,5 Mrd. Euro.	Stärkung der industriell-gewerblichen Basis der neuen Länder und des Beherbergungsgewerbes	Artikel 1 des Gesetzes zur Schaffung einer Nachfolgeregelung und Änderung des Investitionszulagengesetzes 2007 vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2350) Geltungszeitraum 2010 bis 2013
Sonderbedarfs- Bundesergänzungszuweisungen (SO-BEZ) für die neuen Länder (einschl. Berlin); Solidarpakt II, Korb I	SO-BEZ zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft	Abschließender Abbau teilungsbedingter Sonderlasten innerhalb einer Generation, hier insbes. durch Schließung der ostdeutschen Infrastrukturlücke in den neuen Ländern (einschl. Berlin) bis zum Jahr 2019	Festschreibung des degressiven Verlaufs und der Befristung bis 2019 in § 11 Absatz 3 Finanzausgleichsgesetz
Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)	Die GRW fördert gewerbliche Investitionen, wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen und nicht-investive Fördertatbestände wie Regionalmanagement und Kooperationsnetzwerke in strukturschwachen Regionen. Dazu gehören insbesondere die Regionen in den neuen, aber auch strukturschwache Regionen in den alten Bundesländern. Die Fördersätze sind je nach Unternehmensgröße und Strukturschwäche der Region unterschiedlich ausgestaltet. Die finanziellen Mittel werden von Bund und Ländern zu gleichen Teilen erbracht.	Die GRW dient dem in Artikel 72 Absatz 2 GG erwähnten Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland. Die konkrete Zielsetzung der GRW ist es, strukturschwachen Regionen durch den Ausgleich ihrer Standortnachteile den Anschluss an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung zu ermöglichen und regionale Entwicklungsunterschiede abzubauen.	Die Bundesmittel betrugen im Jahr 2011 611 Mio. Euro, wovon ca. 6/7 in die neuen Länder flossen. Zudem standen den neuen Bundesländern 20 Mio. Euro über das GRW-Sonderprogramm, das Ende 2011 ausgelaufen ist, zur Verfügung. Im Jahr 2012 stehen Bundesmittel i. H. v. 597 Mio. Euro zur Verfügung, wovon ca. 6/7 in die neuen Länder fließen. Der Haushaltsansatz wird jedes Jahr neu vom Bundestag verabschiedet. Der Fördergebietsstatus und die Höhe der Fördersätze werden der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region angepasst.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Standortmarketing, Anwerbung von Auslandsinvestoren für die neuen Länder einschl. Berlins; Außenwirtschaftsförderung	Intensivierung des Marketings für den Wirtschafts-, Investitions- und Technologiestandort einschließlich Investorenanwerbung und der Unterstützung von Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Märkte durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Bundes Germany Trade and Invest GmbH.	Stärkung von Wachstum und Beschäftigung	Die Maßnahme wird fortgesetzt.
Turn Around Beratung	Beratungsförderung für KMU in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, anteilige Finanzierung durch ESF-Mittel (bis zu 75 Prozent in den neuen Ländern; in Berlin bis zu 50 Prozent)	Wiederherstellung der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit von KMU in wirtschaftlichen Schwierigkeiten	In Kraft Laufzeit bis 2013 2011 in den neuen Ländern 654 sowie in Berlin 16 Förderzusagen bewilligt
Vermarktungshilfeprogramm	Das Projekt unterstützt KMU aus den neuen Bundesländern und Berlin beim Eintritt in Auslandsmärkte. Die Unternehmen erhalten Informationen über die Besonderheiten der Zielmärkte sowie eine bedarfsspezifische Exportberatung. Eine individuell geplante Reise in das jeweilige Zielland sowie Geschäftsgespräche mit interessierten ausländischen Unternehmen sind Bestandteil des Projektes.	Ziel des Vermarktungshilfeprogramms ist die Verbesserung des Absatzes von Produkten und Leistungen aus den neuen Bundesländern auf ausgewählten Auslandsmärkten.	Das Programm ist Ende April 2012 ausgelaufen. Wesentliche Strukturen dieses Programms wurden in das ab 1. Januar 2012 geltende gesamtdeutsche Exportförderprogramm „Markterschließung für KMU“ überführt.
Programm „Maßnahmen zur Erschließung von Auslandsmärkten für kleine und mittlere Unternehmen des produzierenden Gewerbes und für Dienstleister“ (Markterschließung KMU)	Das Programm unterstützt deutsche KMU beim Eintritt in Auslandsmärkte. Es wurde ein einheitliches Modulsystem von Grundangeboten entwickelt, das verschiedene Maßnahmen des BMWi zur Auslandsmarkterschließung für interessierte Unternehmen enthält. Zum Programmangebot gehören Markterkundungs- bzw. Markterschließungsreisen deutscher Unternehmen ins Ausland, Informationsreisen ausländischer Multiplikatoren nach Deutschland sowie Informationsveranstaltungen zu den verschiedensten Zielmärkten und Themenschwerpunkten in Deutschland.	Ziel des Programms ist die Verbesserung des Absatzes von Produkten und Dienstleistungen deutscher KMU auf ausgewählten Auslandsmärkten. Bei der Auswahl der Zielländer werden die Belange der KMU aus den neuen Bundesländern mit berücksichtigt. Eine Quotierung der Teilnehmer nach alten und neuen Bundesländern ist nicht vorgesehen. Weitere Informationen zu den einzelnen Programmangeboten können unter www.ixpos.de/markterschliessung eingesehen werden.	Das Programm ist am 1. Januar 2012 gestartet und soll in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
ERP-Startfonds	Kofinanzierung von Beteiligungen an jungen Technologieunternehmen zu gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie ein weiterer Leadinvestor. Eine unzureichende Finanzierung ist speziell für junge Technologieunternehmen das wichtigste Innovationshemmnis und das mit Abstand größte Wachstumshemmnis. Um dem erhöhten Finanzierungsbedarf Rechnung zu tragen, stellt der ERP-Startfonds aktuell Finanzierungstranchen bis zu 5 Mio. Euro pro Unternehmen bereit. Das Programm wird durch die KfW Bankengruppe durchgeführt.	Verbreiterung des Beteiligungskapitalangebots für junge Technologieunternehmen. Der ERP-Startfonds hat sich neben dem High-Tech-Gründerfonds zum wichtigsten Frühphasenfinanzierer junger Technologieunternehmen entwickelt. Ohne das Engagement dieses Förderinstrumentes wäre für viele Technologieunternehmen eine Umsetzung ihres Vorhabens nicht möglich.	Der Fonds ist seit 2004 am Markt. Er wurde 2009 um 220 Mio. Euro auf 470 Mio. Euro aufgestockt. Im Mai 2011 erfolgte eine weitere Aufstockung des ERP-Startfonds um 250 Mio. Euro.

2 Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Arbeitsmarktförderung nach dem SGB III und dem SGB II	Die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter bieten umfangreiche bedarfsgerechte und individuelle Hilfen an, diese beziehen sich auf – Beratung und Vermittlung – Berufswahl und Berufsausbildung – Berufliche Weiterbildung – Aufnahme einer Erwerbstätigkeit – Verbleib in Beschäftigung – Teilhabe behinderter Menschen zur Teilhabe am Arbeitsleben	– Vermeidung von Arbeitslosigkeit – (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt	Die Fördermöglichkeiten wurden 2012 aufgrund der Herausforderungen durch den demographischen Wandel und dem drohenden sektoralen und regionalen Fachkräftemangel angepasst.
Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Förderung nach SGB II)	Zusätzliche wettbewerbsneutrale und im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die keine Arbeit finden können	Erhaltung bzw. Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit erwerbsfähiger Leistungsberechtigter zur Heranführung an den allgemeinen Arbeitsmarkt. Im Jahr 2011 wurden durchschnittlich rund 166 000 Teilnehmer/innen gefördert.	Gesetzliche Regelung seit 1. Januar 2005

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Leistungen zur Beschäftigungsförderung (JobPerspektive) nach dem SGB II	Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit besonderen Vermittlungshemmnissen.	Teilhabe am Erwerbsleben und Wiederheranführung an den Arbeitsmarkt. Im Jahr 2011 wurden durchschnittlich mehr als 16 000 Beschäftigungsverhältnisse gefördert.	Gesetzliche Regelung vom 1. Oktober 2007 bis zum 31. März 2012
Förderung von Arbeitsverhältnissen (SGB II)	Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse für langzeitarbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit besonderen Vermittlungshemmnissen	Teilhabe am Erwerbsleben und Wiederheranführung an den Arbeitsmarkt. Die Teilnahme ist längstens 24 Monate innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren möglich.	Gesetzliche Regelung ab 1. April 2012
Bundesprogramm Perspektive 50plus	Das Bundesprogramm zielt auf die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen älterer Menschen. 78 regionale Beschäftigungspakte unterstützen ältere Langzeitarbeitslose bei der Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt. In den Beschäftigungspakten werden Integrationsstrategien entwickelt, die an die regionalen Bedürfnisse angepasst sind. Während den ersten beiden Programmphasen (2005 bis 2010) wurden rund 470 000 ältere Langzeitarbeitslose aktiviert und hieraus rund 130 000 Integrationen erzielt.	Das Bundesprogramm wurde nochmals vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2015 verlängert. Das Ziel der dritten Programmphase, die regionale Ausweitung des Bundesprogramms auf möglichst alle Grundsicherungsstellen auszudehnen, ist mit derzeit über 400 beteiligten Jobcentern annähernd erreicht. Ein weiteres wichtiges Ziel der dritten Programmphase ist die Identifizierung besonders erfolgreicher innovativer Ansätze der Beschäftigungspakte, die ins Regelgeschäft übernommen werden können. Im Jahr 2011 wurden 200 000 Aktivierungen und 70 000 Integrationen erreicht. Für das Jahr 2012 sind 65 000 Integrationen geplant.	1. Programmphase lief von Oktober 2005 bis Ende Dezember 2007 2. Programmphase lief von Anfang 2008 bis Ende 2010 3. Programmphase läuft von Anfang 2011 bis Ende 2015
Bundesprogramm Kommunal-Kombi (Bundesprogramm zur Förderung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, die in Regionen mit besonders hoher und verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit durch Kommunen geschaffen werden)	Arbeitgeber (Städte, Gemeinden, Kreise oder andere Arbeitgeber im Einvernehmen mit der Kommune) wurden gefördert, wenn sie zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose schaffen, die seit mindestens 2 Jahren arbeitslos gemeldet sind und seit mindestens 1 Jahr ALG II beziehen; Zuschuss: 50 Prozent des Arbeitnehmerbruttolohns (max. 500 Euro, finanziert durch den Bund), Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen des AG in Höhe von bis zu	Schaffung zusätzlicher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen, insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern; Entlastung der regionalen Arbeitsmärkte; Verbesserung der kommunalen Infrastruktur	Bewilligungszeitraum vom 1. Januar 2008 bis zum 31. Dezember 2009; Arbeitsplätze werden bis längstens 31. Dezember 2012 gefördert; bis zum Ende des Bewilligungszeitraums am 31. Dezember 2009 wurden insgesamt 15 825 Stellen bewilligt.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch Bundesprogramm Kommunal-Kombi	200 Euro (finanziert aus ESF), Erhöhung des Zuschusses zu den Lohnkosten um 100 Euro bei Personen über 50 Jahren (finanziert aus ESF)		
Modellprojekte „Bürgerarbeit“	Die Modellprojekte bestehen aus zwei Phasen: einer mindestens 6 Monate dauernden Aktivierungsphase (Beratung/Standortbestimmung, Vermittlungsaktivitäten, Qualifizierung/Förderung) sowie einer bis zu 36 Monaten dauernden Beschäftigungsphase (sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ohne Arbeitslosenversicherung) im Bereich von zusätzlicher und im öffentlichen Interesse liegender Arbeiten (mit begleitendem Coaching)	Ziel des Projekts ist, einen möglichst hohen Anteil der Langzeitarbeitslosen durch gute und konsequente Aktivierung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren und nur die Langzeitarbeitslosen in die Beschäftigungsphase zu übernehmen, bei denen eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht möglich ist. Es wurden insg. 33 169 Stellen bewilligt (Stand: 2. Juli 2012); die Zahl der im Rahmen der Projekte aktivierten Teilnehmer beläuft sich auf ein Vielfaches.	Nach einem Interessenbekundungsverfahren wurden 197 Grundsicherungsstellen zur Durchführung von Modellprojekten ausgewählt. Beginn der Aktivierungsphase: ab 15. Juli 2010 Beginn der Beschäftigungsphase: ab 15. Januar 2011
Innovationsbüro „Fachkräfte für die Region“	Auf- bzw. Ausbau und Bekanntmachung regionaler Netzwerke zur Fachkräftesicherung und deren Unterstützung bei der Netzwerkarbeit	Verbesserung der regionalen Kooperationsstrukturen zur Fachkräftesicherung; Entwicklung bzw. Weiterentwicklung und Bekanntmachung von Maßnahmen und Strategien zur Fachkräftesicherung	Innovationsbüro wurde 2011 eingerichtet und wird 2012 ausgebaut.
Bundesprogramm „Gute Arbeit für Alleinerziehende“	Im Rahmen des Wettbewerbs werden Projektideen gefördert, die zur Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten, beitragen und lokale Netzwerke bei der Aufgabenumsetzung stärken.	Wesentliches sozial- und arbeitsmarktpolitisches Ziel des Programms ist die Erhöhung der Erwerbs- und Verdienstchancen hilfebedürftiger Alleinerziehender, damit sie und ihre Kinder langfristig unabhängig von staatlichen Fürsorgeleistungen leben können. Zugleich sollen gute Handlungsansätze zur Arbeitsmarktintegration Alleinerziehender identifiziert und im Sinne eines Wissenstransfers bei den relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteuren verbreitet werden.	Programm läuft. 77 Projekte für eine Förderung ausgewählt. Davon entfallen 25 auf Ostdeutschland (einschl. Berlin).

3 Bildung und Ausbildung

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Ausbildungsplatzprogramm Ost (APO)	Das BMBF engagiert sich für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den neuen Ländern. Im Haushaltsjahr 2010 wurden diese mit rund 32,1 Mio. Euro gefördert.	Mit dem Programm soll der Übergang von außerbetrieblichen in reguläre betriebliche Ausbildungsverhältnisse verbessert werden.	Mit dem Ausbildungsplatzprogramm Ost schaffen Bund und Länder für das Vermittlungsjahr 2009/2010 rund 5 000 Ausbildungsstellen in den neuen Ländern. Wie mit den Ländern vereinbart, läuft das Programm 2013 aus.
Jobstarter	Mit diesem Ausbildungsstrukturprogramm konzentriert sich das BMBF auf Ausbildungsproblemregionen oder auch -branchen und ermöglicht bundesweit eine maßgeschneiderte, bedarfsorientierte und „ganzheitliche“ Ausbildungsförderung.	Schaffung und Besetzung zusätzlicher Ausbildungsplätze insbesondere in innovativen Branchen, qualitative Verbesserung der Ausbildungssituation und der Ausbildungsmöglichkeiten	Programm läuft in mehreren Bekanntmachungsrunden; in 2009 wurde die fünfte Förderbekanntmachung veröffentlicht.
Förderung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten	Förderung von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten	Flächendeckendes Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsplätzen	Von Bundesseite wurden in den inzwischen rund 100 überbetrieblichen Ausbildungsstätten in den neuen Ländern nahezu 15 000 Ausbildungsplätze für den langfristigen Bedarf gefördert.
Nationaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland (2004 bis 2014)	Die Wirtschaft strebt für den Zeitraum 2010 bis 2014 an, im Durchschnitt pro Jahr 60 000 neue Ausbildungsplätze und jährlich 30 000 neue Ausbildungsbetriebe bereitzustellen. Die Bundesagentur für Arbeit setzt ihre ausbildungsfördernden Leistungen auf hohem Niveau fort. und setzt ihre Angebote zur Berufsorientierung in den Schulen flächendeckend um.	Verbesserung des Ausbildungsangebotes durch Erschließung neuer Potenziale für zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze	Die Zusagen wurden auch 2011 mit großem Engagement erfüllt (71 300 neue Ausbildungsplätze, 43 600 neue Ausbildungsbetriebe). Der Pakt wird mit neuen Schwerpunktsetzungen bis 2014 fortgeführt. Dabei soll besonderes Augenmerk auf leistungsstarke Jugendliche und diejenigen Jugendlichen gelegt werden, die es bislang noch nicht in Ausbildung geschafft haben (z. B. Altbewerber). Dafür wird bspw. die Wirtschaft 10 000 sog. EQ-Plus-Plätze schaffen.
Berufsorientierungsprogramm in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (BOP)	Jugendliche erhalten in Jahrgangsstufe 7 eine Potenzialanalyse zur Feststellung ihrer Stärken und Neigungen und können in der Stufe 8 drei Berufsfelder in der Werkstatt einer Berufsbildungsstätte kennenlernen.	Verbesserung der Berufswahlkompetenz; Erreichung eines nahtlosen Übergangs von der Schule in eine duale Berufsausbildung	Richtlinien für die Förderung der Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten (Berufsorientierungsprogramm des BMBF-BOP) vom 6. Dezember 2011 (Bundesanzeiger vom 16. Dezember 2011) Laufzeit: unbefristet

4 Innovationskraft stärken

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Gründercoaching Deutschland	Unterstützung von Existenzgründern bei der Finanzierung von externen Beratungsleistungen; Förderung für Existenzgründer und junge Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und der Freien Berufe in den ersten 5 Jahren nach Gründung für externe Beratungsleistungen zu wirtschaftlichen, finanziellen und organisatorischen Fragen; anteilige Finanzierung durch ESF-Mittel (bis zu 75 Prozent in den neuen Ländern; in Berlin bis zu 50 Prozent)	Erhöhung der Erfolgsaussichten und Sicherung von Existenzgründungen	In Kraft Laufzeit bis 2013 Evaluierung bis Mitte 2013 vorgesehen 2011 in den neuen Ländern 3 773 sowie in Berlin 424 Förderzusagen bewilligt.
Programm „Runder Tisch“ der KfW	Unternehmenschecks zur Krisenbewältigung und zur Identifizierung von Schwachstellen in KMU; in Kooperation mit den Kammern	Analyse, Strategien, Lösungsvorschläge und Gegenmaßnahmen zur Abwendung von wirtschaftlichen Schieflagen in KMU	2011 in den neuen Ländern 806 sowie in Berlin 25 Förderzusagen bewilligt.
High-Tech Gründerfonds	Als Public-Private Partnership haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), die KfW (40 Mio. Euro) sowie 14 Industrieunternehmen (zusammen 33,5 Mio. Euro) im Oktober 2011 den mit 293,5 Mio. Euro ausgestatteten High-Tech Gründerfonds II (HTGF II) aufgelegt. Der Bund bringt Haushaltsmittel von insgesamt 220 Mio. Euro in den Fonds ein. Der High-Tech Gründerfonds stellt neu gegründeten Technologieunternehmen eine erste Finanzierung bereit. Junge Gründer erhalten im Schnitt 500 000 Euro Beteiligungskapital pro Unternehmen. Gründer in den Neuen Ländern müssen dabei nur halb so viel eigene Mittel in das Unternehmen einbringen im Vergleich zu den in den alten Ländern geltenden Konditionen. Der HTGF II knüpft an die guten Erfahrungen des ersten Fonds an, dessen Investitionsphase im Herbst 2011 endete.	Der High-Tech Gründerfonds investiert Risikokapital in neu gegründete deutsche Technologieunternehmen und schließt damit eine für dieses Gründersegment bestehende Finanzierungslücke. Der High-Tech Gründerfonds wurde im Osten Deutschlands besonders gut angenommen. Mit bislang 102 von insgesamt 342 Zusagen bis einschließlich Mai 2012 entfallen rund 30 Prozent der Engagements auf die neuen Bundesländer und Berlin.	HTGF I: Investitionsphase 2005 bis 2011; HTGF II: 2011 bis 2016

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand – ZIM	Mittelständische Unternehmen und mit ihnen kooperierende Forschungseinrichtungen erhalten Zuschüsse für anspruchsvolle technologische Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die zu marktfähigen Produkten und Dienstleistungen oder verbesserten Produktionsverfahren führen. Förderung von Forschungskooperationen und Unternehmensnetzwerken	Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Know-How-Transfer von Forschungseinrichtungen zu Unternehmen und umgekehrt, Steigerung der Innovationskompetenz von Unternehmen und technologischen Kompetenz in Deutschland. Ostdeutsche Unternehmen beteiligen sich mit 40 Prozent überproportional an dem Programm.	Juli 2008 bis Ende 2014
Förderung von Forschung und Entwicklung gemeinnütziger externer Industrieforschungseinrichtungen in Ostdeutschland – Innovationskompetenz Ost (INNO-KOM-Ost)	Förderung von qualitativ hochwertigen, risikoreichen Forschungs- und Entwicklungsprojekten von gemeinnützigen externen Industrieforschungseinrichtungen in Ostdeutschland. Gefördert werden Projekte der Vorlaufforschung und der marktorientierten Forschung sowie investive Maßnahmen zur Verbesserung der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur.	Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der externen Industrieforschungseinrichtungen und damit Stimulierung des wirtschaftlichen Aufholprozesses in Ostdeutschland. Durch konsequenten Transfer der FuE-Ergebnisse dieser Einrichtungen in die Unternehmen der neuen Bundesländer sollen deren Wettbewerbsfähigkeit erhöht und Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.	Laufzeit: Januar 2009 bis Dezember 2013
Innovationsinitiative Unternehmen Region	Neben der Förderung von Forschung und Entwicklung in spezifischen Fachprogrammen startete das BMBF 1999 eine an Regionen orientierte, themenoffene Innovationsinitiative mit Bottom-up-Ansatz. Die derzeit fünf Programmlinien des Programms „Unternehmen Region“ – Innovative Regionale Wachstumskerne (WK) mit Modul WK Potenzial, Innovationsforen, Forschung für den Markt im Team (ForMaT), InnoProfile mit InnoProfile-Transfer und Zentren für Innovationskompetenz (ZIK) – verbessern die Rahmenbedingungen für Innovationen und stellen die Weichen für langfristig erfolgreiche Regionen in den neuen Ländern.	Ziele der umfassenden innovationspolitischen Förderstrategie der Innovationsinitiative für die neuen Länder „Unternehmen Region“ sind der Aus- und Aufbau einer besonderen technologischen Kompetenz von Regionen und ihre Umsetzung in Innovationen. Grundlage hierfür ist eine fundierte Innovationsstrategie, die darauf abzielt, die regionale Kernkompetenz auszubauen und im Markt zum Erfolg zu führen [Fördervolumen jährlich rund 100 Mio. Euro bzw. insgesamt rund 1 010 Mio. Euro (1999 bis 2016)].	Im Rahmen von „Unternehmen Region“ wurden 2010 u. a. folgende Förderschwerpunkte gezielt ausgebaut: 16 internationale Nachwuchsforschungsgruppen sind in der zweiten Programmrunde der ZIK gestartet. Neu in die Förderung aufgenommen wurden 5 Wachstumskerne und 4 WKP-Initiativen. Eine Zusage für eine Innovationsforenförderung erhielten 13 Initiativen. Bisher wurden in über 400 regionalen Innovationsbündnissen rund 2 500 Vorhaben gefördert.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Spitzencluster-Wettbewerb	Der 2007 gestartete Spitzencluster-Wettbewerb ist eine zentrale Maßnahme der Hightech-Strategie, von der auch die neuen Länder stark profitieren. Der Wettbewerb stärkt die leistungsfähigsten Cluster Deutschlands durch die Förderung einer von allen Clusterpartnern getragenen Clusterstrategie für zukünftige Märkte. Die Strategie vereint die für Innovationen notwendigen Kompetenzen von Forschungseinrichtungen, Unternehmen, weiteren Partnern und die besten Ideen einer Region, um mit neuen Produkten und Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Unter den inzwischen abschließend ausgewählten 15 Spitzenclustern sind drei Cluster aus Ostdeutschland: „Solarvalley Mitteldeutschland“ im Bereich der erneuerbaren Energien, „Cool Silicon – Energy Efficiency Innovations from Silicon Saxony“ zu energieeffizienter Mikroelektronik und „BioEconomy“ in der Region um Leuna, der sich mit nachwachsenden Rohstoffen für die Industrieproduktion befasst. Insgesamt werden die Cluster mit jeweils bis zu 40 Millionen Euro gefördert. Die beteiligten Unternehmen steuern für die Projekte Beträge in gleicher Höhe bei.	Ziel ist die intensive Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und weiteren Akteuren einer Region, um Innovationsprozesse zu beschleunigen. Der Wettbewerb zielt dabei auf regionale Entwicklungspotenziale mit volkswirtschaftlicher Relevanz. Für die teilnehmenden Regionen bedeutet der Cluster die Etablierung langfristiger Forschungskooperationen und eine Schärfung des Technologieprofils im nationalen und internationalen Wettbewerb.	Nach der abschließenden dritten Wettbewerbsrunde werden nun 15 Spitzencluster vom BMBF jeweils über einen Zeitraum von fünf Jahren gefördert. Mit drei Spitzenclustern haben sich die neuen Länder sehr erfolgreich im Wettbewerb positioniert. Die zwei ostdeutschen Cluster aus der 1. Wettbewerbsrunde haben die Zwischenevaluation erfolgreich bestanden. Für das gerade startende dritte ostdeutsche Spitzencluster steht diese Bewertung Mitte 2014 an.
Cleantech-Initiative Ostdeutschland (CIO)	Um die Wachstumschancen der ostdeutschen Cleantech-Unternehmen zu unterstützen, wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer die „Cleantech-Initiative Ostdeutschland“ (CIO) ins Leben gerufen. Im Rahmen der CIO werden drei Ansatzpunkte verfolgt: 1. Vernetzung: Ideen, Projekte und Kompetenzen werden länderübergreifend vernetzt, und bestehende regionale Netzwerke unterstützt.	Cleantech umfasst grundsätzlich alle Technologien und Fertigkeiten, die dazu beitragen Umwelt und Klima zu schonen oder zu verbessern und mit den Ressourcen (Material und Energien) effizient und nachhaltig zu wirtschaften. Die „Cleantech-Branchen“ sind in den letzten Jahren weltweit überdurchschnittlich stark gewachsen. Dabei bieten Wachstumsmärkte, die noch nicht aufgeteilt sind, besonders für ostdeutsche KMU große Chan-	Die RKW Sachsen wurde als Projektentwickler beauftragt, ein Konzept für die CIO zu entwickeln und umzusetzen.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch Cleantech-Initiative Ostdeutschland (CIO)	2. Strukturbildung: Im Rahmen der CIO soll ein Strukturbildungsprozess unterstützt werden, mit dem die kleinteilige und wenig kooperierende Cleantech-Wirtschaft in den neuen Ländern zu einer international wettbewerbsfähigen Struktur zusammenfindet. 3. Bewusstseinsbildung: Vor Ort soll die Identität als „Cleantech-Region Ostdeutsch-land“ unterstützt werden. Cleantech soll auf diese Weise zur Leitidee bei vielen Neugründungen und Weiterentwicklungen bestehender Unternehmen werden. Nach außen soll dies zugleich die Bekanntheit als Standort für innovative Umwelttechnologien erhöhen.	cen, Marktanteile zu sichern und selber zu wachsen. Unternehmen mit Cleantech-Bezug sind in Ostdeutschland überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Der Entwicklung von Cleantech kommt daher eine Schlüsselrolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder zu.	

5 Hochschul- und Forschungsstandort Ostdeutschland

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern	Das Programm „Spitzenforschung und Innovation in den Neuen Ländern“ ist Bestandteil der Hightech-Strategie für Deutschland. Gefördert werden Verbünde, denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen angehören. Die Verbünde verfügen über innovative Modelle, strategische Konzepte und betreiben Grundlagenforschung mit internationaler Reputation bzw. stark anwendungsorientierte Forschung mit großem Markteintrittspotenzial.	Ziel ist die weiträumige, organisationsübergreifende und themenorientierte Kompetenzbündelung und Stärkung der Innovationsfähigkeit in den neuen Ländern. Langfristig sollen sich durch das Programm international sichtbare, themenorientierte und wettbewerbsfähige Forschungsstandorte in den neuen Ländern etablieren. Der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist ein besonderer Schwerpunkt des Programms neben der gezielten Nachwuchsförderung.	BMBF fördert in zwei Förderrunden (2008 bis 2014) 17 Verbünde mit insgesamt 217 Mio. Euro.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Salzwassermonitoring mit LE-Geoelektrik (SAMOLEG) BL: Brandenburg	Entwicklung einer geoelektrischen Methode zur großräumigen Überwachung von CO_2-Speicherstandorten, bei der große Erkundungstiefen erreicht werden können	Durch Messung des elektrischen Widerstandes im Untergrund kann der Salzgehalt des Grundwassers großräumig erfasst werden. Erstmalig soll für die Grundwasserüberwachung das Verfahren der langen Elektroden (LE) erprobt werden.	Förderung im Zeitraum von 9/2011 bis 8/2014
Fortführung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur CO_2-Speicherung am Pilotstandort in Ketzin (CO_2MAN) BL: Brandenburg	CO_2-Speicherung in einem tiefliegenden Grundwasserleiter. Begleitung der Speicherung durch ein umfangreiches Monitoringprogramm, mit dessen Hilfe die CO_2-Ausbreitung im Untergrund verfolgt und die Speicherüberwachung gewährleistet wird. Es handelt sich um den ersten europäischen Festland-Forschungsspeicher.	Untersuchungen der Auswirkungen einer CO_2-Speicherung in tiefe Grundwasserleiter. Neu- bzw. Weiterentwicklung von Überwachungstechnologien zum Nachweis der CO_2-Ausbreitung im Untergrund.	Förderung im Zeitraum von 9/2010 bis 8/2013
CO_2-Speicherung in Ost-Brandenburg: Implikationen für geothermische Wärmebereitstellung und Konzipierung eines Frühwarnsystems gegen Grundwasserversalzung (Brine) BL: Brandenburg	Auswirkungen einer CO_2-induzierten Salzwasserverdrängung auf trinkwasserführende Grundwasserleiter. Evaluierung des geothermischen Potenzials des Salzwassers.	Entwicklung eines Frühwarnsystems zur Erkennung aufwärtsgerichteter Salzwassermigrationsprozesse infolge von CO_2-Speicherung.	Förderung im Zeitraum von 5/2010 bis 4/2013
CO_2-Leckageversuch in einem oberflächennahen Grundwasserleiter zur Erprobung von Monitoringkonzepten und -methoden (CO_2-Leckage) BL: Brandenburg	Einbringung geringer CO_2-Mengen in einen oberflächennahen Grundwasserleiter. Untersuchung der chemischen Veränderungen des Grundwassers sowie der CO_2-Ausbreitung.	Bestimmung der Auswirkungen eines CO_2-Eintrags auf einen oberflächennahen Grundwasserleiter und Entwicklung geeigneter Überwachungsmethoden zum Schutz des Trinkwassers	Förderung im Zeitraum von 1/2009 bis 12/2011. Abgeschlossen.
Großtechnische CO_2-Speicherung zur Ausbeutesteigerung im Erdgasfeld Altmark (CLEAN) BL: Sachsen-Anhalt	In einem geologisch abgeschlossenen Teilbereich des Erdgasfeldes Altmark wurde ein Pilotversuch zur großtechnischen CO_2-Speicherung vorbereitet.	Entwicklung von Technologien zur CO_2-Speicherung in nahezu erschöpften Erdgaslagerstätten bei gleichzeitiger Steigerung der Gasausbeute. Prüfung des Erdgasfeldes Altmark auf seine Eignung als CO_2-Speicherstandort.	Förderung im Zeitraum von 7/2008 bis 6/2011. Abgeschlossen.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Hochschulpakt 2020	Der Hochschulpakt 2020 beruht auf zwei Säulen: einem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger, denen insbesondere durch zusätzliches Personal ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Studienangebot ermöglicht wird, und einer Programmkostenpauschale für erfolgreiche Hochschulforschung, die sich im Wettbewerb um Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) durchsetzt. Der Bund beteiligt sich an den Kosten für den Ausbau des Studienangebots in den Jahren 2011 bis 2015 mit insgesamt rund knapp 5 Mrd. Euro. Davon erhalten die neuen Länder rund 370 Mio. Euro für den Erhalt ihrer bisherigen Studienkapazitäten, sie profitieren zudem anteilig von den Bundesmitteln für die Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger. Darüber hinaus unterstützt der Bund mit 16 Mio. Euro die Marketingkampagne für den Studienstandort Ostdeutschland. Während der Laufzeit 2011 bis 2015 stellt der Bund für die Programmpauschalen rund 1,7 Mrd. Euro zur Verfügung.	Bei der ersten Säule des Hochschulpakts geht es um eine bis 2020 reichende Grundsatzverpflichtung von Bund und Ländern für ein bedarfsgerechtes Studienangebot. Dadurch soll der notwendige wissenschaftliche Nachwuchs gesichert und die Innovationskraft in Deutschland erhöht werden. Mit der zweiten Säule erfolgt im Bereich der Forschungsförderung ein Einstieg in die Vollfinanzierung von Forschungsprojekten durch Programmpauschalen (sog. „Overhead“). Durch die Overhead-Finanzierung wird die Strategiefähigkeit und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen gestärkt.	Der Hochschulpakt ist 2007 in Kraft getreten und ist bis zum Jahr 2020 angelegt. In der zweiten Säule werden seit Beginn 2008 die Programmpauschalen nicht nur für Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs und Forschungszentren gewährt, sondern stehen auch für sonstige neu bewilligte Forschungsprojekte der DFG zur Verfügung. Im Juni 2009 haben die Regierungschefs von Bund und Ländern die Fortschreibung des Hochschulpakts für die Jahre 2011 bis 2015 beschlossen. Über eine dritte Phase für die Jahre 2016 bis 2020 wird beraten werden.
Bund-Länder-Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre (Qualitätspakt Lehre)	In dem vom Bund mit rd. 2 Mrd. Euro bis 2020 finanzierten Qualitätspakt Lehre werden Maßnahmen zur Verbesserung der Personalausstattung von Hochschulen, zur Unterstützung bei der Qualifizierung des Lehrpersonals und zur Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen Hochschullehre gefördert. Die gemäß Artikel 91b GG geschlossene Bund-Länder-Vereinbarung gilt bis Ende 2020.	Ergänzung des quantitativen Ausbaus von Studienmöglichkeiten um eine Initiative zur qualitativen Verbesserung der Studienbedingungen Verbesserung von Lehrqualität, Betreuung und Beratung von Studierenden in der Breite der Hochschullandschaft Sicherung der Erfolge der Studienreform, Beitrag zu höheren Abschlussquoten	Der Qualitätspakt Lehre ist im Jahr 2010 in Kraft getreten. In zwei Auswahlrunden wurden 2011 insgesamt 186 Hochschulen aus allen 16 Ländern mit ihren Einzel- und Verbundanträgen zur Förderung ausgewählt. Darunter sind 42 Hochschulen aus den neuen Ländern (16 Universitäten, 20 Fachhochschulen, 6 Kunst- und Musikhochschulen). Die Förderung begann im Wintersemester 2011/12 bzw. im Sommersemester 2012 und ist zunächst bis Ende 2016 zugesagt. Über eine mögliche Anschlussförderung bis Ende 2020 wird auf Grundlage einer Zwischenbegutachtung entschieden.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Existenzgründungen aus der Wissenschaft (EXIST)	1. Weiterentwicklung und dreijährige Fortführung des Moduls EXIST-Forschungstransfer zur Unterstützung herausragender forschungsbasierter Gründungsvorhaben; Stärkung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz des Gründungsteams. Weiterführung von EXIST-Gründerstipendium 2. Wettbewerb „EXIST-Gründungskultur – Die Gründerhochschule“, um exzellente Strategien zur Stärkung der Gründungskultur an Hochschulen zu prämieren	1.+2. Etablierung einer Gründungskultur an Hochschulen, dadurch verbesserte Verwertung von Forschungsergebnissen durch Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen und Stärkung der Marktchancen wissenschaftlicher Spinoffs; verbesserte Sensibilisierung von Studierenden, Absolventinnen und Absolventen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für den Schritt in die Selbständigkeit; verbesserte Qualifizierung von Gründerinnen und Gründern aus der Wissenschaft.	1. Inkrafttreten der neugefassten Förderrichtlinie zum 15. März 2012 2. Start des Wettbewerbs im April 2010 Auswahl der zehn geförderten Hochschulen und Auszeichnung der drei „Gründerhochschulen“ im Sommer 2011 Start der zweiten Wettbewerbsrunde im Herbst 2011
Fortschreibung Exzellenzinitiative	Mit der Exzellenzinitiative setzen Bund und Länder einen besonderen Fokus auf die Stärkung der Spitzenforschung an den Universitäten. In der dritten und letzten Förderrunde werden insgesamt 45 Graduiertenschulen und 43 Exzellenzcluster ausgewählt. Neben den Universitäten wie Bremen, Dresden, Köln, LMU München, TU München, Konstanz, Heidelberg, RWTH Aachen und Tübingen haben auch die TU Dresden sowie die FU und die HU Berlin in der dritten Förderlinie mit ihren Zukunftskonzepten überzeugt. Bis 2017 stellen Bund und Länder insgesamt 2,7 Mrd. Euro zur Verfügung.	Ausbau der forschungsstärksten Universitäten in Deutschland zu international herausragenden Spitzenzentren Die DFG und der Wissenschaftsrat werden der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) bis zum 30. Juni 2015 einen datengestützten Bericht über den Verlauf der Exzellenzinitiative vorlegen. Zusätzlich wird die GWK eine externe Kommission unter Beteiligung internationaler Expertinnen und Experten mit einer Evaluation des Programms und seiner Auswirkungen auf das deutsche Wissenschaftssystem beauftragen. Dabei sollen Auswirkungen sowohl auf geförderte als auch auf nicht geförderte Hochschulen dargestellt werden. Die Ergebnisse dieser Evaluation werden der GWK im Januar 2016 vorgelegt werden.	Am 15. Juni 2012 fiel die Entscheidung im Bewilligungsausschuss Exzellenzinitiative. Im November 2012 startet die Förderung der einzelnen Projekte.
Translation in der regenerativen Medizin	Translationszentren für regenerative Medizin: Leipziger Translationszentrum für Regenerative Medizin (TRM) und Berlin-Brandenburger Center for regenerative Therapies (BCRT)	Ersatz erkrankter oder verletzter Gewebe und Organe durch Züchtung von Geweben und Entwicklung von Biomaterialien; beschleunigte Entwicklung klinischer Anwendungen und Produkte durch interdisziplinäre Zusammenarbeit von Forschungszentren, Universitäten, Kliniken und Unternehmen	2006 gestartet

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Gesundheitsregionen der Zukunft	Gesundheitsregion der Zukunft Nordbrandenburg: Fokussiert auf die Verbesserung der Versorgung in strukturschwachen Gebieten insbesondere durch den Einsatz der Telemedizin	Vernetzung von Akteuren der Gesundheitswirtschaft von der Forschung bis hin zur Versorgung und Dienstleistung zur Profilbildung und damit der besseren Nutzung der regionalen Potenziale	2009 gestartet
Bioökonomie	Spitzencluster „Bioökonomie“ um das Bioraffinerie Forschungszentrum Leuna: Entwicklung von Methoden und deren industrielle Umsetzung zur Gewinnung von Ausgangsstoffen für die energetische und stoffliche Nutzung aus Pflanzenmaterial	Ersatz fossiler durch erneuerbare Ressourcen Strukturwandel hin zu einer bio-basierten Industrie	Förderung des Spitzenclusters „Bioeconomy“ durch BMBF 2012 bis 2017 mit bis zu 40 Mio. Euro Aufbau des Bioraffinerie-Forschungszentrums Leuna seit 2009 mit 50 Mio. Euro von Bund und Land Sachsen-Anhalt (Einweihung im Oktober 2012)

6 Stadtentwicklung

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Städtebauförderung	Gewährung von Bundesfinanzhilfen an die neuen Länder im Rahmen der Programme Soziale Stadt – Investitionen im Quartier, Stadtumbau Ost, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren, Städtebaulicher Denkmalschutz, Städtebauliche Sanierung und Entwicklung sowie Kleinere Städte und Gemeinden	Stärkung von Innenstädten und Ortszentren im Rahmen städtebaulicher Erneuerung und Entwicklung. Unterstützung der Städte und Gemeinden insbesondere bei wirtschaftlichem und demographischem Strukturwandel, Reduzierung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsleerstand (Stabilisierung der Wohnungswirtschaft). Erhaltung des baukulturellen Erbes, auch als Anziehungskraft für Wirtschaftsentwicklung und als touristisches Potenzial.	Im Programmjahr 2012 stehen den neuen Ländern Städtebaufördermittel von knapp 200 Mio. Euro Programmmittel zur Verfügung.
ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“	Das ESF-Bundesprogramm BIWAQ unterstützt mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (124 Mio. Euro) und des Bundes (60 Mio. Euro) sozialraumorientierte Arbeitsmarktprojekte für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Projekte zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Das Programm wird in zwei Förderrunden umgesetzt. Die längerfristig angelegten BIWAQ-Projekte sind eng an die integrierten Ent-	Die Qualifikation und soziale Situation der Bewohnerinnen und Bewohner und damit auch ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sowie die Stärkung der lokalen Ökonomie insbesondere in benachteiligten Stadtquartieren sollen verbessert werden. BIWAQ soll stabilisierend auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Stadtquartier wirken und zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort beitragen.	Mit dem Start der zweiten Förderrunde im Dezember 2010 wurde das Programm um das Handlungsfeld „Quartiersarbeit“ erweitert. Die BIWAQ-Projekte der zweiten Förderrunde sind Anfang 2012 gestartet. Insgesamt werden mit BIWAQ bundesweit rund 225 Projekte, davon 94 in den neuen Ländern und Berlin gefördert.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“	wicklungskonzepte der benachteiligten Stadtquartiere aus dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ geknüpft und so passgenau auf die Zielgruppen und die konkrete Situation im Quartier abgestimmt.		
Förderung von Investitionen in nationale UNESCO-Welterbestätten	Mit dem 2009 zum ersten Mal aufgelegten Sonderförderprogramm für „Investitionen in nationale UNESCO-Weltkulturerbestätten“ werden Gelder bereit gestellt, um die dringend notwendigen Investitionen in den Erhalt der historischen Orte von Weltrang zu tätigen.	Schutz und Pflege der UNESCO-Welterbestätten in Deutschland Unterstützung von dringend notwendigen Investitionen für den Erhalt der historischen Orte von Weltrang	Programmfortführung bis 2010; im Bundeshaushalt 2010 standen weitere rd. 70 Mio. Euro Programmmittel zur Verfügung; davon rd. 29 Mio. Euro für Projekte in den neuen Ländern und Berlin (Umsetzung der Maßnahmen bis 2014)
Altschuldenhilfe für Wohnungsunternehmen nach Altschuldenhilfe-Verordnung (AHGV)	Bereitstellung von zusätzlichen Altschuldenentlastungen in Höhe von rd. 1,1 Mrd. Euro Programmmittel bei Abriss von Wohnflächen (Antragstellung nach AHGV bis 2003). Seit 2008 werden in Einzelfällen anstelle der Entlastungshilfen auch Sanierungsmittel gewährt, wenn Altbauten unter Berücksichtigung städtebaulicher Aspekte saniert und somit erhalten werden. Die Abrissfrist wurde von 2010 auf 2013 verlängert.	Flankiert Stadtumbau und stärkt Wohnungswirtschaft	Seit Januar 2001 erhalten Unternehmen bei Abriss von Wohnfläche bis zu 77 Euro/qm Entlastungen für Altverbindlichkeiten bis 2013. Von den 1,1 Mrd. Euro Bewilligungen sind bereits rd. 90 Prozent ausgezahlt worden.
Wettbewerb „Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen“ im Rahmen der KfW-Förderprogramme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren (CO_2-Gebäudesanierungsprogramm)	Mit dem Wettbewerb Großwohnsiedlungen wurden über integrierte Konzepte neue Impulse für die Weiterentwicklung dieser Siedlungen gesetzt. 60 Prozent der Teilnehmer kamen aus den neuen Ländern. Die Umsetzung der Konzepte wurde über 8 bundesweit ausgesuchte Modellprojekte weiter begleitet, davon 3 aus den neuen Ländern.	Der Wettbewerb hat gezeigt, wie energetische, städtebauliche, wohnungswirtschaftliche, finanzielle und soziale Aspekte in ein Gesamtkonzept integriert werden können. Die Diskussion über die Zukunftschancen und den Entwicklungsbedarf dieser Siedlungen hat neue Impulse erhalten.	Die Begleitung der Modellprojekte erfolgt bis Mitte 2014.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
KfW-Förderprogramm „Energetische Stadtsanierung“ (Energiekonzept der Bundesregierung vom 28. September 2010)	Mit dem KfW-Programm werden neue Impulse für mehr Energieeffizienz im kommunalen Bereich gesetzt. Damit wird der Sanierungsprozess auf eine breitere städtebauliche Basis gestellt: vom Einzelgebäude zum Quartier. In einer Pilotphase bis Ende Januar 2012 wurden in Zusammenarbeit mit den Ländern 77 Pilotprojekte ausgewählt. 21 dieser Pilotprojekte liegen in den neuen Ländern. Der Start der Breitenförderung erfolgte im Februar 2012. Anträge können seitdem direkt bei der KfW gestellt werden.	Mit dem KfW-Programm werden im Quartier umfassende Maßnahmen für die Energieeffizienz der Gebäude und der Infrastruktur angestoßen, u. a. um erneuerbaren Energien breitere Einsatzmöglichkeiten in innerstädtischen Altbauquartieren zu bieten und weitere Investorengruppen in den Sanierungsprozess einzubeziehen. Damit wird die Erstellung und Umsetzung von integrierten Quartierskonzepten insbesondere zur Wärmeversorgung unterstützt.	Im Jahr 2012 werden rd. 70 Mio. Euro Programmmittel für das Förderprogramm aus dem Energie- und Klimafonds bereitgestellt. Für 2013 sind 100 Mio. Euro Programmmittel angemeldet.
Förderprogramm „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie)	Das Förderprogramm unterstützt Kommunen in der Erstellung von Klimaschutzkonzepten und deren Umsetzung durch eine beratende Begleitung. Darüber hinaus wird der Einsatz von klimafreundlichen Beleuchtungs- und Lüftungstechnologien gefördert.	Um die bundesweiten Emissionseinsparziele erreichen zu können, muss insbesondere auch auf kommunaler Ebene der Einsatz von erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz erhöht werden. Dazu leistet das Förderprogramm konzeptionelle, personelle und technologische Unterstützung.	Mit dem seit 2008 existierenden Programm konnten bundesweit mehr als 2 000 Projekte bewilligt werden (Stand Okt. 2011); es wird 2012 fortgesetzt.

7 Perspektiven für ländliche Räume

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)	Förderung investiver und konsumtiver Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und integrierten ländlichen Entwicklung (Bund/Länder 60 : 40) sowie des Küstenschutzes (Bund/Länder 70 : 30) Aufteilung der Bundesmittel auf alte und neue Bundesländer im Verhältnis 67 : 33	Die Gemeinschaftsaufgabe dient dazu, eine leistungsfähige, auf künftige Anforderungen ausgerichtete Land- und Forstwirtschaft zu gewährleisten und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Gemeinsamen Markt der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen sowie den Küstenschutz zu verbessern. Dabei sind die Ziele und Erfordernisse der Raumordnung, Landesplanung sowie des Umweltschutzes und des Tierschutzes zu beachten (§ 2 (1) GAK-Gesetz).	unbefristet

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)		Art der Förderung: Gewährung von Zuschüssen, Darlehen, Zinszuschüssen und Bürgschaften	
Initiative Ländliche Infrastruktur	Die Initiative setzt auf regionale Stärken, auf die Ideen und die Mitwirkung der Menschen vor Ort. Kernelemente sind das Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke“, der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“, das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge sowie das Modellvorhaben der Raumordnung „Stadt-Land-Partnerschaften: großräumig – innovativ – vielfältig“.	Durch diese Maßnahmen wird der ländliche Raum mit seinen Kleinstädten und vielen kleinen Ortschaften wichtige Impulse erhalten und deren Stärken gefördert. Mit dem Städtebauförderungsprogramm werden kleinere Städte und Gemeinden als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge in der Region gestärkt und Investitionen in bedarfsgerechte Infrastruktur gefördert (s. Punkt 6 Stadtentwicklung). Mit dem Wettbewerb werden beispielhafte Lösungen für eine nachhaltige Infrastrukturversorgung, die zur Lebensqualität in ländlichen Räumen beiträgt sowie ihre Attraktivität und Zukunftsfähigkeit steigert, ausgezeichnet. Zentrales Anliegen des Wettbewerbs ist es, vorbildliche Ideen zu sammeln und wertvolle Lösungsansätze einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge unterstützt Planungsregionen, Landkreise und Gemeindeverbünde fachlich und finanziell bei der Erarbeitung und Umsetzung interkommunal abgestimmter Maßnahmenbündel zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Das Modellvorhaben „Stadt-Land-Partnerschaften“ greift den strategischen Ansatz der „Großräumigen Verantwortungsgemeinschaften“ auf, mit dem durch das partnerschaftliche Miteinander unterschiedlich strukturierter, d. h. städtischer und ländli-	Die Wettbewerbsrunden 2011 und 2012 „Menschen und Erfolge“ sind abgeschlossen, die Wettbewerbsrunde 2013 ist in Vorbereitung. Das Aktionsprogramm unterstützt mit einem Gesamtvolumen von 6,5 Mio. Euro bis 2014 21 Modellregionen, davon 9 in den neuen Ländern Im Rahmen des Modellvorhabens Stadt-Land-Partnerschaften werden aktuell fünf Modellprojekte, darunter zwei mit Projektpartnern aus den neuen Ländern, gefördert

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch Initiative Ländliche Infrastruktur		cher Teilräume die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Gesamtregion gefördert und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Kooperationsgebietes geschaffen werden sollen.	

8 Familien-, Gleichstellungs- und Jugendpolitik und Politik für ältere Menschen

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Ausbau der Kindertagesbetreuung	Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände haben sich auf dem so genannten „Krippengipfel“ am 2. April 2007 darauf verständigt, bis zum Jahr 2013 schrittweise ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren aufzubauen. Auf dieser Basis wird für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem Kindergartenjahr 2013/14 wirksam. Der Bund beteiligt sich an den bis 2013 entstehenden Kosten mit 4 Milliarden Euro, darunter 2,15 Mrd. für Investitionskosten, darunter 387,6 Mio. für die neuen Länder und 1,85 Mrd. für zusätzliche Betriebskosten. Ab 2014 beteiligt er sich an zusätzlichen Betriebskosten mit jährlich 770 Mio. Euro. Hinzu kommen weitere 580,5 Mio. Euro für Bundesmittel für Investitionskosten und jährlich 75 Mio. Euro für Betriebskosten aus dem Mehrwertsteueraufkommen aufgrund der Fiskalpakt-Einigung. Diese sollen zur Finanzierung der 30 000 zusätzlichen Betreuungsplätze genutzt werden, die nach dem aktuell ermittelten Bedarf erforderlich sind.	Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze schreitet weiter voran. Im März 2011 befanden sich 517 000 Kinder unter drei Jahren (25,4 Prozent) bundesweit in Tagesbetreuung. Diese Zahlen des Dritten Zwischenberichts zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes zeigen, dass bereits große Anstrengungen unternommen wurden, aber weitere Anstrengungen erforderlich sind, um das Ausbauziel zu erreichen. Bund, Länder und Kommunen halten an dem Ziel fest, ein bedarfsgerechtes Angebot bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung ab Vollendung des ersten Lebensjahres zum 1. August 2013 zu schaffen. Nach wie vor bestehen große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland: In Ostdeutschland liegt die Betreuungsquote der unter dreijährigen Kinder mit 49 Prozent weiter deutlich über Ausbauziel von durchschnittlich 35 Prozent und weit über dem Niveau in Westdeutschland (20 Prozent). In Ostdeutschland möchte die Hälfte der Eltern einen Betreuungsplatz für ihr unter drei Jahre altes Kind, in Westdeutschland liegt der Bedarf bei 36 Prozent.	2008 bis 2013

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
„Offensive Frühe Chancen“ – Schwerpunktkitas Sprache und Integration	Materielle Hilfen, eine familienunterstützende Infrastruktur und frühkindliche Bildungsangebote sind für das Aufwachsen gerade von Kindern aus schwierigen sozialen Verhältnissen unabdingbar. Deshalb wird die Bundesregierung rund 400 Mio. Euro in bis zu 4 000 Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung investieren. Die Quote der Kinder mit Sprachförderbedarf ist in den alten und neuen Ländern vergleichbar.	Mit der „Offensive Frühe Chancen“ möchte die Bundesregierung durch eine frühe Hilfestellung die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder verbessern. Hierbei sollen speziell im Bereich der sprachlichen Förderung neue Stellen für qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher entstehen. Von den insgesamt 4 000 Schwerpunkt-Kitas sind 575 in Ostdeutschland (ohne Berlin) errichtet. Diese Zahl beschränkt sich auf die Anzahl der geförderten halben Stellen. Diese setzen sich aus 517 Einzelkitas und 29 Verbünden zusammen. Die Anzahl der Schwerpunkt-Kitas im Ostteil der Stadt Berlin beläuft sich auf 12 Einrichtungen.	2011 bis 2014
Programm „Anschwung für frühe Chancen“	Alle Kinder in Deutschland sollen die Chance haben, von klein auf ihre Potenziale zu entfalten. Damit dies gelingt, müssen viele Akteure zusammenarbeiten: Eltern, kommunal Verantwortliche wie Jugend- oder Sozialamt, die Fachkräfte aus Kindergärten, Grundschulen und anderen sozialen Einrichtungen. Durch das Programm sollen bis 2014 in 600 Kommunen Initiativen für den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung der Kinderbetreuung vor Ort entstehen.	Für das Programm, das mit 60 lokalen Zukunftskonferenzen startet, wurden insgesamt 6 regionale Servicebüros eingerichtet, von denen aus die Initiativen in den Ländern eng begleitet werden können. Jede Initiative wird über einen Zeitraum von 12 bis 18 Monaten von Prozess- und Fachexperten unterstützt. Kindertageseinrichtungen, Elterninitiativen, die Kommunen und Verbände sowie weitere betroffene Stellen sind eingeladen, mit Unterstützung von „Anschwung für frühe Chancen“ die Betreuungssituation zu analysieren und sich eine Agenda zu geben. Es ist geplant, bis 2014 120 Initiativen in den neuen Bundesländern zu errichten, d. h. in jedem Jahr 40. Bisher werden 18 aktive Initiativen im Osten Deutschlands durch „Anschwung für frühe Chancen“ begleitet.	2012 bis 2014

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“	Lokale Bündnisse für Familien sind lokale und regionale Zusammenschlüsse verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich für die Verbesserung der Familienfreundlichkeit engagieren. Im Rahmen dieser Netzwerke werden zur Verbesserung familienbewusster Lebens- und Arbeitsbedingungen konkrete Projekte und Dienstleistungen entwickelt und umgesetzt. Derzeit gibt es rund 670 Lokale Bündnisse für Familie, davon 125 in den neuen Ländern.	Ostdeutschland gilt weltweit zunehmend als wettbewerbsfähiger Standort für zukunftsorientierte Branchen und Technologiefelder. Die Lokalen Bündnisse in den neuen Bundesländern tragen mit ihren Angeboten dazu bei, den Standort Ostdeutschland für qualifizierte Fachkräfte und ihre Familien – und damit auch für Unternehmen – noch attraktiver zu machen, sie an den Standort zu binden und damit insbesondere der Abwanderung junger Menschen entgegen zu wirken.	Fortlaufend
Unternehmensnetzwerk Erfolgsfaktor Familie	Mit dem Unternehmensprogramm „Erfolgsfaktor Familie“ setzt sich die Bundesregierung in enger Kooperation mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft (BDA, DIHK, ZDH) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund dafür ein, eine familienbewusste Arbeitswelt in Deutschland zu etablieren. Schon 4 132 Arbeitgeber sind Mitglied im zugehörigen Unternehmensnetzwerk und bekennen sich öffentlich zu einer familienbewussten Personalpolitik, davon 734 in den neuen Ländern.	Der demografische Wandel ist in Ostdeutschland schon heute am Ausbildungsmarkt deutlich sichtbar. Auch geht dort das Arbeitskräftepotenzial früher und stärker zurück als andernorts: Gute Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf tragen dazu bei, Vorsorge gegen den Fachkräftemangel zu treffen und Arbeitskräfte zu gewinnen, zu mobilisieren und zu halten.	Fortlaufend
Aktionsprogramm Perspektive Wiedereinstieg	Das Aktionsprogramm will seit März 2008 mit unterschiedlichen Maßnahmen – auch in den neuen Ländern – – Frauen nach mehrjähriger familienbedingter Berufsunterbrechung beim beruflichen Wiedereinstieg unterstützen, – Unternehmen und Betriebe ansprechen und durch lokale Netzwerke die Rahmenbedingungen für diesen Wiedereinstieg verbessern. Kern des Aktionsprogramms ist das gleichnamige ESF-Modellprogramm mit einem Gesamtvolumen von 30 Millionen Euro	Förderung von Initiativen und Maßnahmen, die Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern; Stärkung des Bewusstseins der Arbeitgeber, mit Wiedereinsteigerinnen leistungsbereite und -fähige Beschäftigte mit (Berufs- und) Lebenserfahrung zu gewinnen, die nach abgeschlossener Familiengründung noch über 2 Jahrzehnte dem Unternehmen zur Verfügung stehen und mit denen sie auch den Fachkräftemangel abdecken können; Männer dazu zu gewinnen, ihre (Ehe-) Partnerinnen im Prozess des Wiedereinstiegs aktiv zu unterstützen.	Die erste Förderphase des ESF-Modellprogramms lief Ende Februar 2012 aus. Das Programm wird von Begleitforschung flankiert, abschließende Befunde werden Anfang 2013 für die erste Förderphase vorliegen. Erfolgreiche Ansätze des Modellprogramms werden nun von der Bundesagentur für Arbeit bundesweit in die Fläche übertragen und können damit ab 2013 auch in den Arbeitsagenturbezirken der neuen Länder angeboten werden.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch Aktionsprogramm Perspektive Wiedereinstieg	ESF- und Bundesmitteln. Zusätzlich berät das Lotsenportal www.perspektive-wiedereinstieg.de rund um das Thema Wiedereinstieg und ein Wiedereinstiegsrechner schafft Transparenz für verschiedene Wiedereinstiegsoptionen.		Die zweite Förderphase begann am 1. März 2012. An 10 Standorten mit 18 Trägern werden bis Ende 2013 insbesondere die Einbeziehung der Partner und haushaltsnaher Dienstleistungen erprobt.
Freiwilligendienste (BFD)	Mit derzeit insgesamt über 80 000 Freiwilligen im Bundesfreiwilligendienst (BFD) und in den Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ wurde ein historischer Höchststand an Freiwilligen in Deutschland erreicht. Die Einführung des neuen Bundesfreiwilligendienstes hat dabei alle Erwartungen übertroffen: Das Ziel von abgeschlossenen 35 000 BFD-Verträgen wurde bereits im Februar 2012 nach 8 Monaten erreicht. Mit den über 27jährigen, die rund ein Drittel der Freiwilligen im BFD stellen, wurde eine neue Zielgruppe für die Freiwilligendienste erschlossen. Auch die Jugendfreiwilligendienste sind deutlich gestärkt worden: Knapp 50 000 Jugendliche nutzen derzeit die Möglichkeit eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder Freiwilligen Ökologischen Jahres. Das sind mehr als je zuvor. Diese beeindruckenden Zahlen zeigen, dass es generationenübergreifend eine hohe Bereitschaft zum Engagement in unserer Gesellschaft gibt.	Die Bundesregierung stärkt die hohe Bereitschaft zum Engagement in der Gesellschaft; die Öffnung für die über 27-Jährigen bietet damit allen Altersgruppen die Möglichkeit, einen geregelten Freiwilligendienst zu leisten. Der Freiwilligendienst kann Perspektiven in einer Umbruchsituationen eröffnen.	gesetzliche Regelung zum Bundesfreiwilligendienst seit 1. Juli 2011
Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“	Mehrgenerationenhäuser bilden eine Brücke zwischen den Generationen und bieten Angebote für die ganze Familie. Das Bundesfamilienministerium hat zur Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“ gestartet. Ziel ist es die Häuser zu Knotenpunkten des bürgerschaftlichen Engagements zu etablieren und nachhaltig in die lokale Infrastruktur einzubetten.	Das neue Programm konzentriert sich insbesondere auf die vier Schwerpunktthemen Alter und Pflege, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Freiwilliges Engagement sowie Integration und Bildung. Der generationenübergreifende Ansatz bleibt Querschnittsthema. Mit dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II soll dabei auch der demografischen Entwicklung insbesondere in den neuen Bundesländern Rechnung getragen werden.	Das dreijährige „Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser II“ ist Anfang 2012 mit bundesweit 450 Standorten gestartet. Jedes Mehrgenerationenhaus erhält jährlich 30 000 Euro aus Bundes- und ESF-Mitteln. Kommune und Land übernehmen einen jährlichen Kofinanzierungsbetrag in Höhe von 10 000 Euro.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“	Die gemeinsam vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie getragene Initiative verbindet Senioren-, Wirtschafts- und Verbraucherpolitik. Die Initiative soll Ansätze für generationengerechte Produkte und Dienstleistungen verstärken. Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt werden die Potenziale älterer Beschäftigter thematisiert.	Die Initiative „Wirtschaftsfaktor Alter“ zielt sowohl auf die Erhöhung von Lebensqualität älterer Menschen als auch auf die Stärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Da sich die Folgen der Alterung unserer Gesellschaft in den neuen Ländern früher und stärker zeigen als in anderen Landesteilen, kann die Initiative dort besondere Wirkung entfalten.	Die Programmlaufzeit vom 1. Januar 2008 bis 31. März 2011 wurde für den Zuständigkeitsbereich des BMFSFJ bis 31. Dezember 2013 verlängert.
Beratungsgestützte Einführung von Logib-D	Logib-D ist ein Angebot der Bundesregierung, mit dem die Personalverantwortlichen Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen in ihrem Betrieb identifizieren können. Mit der beratungsgestützten Einführung von Logib-D erhalten Personalverantwortliche ein Instrument, das ihnen die Analyse der Entgeltstruktur entscheidend erleichtert, Beratung vermittelt und zu betrieblichen Lösungen führt.	Bei fairer Bezahlung müssten Frauen in Ostdeutschland aufgrund ihrer besseren Qualifikation höhere Löhne und Gehälter erhalten als Männer – tatsächlich bekommen sie aber weniger. Daher ist es wichtig ist, dass Logib-D in der gesamten Bundesrepublik angewandt wird, um auch in den neuen Bundesländern die betrieblichen Ursachen von Verdienstunterschieden zu überwinden.	Maßnahme in der Umsetzung
Initiative JUGEND STÄRKEN	Die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ verknüpft verschiedene Programme. Dazu gehören die ESF-finanzierten Programme „JUGEND STÄRKEN: Aktiv in der Region“, „Schulverweigerung – Die 2. Chance“, die Förderung der „Kompetenzagenturen,“ die aus nationalen Mitteln finanzierten Jugendmigrationsdienste, und das Modellprojekt „JUGEND STÄRKEN: Junge Wirtschaft macht mit“. Die Initiative „JUGEND STÄRKEN“ umfasst bundesweit über 800 Standorte (davon rund 200 in den neuen Ländern).	Durch Bündelung und Schärfung der BMFSFJ Programme sowie eine rechtskreisübergreifende Verzahnung der Angebote soll die Integration junger Menschen mit individuellem Unterstützungsbedarf am Übergang Schule/Beruf verbessert werden.	Aktuelle Förderperiode der ESF-Programme: 2011 bis 2013

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Verstetigungsprojekt 2011 „Perspektiven gegen die Abwanderung junger Menschen“	Die in der Koordinierungsstelle „Perspektiven für junge Menschen“ (Stiftung Demokratische Jugend) von 2005 bis 2010 entwickelten Maßnahmen und Projektideen, die der Verhinderung der Abwanderung junger Menschen aus den neuen Bundesländern dienten, werden verstetigt und weitergetragen.	Ziel ist die Verbreitung und Bündelung von Projektideen sowie die Sicherung der Beständigkeit durch Verankerung in bestehende Strukturen.	Das Projekt wurde in 2011 gefördert und erfolgreich abgeschlossen. Einzelne Projektbausteine konnten in bestehende Strukturen verankert und damit nachhaltig gesichert werden.
Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN	Mit dem Bundesprogramm fördert die Bundesregierung in vielfältiger Weise Aktivitäten, die die Demokratie stärken und Zeichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus setzen. Das Bundesprogramm besteht aus drei zentralen Bestandteilen: – Lokale Aktionspläne (davon über 90 in den neuen Ländern und Berlin), – Modellprojekte (davon über 30 in den uen Ländern und Berlin), – Beratungsnetzwerke in allen 16 Ländern (damit auch in allen neuen Ländern und Berlin).	In diesem Bundesprogramm sollen insbesondere Kinder und Jugendliche für die grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens gewonnen werden. Dies geschieht durch die Förderung von vor Ort entwickelten Strategien in Lokalen Aktionsplänen und durch die Erprobung neuer Ideen und Methoden in der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Zudem sollen Betroffene bei rechtsextremistischen Vorfällen schnell, direkt und fachlich kompetent unterstützt werden. Dazu werden Beratungsangebote zur Verfügung gestellt. Die Beratungsangebote in den 16 Ländern werden 2012 durch ein Qualifizierungsprojekt gestärkt.	Die Bundesprogramme laufen von 2011 bis 2013. Einzelne Maßnahmen laufen bis 2014.
Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“	Das BMFSFJ hat seine Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention auf die Felder Linksextremismus und islamistischen Extremismus ausgeweitet und diese unter der Initiative „Demokratie Stärken“ gebündelt. Die Initiative setzt vorrangig im präventiv-pädagogischen, integrativen und bildungsorientierten Bereich an. Insgesamt werden 41 Modellprojekte gefördert. Darunter befinden sich auch Projekte, die sich u. a. mit der Aufarbeitung	Junge Menschen sollen auch gegen die Verführung durch linksextremistisches und islamistisches Gedankengut stark gemacht werden, damit sie extremistische Agitationen erkennen und sich diesen widersetzen können, sich nicht radikalisieren oder abschotten, sondern sich offen und gewaltfrei für Menschenwürde, Demokratie und Toleranz in der Gesellschaft einsetzen.	Aktuelle Förderperiode Mitte 2010 bis Ende 2013, einzelne Maßnahmen laufen bis 2014.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“	der DDR-Diktatur befassen. Darüber hinaus werden drei Forschungsvorhaben und eine Studie in den beiden Themenbereichen vergeben.		
Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT)	Das BfDT fördert ein von gegenseitiger Anerkennung getragenes Zusammenleben aller in Deutschland lebenden Menschen.	Die Bundesministerien des Innern und der Justiz haben das BfDT mit dem Auftrag gegründet, das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt zu sammeln und öffentlich zu machen.	Seit 2000
Helene-Weber-Kolleg, Helene-Weber-Preis	Der Helene Weber-Preis ist eine Auszeichnung für herausragende Kommunalpolitikerinnen und wurde 2009 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus Anlass des 60jährigen Jubiläums des Grundgesetzes zum ersten Mal verliehen. Der Helene Weber-Preis richtet sich an Neueinsteigerinnen in der Kommunalpolitik, unabhängig von ihrem Lebensalter. Das Helene Weber-Kolleg ist die erste bundesweite und parteiübergreifende Plattform für engagierte Frauen in der Politik.	Nur ein Viertel der kommunalen Parlamentssitze ist von Frauen besetzt. In den kommunalen Führungspositionen ist die Unterrepräsentanz noch gravierender: Nur etwa 5 Prozent der Rathäuser und Landratsämter werden von Frauen geführt. Ziel ist es dies zu ändern. Ein Schwerpunkt des H-W-Kollegs liegt in der Gewinnung und Stärkung von Frauen in der Kommunalpolitik. Aufgrund demografischer Entwicklungen dürfte dies insbesondere in den neuen Ländern von Bedeutung sein. Kommunalpolitik ist ein wichtiger Bereich ehrenamtlichen Engagements. Gerade hier, wo die Demokratie ihre Basis hat, werden Männer und Frauen gleichermaßen gebraucht.	2011 wurde der Helene Weber-Preis bereits zum zweiten Mal vergeben. Ebenfalls 2011 wurde das Helene-Weber-Kolleg ins Leben gerufen.

9 Gesellschaftliche Stärkung der Deutschen Einheit

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
„Bürgerstiftungswerkstatt“ und „Die Regionen stärken – Stiftungsinitiative Ost“	Es handelt sich um eine Maßnahme der Initiative Bürgerstiftungen, dem einzigen unabhängigen Kompetenzzentrum für alle Fragen zum Thema Bürgerstiftungen. Schwerpunktmäßig werden Gründungsinitiativen von Bürger- und Gemeinschafts-	Ziele der Maßnahme sind die Neugründungen und das Kapital der Bürgerstiftungen in Deutschland zu steigern, die Bürgerstiftungen durch Qualifizierungen zu stärken sowie andere Akteure einzubinden, die auf dem Gebiet der Bürgerstiftungen engagiert	Aktuelle Förderperiode: 2011 bis 2013

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
noch „Bürgerstiftungswerkstatt“ und „Die Regionen stärken – Stiftungsinitiative Ost“	stiftungen betreut, die Professionalisierung und der Erfahrungsaustausch, die Vernetzung sowie das gegenseitige Lernen unter Bürgerstiftungen gefördert sowie das Konzept der Bürgerstiftungen in der Öffentlichkeit beworben.	sind. Neue modellhafte Strukturen in Form von Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen sollen im Osten Deutschlands geschaffen werden, insbesondere dort, wo extremistische Organisationen und Parteien die Lücken der Zivilgesellschaft zu füllen drohen.	
Zusammenhalt durch Teilhabe	Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland	Ziele sind die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements von Bürgerinnen und Bürgern, die Verbands-, Vereins- und Kommunalpolitik in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld, in Städten und Gemeinden, in Sportverbänden, Hilfsdiensten, Bürgerinitiativen und Vereinen mitgestalten.	Start des Programms im September 2010 Programmlaufzeit bis 2013 mit einem Gesamtvolumen von 18 Mio. Euro

10 Kunst, Kultur und Sport

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Sonderinvestitionsprogramm (Masterplan) der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg	Die Stiftung wird vom Bund institutionell gefördert (14,172 Mio. Euro) und erhält bis 2017 zusätzlich 77,5 Mio. Euro zur Rettung bedrohter Welterbeschlösser und zur Sanierung der Bau- und Gartendenkmale.	Schwerpunkte: Sanierung besonders schwer geschädigter Schlösser (Neues Palais, Schloss Babelsberg, Schloss Charlottenburg), die Beseitigung von Brandschutzgefährdungen sowie Maßnahmen zur Steigerung von Einnahmen und zur Verbesserung des Besucherservices (u. a. Neubau von Besucherzentren).	Laufzeit: 2008 bis 2017 Gesamtvolumen: 155 Mio. Euro, Bundesanteil: 77,5 Mio. Euro über die gesamte Laufzeit
Sanierung der Staatsoper Unter den Linden	Die Bundesregierung unterstützt das Land Berlin auf der Grundlage des Hauptstadtfinanzierungsvertrages vom 30. November 2007 bei der dringend erforderlichen Sanierung und Modernisierung der Staatsoper Unter den Linden.	Schwerpunkte: denkmalgerechte Wiederherstellung des Zuschauerraums mit Verbesserung der Akustik, komplette Modernisierung der Bühnentechnik, Schaffung moderner Proberäume und eines neuen Transport- und Lagersystems für Dekorationen, Steigerung der Wirtschaftlichkeit, Gewährleistung der sicherheitstechnischen Anforderungen	Bauzeit 2010 bis 2015 Finanzierung: An den Gesamtbaukosten von 242 Mio. Euro beteiligt sich der Bund mit bis zu 200 Mio. Euro, die übrigen Kosten werden vom Land Berlin unter Einbeziehung von Spenden eines Fördervereins getragen.

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland	Mit dem Programm werden die seit 1990 unternommenen Anstrengungen des Bundes zum Erhalt, zur Wiedergewinnung und Entwicklung der Kultureinrichtungen in den neuen Ländern fortgeführt. Mit den 2012 zur Verfügung stehenden Bundesmitteln werden u. a. die Fertigstellung des Kunstmuseums in Ahrenshoop in Mecklenburg-Vorpommern, die Erweiterung des Kleist-Museums Frankfurt/Oder und die Sanierung des Klosterstifts Neuzelle im Land Brandenburg, die Sanierung von Schloss Altenstein und der Veste Heldburg in Thüringen sowie weitere Projekte in Sachsen und Sachsen/Anhalt (bspw. Staatliche Kunstsammlungen Dresden) gefördert.	Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen in ihrem Bestreben, die nach wie vor bestehenden gravierenden Defizite bei Kultureinrichtungen von gesamtstaatlicher Bedeutung und europäischem Rang zielgerichtet abzubauen.	Seit 2004
Kleine Leuchttürme	Förderung von einzelnen Projekten und Investitionsmaßnahmen in den neuen Ländern mit herausragender kulturpolitischer Bedeutung (insges. etwa 600 000 Euro pro Jahr)	Gefördert werden insbesondere Maßnahmen von kulturellen Leuchttürmen, die keine kontinuierliche Unterstützung des Bundes erhalten. Ziel ist eine schnelle Unterstützung durch den Bund bei dringend erforderlichen Projekten, um die kulturelle Substanz in den neuen Ländern zu erhalten.	Langjähriges Förderprogramm
Förderung von kulturellen Projekten und Institutionen	Der Bund unterstützt eine Vielzahl von Projekten mit Schwerpunkt bzw. national bedeutsamen Institutionen mit Sitz in den neuen Ländern, z. B.: – UNESCO-Welterbe-Stätten in Ostdeutschland wie Klassik Stiftung Weimar (institutionell: 9,090 Mio. Euro; zusätzliche Projektmittel zur Sicherung der Bestände sowie zur Erhaltung der baulichen Substanz: 2,159 Mio. Euro); Kulturstiftung Dessau-Wörlitz (jährl. Förderung: 485 000 Euro; zusätzliche Projektmittel für baulichen Erhalt/Herrichtung: 1,240 Mio. Euro), Stiftung Bauhaus Dessau (institutionell:		Förderung über zwei Jahre (2010 und 2011)

Name der Maßnahme	Beschreibung	Ziel/erwartete Wirkung	Status/Zeitplan
n o c h Förderung von kulturellen Projekten und Institutionen	1,324 Mio. Euro), Wartburg-Stiftung Eisenach (248 000 Euro für baulichen Erhalt/Herrichtung) – Kleist-Museum in Frankfurt (Oder): Unterstützung einzelner Projekte in Ergänzung der institutionellen Förderung von Land und Stadt. – Arbeitsstelle für Lessing-Rezeption (Kamenz) (paritätische Förderung mit dem Land Sachsen; BKM-Anteil 2012: 63 000 Euro) – Institutionelle Förderung des Bach-Archivs Leipzig Kultur- und Wissenschaftsförderung in den neuen Ländern auf der Grundlage von § 96 BVFG: Institutionelle und projektbezogene Förderung von Maßnahmen zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (Stand August 2012: 6,3 Mio. Euro)		Seit 1999
Spitzensportförderung durch die Bundespolizei	Förderung von jungen hochtalentierten Sportlerinnen und Sportlern in der Ausübung des Spitzensports beim Bundespolizei-Leistungssportprojekt Kienbaum und gleichzeitige Ausbildung zur Polizeivollzugsbeamtin/zum Polizeivollzugsbeamten	Internationale sportliche Erfolge Schaffung einer beruflichen Perspektive für Spitzensportlerinnen und -sportler nach Beendigung der sportlichen Karriere	Projektstatus wird offiziell durch Herrn Minister am 10. Oktober 2012 durch Umbenennung in Bundespolizeischule Kienbaum beendet

Teil C Wirtschaftsdaten für die neuen Bundesländer

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	**Regionaldaten**	65
1.1	Ausgewählte Wirtschaftsdaten zur Lage in den neuen Ländern – Übersicht –	65
1.2	Wirtschafts- und Strukturdaten der neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern	66
2.	**Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die neuen Länder**	67
2.1	Wichtige gesamtwirtschaftliche Daten im Ost-West-Vergleich	67
2.2	Bruttoinlandsprodukt (BIP) – alte und neue Bundesländer –	68
2.2.1	Wachstumsraten des BIP (real) gegenüber Vorjahr in Prozent	68
2.2.2	Anstieg des realen BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) gegenüber Vorjahr in Prozent	69
2.3	Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung nach einzelnen Wirtschaftsbereichen in den neuen Ländern gegenüber Vorjahr in Prozent (preisbereinigt, verkettet)	69
2.4	Anteil der Bruttowertschöpfung verschiedener Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) – 2011 –	70
2.5	Anteil der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe der neuen Länder an der BWS der neuen Länder insgesamt (in jeweiligen Preisen) in Prozent	71
2.6	Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe in den neuen Ländern	71
2.7	Verfügbares Einkommen	72
2.8	Lohnkosten, Produktivität und Lohnstückkosten im Ost-West-Vergleich	73
3.	**Konjunkturindikatoren**	74
3.1	Entwicklung der Produktion in den neuen und alten Bundesländern	74
3.2	Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	75
3.3	Anzahl der Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Wohnungsbau in den neuen Ländern	76
3.4	Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	77
3.5	Ausfuhr nach Bundesländern	77

		Seite
4.	**Arbeitsmarktdaten**	78
4.1	Eckwerte des Arbeitsmarktes für die neuen Länder – Juli 2012 –	78
4.2	Arbeitslose in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf	79
4.3	Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den neuen Ländern (Jahreszahlen)	80
5.	**Hauptförderinstrumente**	81
5.1	Inanspruchnahme ausgewählter Förderinstrumente für die neuen Länder	81
5.2	Regionale Aufteilung der durch GA-Mittel (gewerbliche Wirtschaft) und ERP/EKH-Mittel geförderten Investitionen in den neuen Ländern	82
6.	**Unternehmensgründungen und -liquidationen seit 1991**	83
7.	**FuE-Personal im Wirtschaftssektor**	84
8.	**Investitionstätigkeit**	85
8.1	Anlageinvestitionen in den neuen Ländern	85
8.2	Anlageinvestitionen und Kapitalstock in den neuen Ländern je Einwohner	85
8.3	Sektorale Entwicklung der Investitionen in den neuen Ländern	86
8.4	Investitionen aller Wirtschaftsbereiche je Einwohner – Ost-West-Vergleich	87

1. Regionaldaten

1.1 Ausgewählte Wirtschaftsdaten zur Lage in den neuen Ländern

	Berlin	Branden-burg	Meckl.-Vorp.	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen	Neue Länder ohne Berlin
Fläche (km^2)	892	29.481	23.186	20.448	18.419	16.172	107.707
Einwohner (in 1.000)[1]	3.502	2.496	1.635	2.313	4.137	2.221	12.802
Anteil der Länder in %		19,5	12,8	18,1	32,3	17,4	100,0
Bevölkerungsdichte (Personen/km^2)[1]	3.928	85	71	113	225	137	119
Bruttoinlandsprodukt 2011[2], *preisbereinigt, verkettet (Veränderung ggü. Vorjahr in %)*	2,3	2,4	1,3	2,4	2,7	3,4	2,5
BIP in jeweiligen Preisen in Mrd. Euro	101,4	55,1	35,0	51,9	95,1	48,1	285,1
BIP je Einwohner (in jeweiligen Preisen) in Euro	29.153	22.051	21.363	22.336	22.970	21.608	22.234
BIP je Erwerbstätigen (in jeweiligen Preisen) in Euro	59.429	51.381	48.014	51.333	48.494	47.071	49.212
BWS im Verarbeitenden Gewerbe 2011[2] preisbereinigt, verkettet (*Veränderung ggü. Vorjahr in %)*	10,9	11,9	7,3	9,1	11,4	11,0	10,6
Bruttowertschöpfung 2011[2] *(in jeweiligen Preisen)* in Mrd. Euro	90,5	49,2	31,2	46,3	84,9	43,0	254,7
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,0	1,0	1,1	1,1	1,0	0,8	5,0
- Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	12,4	10,8	4,5	12,6	21,0	11,6	60,5
* darunter Verarbeitendes Gewerbe	9,3	7,1	3,4	9,8	16,5	10,1	46,9
- Baugewerbe	3,1	3,2	1,9	3,0	6,0	2,9	17,0
- Dienstleistungsbereiche	75,0	34,2	23,7	29,6	56,9	27,6	172,1
Erwerbsquote 2011[3]	75,9	81,1	79,1	81,2	80,9	80,7	79,6
Erwerbstätige 2011 *am Arbeitsort in Tsd.*[2]	1.706	1.072	729	1.011	1.960	1.022	5.794
Arbeitslose[4)5)]	216.611	133.615	95.043	131.206	198.637	95.044	929.266
Arbeitslosenquote[4)5)]							
- Berichtsmonat	12,3	10,0	11,2	11,1	9,4	8,2	11,0
- Vorjahresmonat	13,5	10,5	11,7	11,3	10,3	8,5	11,6
Gemeldete Arbeitsstellen[4)5)]	18.750	11.523	9.303	11.418	20.414	15.555	78.536
Unterbeschäftigtenquote *(ohne Kurzarbeit)*	16,4	12,5	14,9	15,2	12,4	10,9	13,7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[4)5)]	1.190.800	770.400	531.200	758.300	1.452.800	758.200	5.461.600
unversorgte ***Bewerber f. Berufsausbildungsstellen***[4)5)]	7.608	4.418	2.537	4.104	6.098	3.176	27.157
unbesetzte ***Berufsausbildungsstellen***[4)5)]	4.826	4.769	4.333	4.137	7.345	5.200	29.338
Gewerbeanmeldungen 2011[6)]	48.716	20.521	13.081	14.677	36.331	15.695	149.021
dar.: Neugründungen 2011	44.267	16.500	10.851	12.395	30.548	13.012	127.573
Gewerbeabmeldungen 2011	33.797	19.371	12.622	15.171	33.220	15.741	129.922
Förderprogramme							
ERP- / EKH - Kredite[7)]							
- Zusagebetrag (in Mio. Euro)	2.069	9.067	8.190	9.153	14.755	10.227	53.461
Regionalförderung[8)] (gewerbliche Wirtschaft)							
- Zusagebetrag (in Mio. Euro)	1.620	7.418	3.891	8.040	10.490	6.020	37.479

[1)] Statistisches Bundesamt; am 31.12.2011 (Berechnungsstand 25.07.2012)

[2)] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg; Arbeitskreis "VGR der Länder"; Berechnungsstand: August 2011 / Februar 2012**(WZ 2008)**

[3)] Stat. Bundesamt, Mikrozensuserhebung 2011, Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung jew. im Alter von 15 - 65 Jahren**Neue Länder einschl. Berlin**

[4)] Bundesagentur für Arbeit, Stand Juli 2012 (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Hochrechnung Mai 2012; Ausbildungsmarkt 2011/12: Juli 2012)

[5)] **Neue Bundesländer einschließl. Berlin**. Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

[6)] Statistisches Bundesamt, **Neue Länder einschl. Berlin**

[7)] BMWi, Stand 31.12.2011, ERP- und EKH-Zusagen seit 1990 (Zusagebeträge netto nach Abzug von Verzichten, Kürzungen, Storni), ab 2004 Angaben für Gesamt-Berlin **Neue Länder einschl. Berlin**. Zur Information: ERP-Kredite Neue Länder, einschl. EKH ab 1997: rd. 317.000 Zusagen, Kreditvolumen rd. 39 Mrd€

[8)] **Neue Länder einschl. Berlin**. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, Zeitraum Januar 1991 bis Dezember 2011 einschl. EFRE-Kofinanzierung (Berlin: Gesamtstadt)

1.2 Wirtschafts- und Strukturdaten der neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern

Bundesland	Bevölkerung	Erwerbspersonen			Arbeitslose 2011 [4]		Bruttoinlandsprodukt 2011 [5]			Industrieumsätze 2011 [6]		Industriebetriebe [9]	Beschäftigte [9]	Exportquote [6][7][9]	Steuerdeckungsquote [8]	Personalausgabenquote [8]	Investitionsquote [8]	Zinsausgabenquote [8]
	am 31.12.2011 in 1000	Erwerbspersonen [2] 2011 in 1 000	Erwerbsquote [2] 2011 in %	Erwerbstätige [3] 2011 in 1 000	in 1 000	Quote in % bez. auf alle zivilen Erwerbspers.	in jeweil. Preisen Mrd. Euro	in jeweil. Preisen je Einwohner in Euro	preisbereinigt, verkettet Veränd. zum VJ	in Mrd. Euro	Veränderung 2011/2010 in %	2011 je 100.000 Einwohner	2011 je Industriebetrieb	2011 in %	Vorl. IST 2011 in %	Vorl. IST 2011 in %	Vorl. IST 2011 in %	Vorl. IST 2011 in %
Mecklenb.-Vorp.	1.635	865	79,1	729	108	12,5	35,0	21.363	1,3	11,1	10,6	18	152	28,8	50,0	24,2	18,3	5,2
Brandenburg	2.496	1.344	81,1	1.072	143	10,7	55,1	22.051	2,4	22,8	14,3	17	180	29,0	55,1	21,9	15,7	6,1
Sachsen-Anhalt	2.313	1.223	81,2	1.011	139	11,6	51,9	22.336	2,4	39,3	13,0	29	160	27,8	51,4	24,1	14,1	7,7
Thüringen	2.221	1.192	80,7	1.022	104	8,8	48,1	21.608	3,4	28,2	11,0	39	154	31,5	52,2	25,3	14,4	6,9
Sachsen	4.137	2.135	80,9	1.960	227	10,6	95,1	22.970	2,7	53,5	12,2	31	159	39,1	55,5	22,6	18,6	2,1
Neue Länder [1]	**12.802**	**8.565**	**79,6**	**5.794**	**950**	**11,3**	**285,1**	**22.234**	**2,5**	**116,7**	**11,3**	**24**	**167**	**34,5**	**53,4**	**23,5**	**16,4**	**5,2**
Schleswig-Holst.	2.838	1.412	76,9	1.301	104	7,2	73,6	25.967	2,1	39,3	9,4	19	188	41,1	67,7	36,1	10,5	10,2
Hamburg	1.799	938	77,5	1.139	72	7,8	94,4	52.731	1,9	83,5	15,7	12	344	22,0	75,5	30,7	8,3	7,6
Niedersachsen	7.914	3.931	76,0	3.765	275	6,9	224,4	28.306	3,3	182,3	13,1	23	243	45,8	65,6	37,1	9,7	7,4
Bremen	661	321	72,5	409	37	11,6	28,0	42.505	3,9	22,9	11,7	22	317	53,1	50,2	30,7	11,4	13,8
Nordrhein-Westf.	17.842	8.686	74,0	8.812	729	8,1	568,9	31.839	2,6	323,8	10,7	28	209	43,4	73,3	37,7	11,0	7,7
Hessen	6.092	3.096	76,7	3.183	183	5,9	228,5	37.616	3,2	105,5	12,6	23	256	51,5	73,8	36,9	11,1	6,2
Rheinland-Pfalz	3.999	2.004	76,3	1.907	111	5,3	113,2	28.311	3,3	83,0	11,3	25	246	52,9	61,5	36,8	9,1	7,0
Baden-Württemb.	10.786	5.584	78,0	5.732	227	4,0	376,3	34.943	4,3	285,6	11,7	39	252	52,0	72,2	38,5	10,7	4,9
Bayern	12.596	6.587	78,5	6.835	254	3,8	446,4	35.545	2,7	316,7	6,9	30	280	52,9	78,4	40,7	12,5	2,5
Saarland	1.013	478	71,5	516	34	6,8	30,5	30.059	4,1	26,1	15,3	24	351	49,5	61,5	36,3	9,3	12,5
Alte Länder [1]	**65.540**	**33.037**	**76,3**	**33.600**	**2.026**	**6,0**	**2.184,3**	**33.365**	**3,1**	**1.460,8**	**10,8**	**28**	**246**	**47,5**	**72,2**	**37,9**	**10,9**	**6,4**
Berlin	3.502	1.806	75,9	1.706	229	13,3	101,4	29.153	2,3	23,1	4,7	9	244	46,9	49,4	30,2	7,0	10,2
Deutschland	**81.844**	**41.602**	**77,0**	**41.100**	**2.976**	**7,1**	**2.570,8**	**31.440**	**3,0**	**1.638,8**	**10,9**	**27**	**233**	**46,1**	**68,5**	**35,4**	**11,8**	**6,6**

[1] **Neue Länder: ohne** Berlin; **Alte Länder: ohne** Berlin (bei **Arbeitslosenzahlen, Erwerbspersonen, Erwerbsquote, Industrieumsätzen, -betrieben, Beschäftigten, Exportquote Neue** Länder **mit** Berlin)

[2] Angaben zu den Erwerbstätigen und den Erwerbsquoten beruhen auf den Ergebnissen der **Mikrozensuserhebung 2011**. Neue Länder incl. Berlin, Alte Länder ohne Berlin
Erwerbspersonen (= Erwerbstätige+ Erwerbslose) im Alter von 15-65 Jahren (Inländerkonzept); Erwerbsquote = Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre)

[3] Erwerbstätige im Inland:= Erwerbstätige, die unabhängig von ihrem Wohnort ihren Arbeitsplatz im Bundesland / -gebiet haben (einschl. Einpendler); **Neue Länder**: **ohne** Berlin; **Alte Länder**: **ohne** Berlin.
Jahresdurchschnittsergebnisse des Akr. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungsstand: Februar 2012

[4] **neue Länder**: **einschließlich** Berlin, **alte Länder**: **ohne** Berlin; Jahresdurchschnitt; Stand: Juni 2012

[5] nach ESVG 1995; **Berlin:**=Gesamtberlin; **neue Länder**:=ohne Berlin; **alte Länder**:=ohne Berlin (Stand: Februar 2012)

[6] in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes und Bergbaus **mit 50 und mehr Beschäftigten**, **Neue Länder**: **mit** Berlin; **Alte Länder**: **ohne** Berlin; WZ 2008

[7] Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

[8] Anteil an Gesamtausgaben im Länderhaushalt; **Neue Länder**: **ohne** Berlin; **Alte Länder**: **ohne** Berlin; statt Deutschland: **Länder zusammen**; Stand: Juli 2012

[9] bezogen auf Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes **mit 50 und mehr Beschäftigten**, Jahresdurchschnittswerte

***Quellen**: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Arbeitskreis "Erwerbstätigenrechnung", Bundesministerium der Finanzen und eig. Berechnungen*

2. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

2.1 Wichtige gesamtwirtschaftliche Daten im Ost-West-Vergleich [1)]

		alte Länder [2)]		neue Länder [2)]		Verhältnis neue zu alten Ländern [2)] in %		Anteil neue Länder [2)] an Deutschland insgesamt in %	
		1991	2011	1991	2011	1991	2011	1991	2011
Wohnbevölkerung [3)]	Tsd.	61.914	65.466	18.071	16.302	.	.	22,6	19,9
Erwerbstätige (Inland) [1)]	Tsd.	30.153	33.600	8.468	7.500	.	.	21,9	18,2
Arbeitnehmer (Inland) [1)]	Tsd.	27.098	29.940	8.003	6.614	.	.	22,8	18,1
Arbeitslose [4)]	Tsd.	1.594	2.026	1.023	950	.	.	39,1	31,9
Bruttoinlandsprodukt (BIP) *in jeweiligen Preisen* [1)]	Mrd. Euro	1.364,0	2.184,3	170,6	386,5	.	.	11,1	15,0
BIP je Einwohner *in jeweiligen Preisen*	Euro	22.030	33.365	9.442	23.710	42,9	71,1	.	.
BIP je Erwerbstätigen *in jeweiligen Preisen*	Euro	45.235	65.008	20.150	51.536	44,5	79,3	.	.
BIP je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen *in jeweiligen Preisen* [8)]	EURO	37,11	46,66	25,26	34,36	68,1	73,6		
BWS je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen *in jeweiligen Preisen* [8)]	EURO	33,44	41,67	22,81	30,69	68,2	73,7		
Arbeitnehmerentgelt [1)]	Mrd. Euro	723,5	1.113,3	121,5	203,8	.	.	14,4	15,5
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer [1)]	Euro	26.698	37.184	15.185	30.816	56,9	82,9	.	.
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde [1)8)]	Euro	22,84	28,41	16,65	21,64	72,9	76,2		
Bruttolöhne und Gehälter [1)]	Mrd. Euro	589,7	907,2	101,4	166,0			14,7	15,5
Bruttolöhne und Gehälter je Arbeitnehmer [1)]	Euro	21.763	30.300	12.676	25.097	58,2	82,8		
Brutto-Anlageinvestitionen je Einwohner [5)]	Euro	4.800	5.300	3.300	4.000	69	76	.	.
Kapitalstock je Erwerbstätigen [2)6)]	Euro	241.000	301.000	110.000	256.000	46	85		
Kapitalstock je Einwohner [2)6)]	Euro	114.000	151.000	51.000	115.000	45	76	.	.
						neue Länder über alte Länder in %			
Lohnstückkosten [1)7)8)]	%	68,30	68,18	72,99	70,51	6,9	3,4	.	.

[1)] Basis ESVG 1995, Berechnungsstand Februar 2012; *Daten 2011 (Anlageinvestitionen 2009) und 1991 von der Methodik her nur bedingt vergleichbar*

[2)] **Neue** Länder **mit Berlin, alte** Länder **ohne Berlin**.

[3)] 1991: Jahresdurchschnitt; 2011: Jahresmitte

[4)] Jahresdurchschnitt; **neue** Länder **mit Berlin**, **alte** Länder **ohne Berlin** (Datenstand Juni 2012)

[5)] Ausgangszahlen für 1991 und **2009:** Arbeitskreis VGRdL (Berechnungsstand August 2010), Herleitung der Kennzahl eig. Berechnung
Anlageinvestitionen := neue Bauten sowie neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen (in jeweiligen Preisen) **Neue** Länder: **mit Berlin**; **alte** Länder: **ohne Berlin**

[6)] 1991, **2008** (Berechnungsstand August 2010)

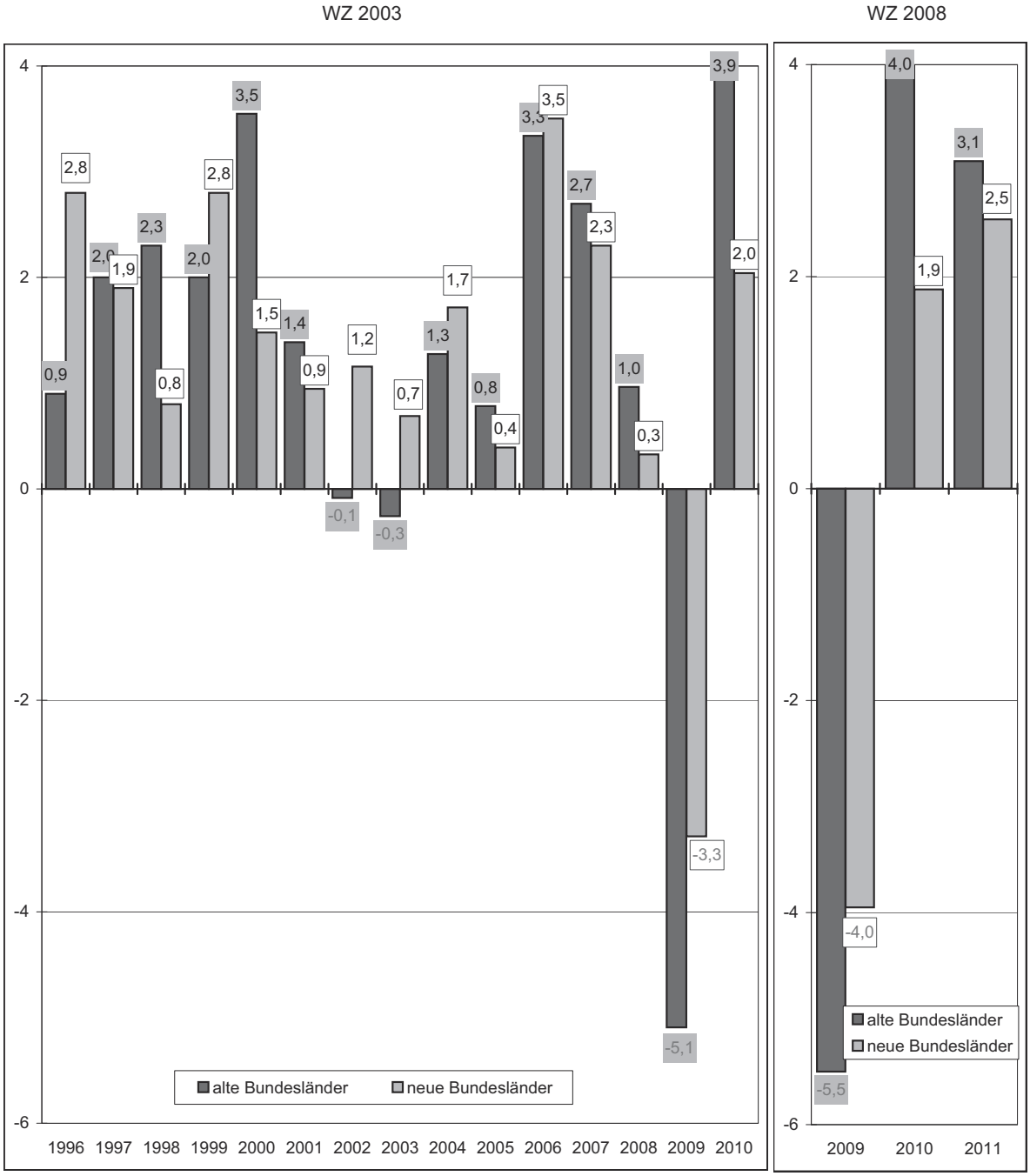
[7)] Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde in Relation zur Bruttowertschöpfung (BWS) je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

[8)] **1998** und 2011

Quellen: *Arbeitskreise "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" und "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"; Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt, Kennzahlen und Relationen: eigene Berechnungen*

2.2 Bruttoinlandsprodukt (BIP) - alte und neue Bundesländer -

2.2.1 Wachstumsraten des BIP (real) gegenüber Vorjahr in % [1)]



[1)] Basis: ESVG 1995, preisbereinigt, verkettet. **Neue und alte Bundesländer: jeweils ohne Berlin**
linke Grafik: BWZ 2003 (Berechnungsstand: August 2010 / Februar 2011); **rechte Grafik**: WZ 2008 (Stand: August 2011 / Februar 2012)
Quelle: *Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"*

2.2.2 Anstieg des realen BIP je Erwerbstätigen (Produktivität) gegenüber dem Vorjahr in Prozent[1)]

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
alte Länder	1,0	1,7	0,8	0,4	1,1	0,5	0,2	0,6	0,8	0,8	2,8	1,0	-0,5	-5,1	3,4
neue Länder	3,7	3,2	0,5	2,6	2,4	2,6	2,8	1,9	1,6	1,3	2,9	0,7	-0,4	-2,8	1,5

[1)] Basis: ESVG 1995, preisbereinigt, verkettet. **Neue und alte Bundesländer: jeweils ohne Berlin**
Berechnungsstand: August 2010 / Februar 2011

Quelle: *Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"*

2.3 Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in den neuen Ländern [1)] gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %

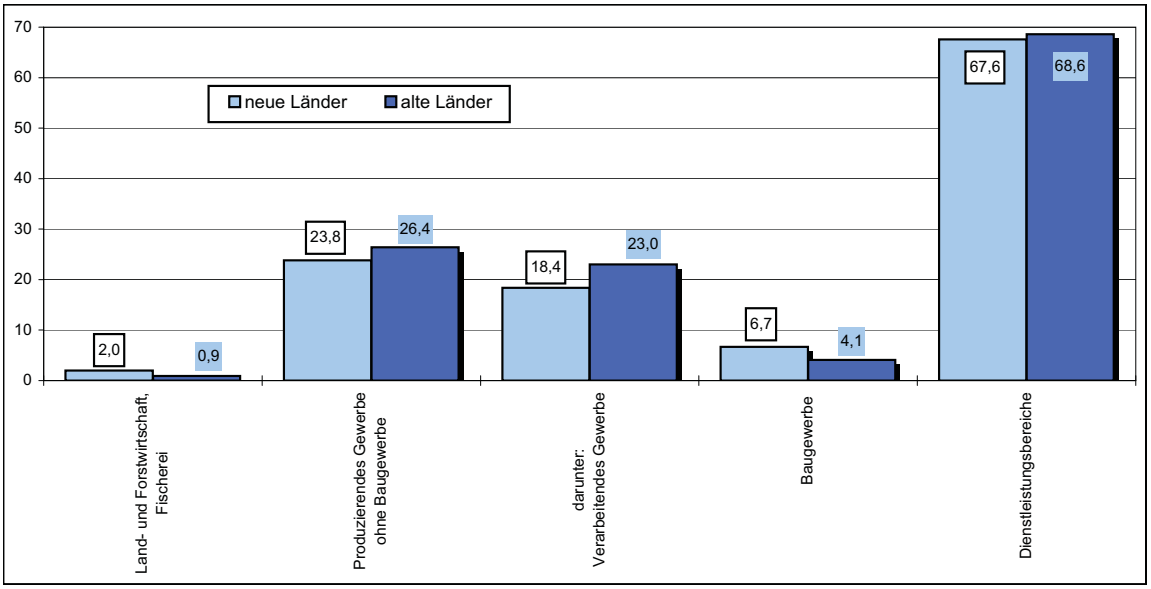
- preisbereinigt, verkettet -

	2009	2010	2011
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	**-4,4**	**2,3**	**2,5**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-5,5	28,4	-2,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-14,7	5,4	6,8
* dar.: Verarbeitendes Gewerbe	-21,8	6,5	10,6
Baugewerbe	-2,7	0,7	4,8
Dienstleistungsbereiche	-1,0	0,9	1,0
* dar.: Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe	-8,0	-3,7	
Information und Kommunikation	4,0	-1,9	
Finanz- und Versicherungsdienstleister	11,7	6,4	
Grundstücks- und Wohnungswesen	-2,6	-0,6	
Unternehmensdienstleister	-6,1	5,1	
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	3,3	1,2	
Kunst, Unterhaltung u. Erholung; Sonst. Dienstleister, Private Haushalte	3,1	2,2	

[1)] nach ESVG 1995 (WZ 2008). Berechnungsstand: August 2011 / Februar 2012. **Neue Länder ohne Berlin.**

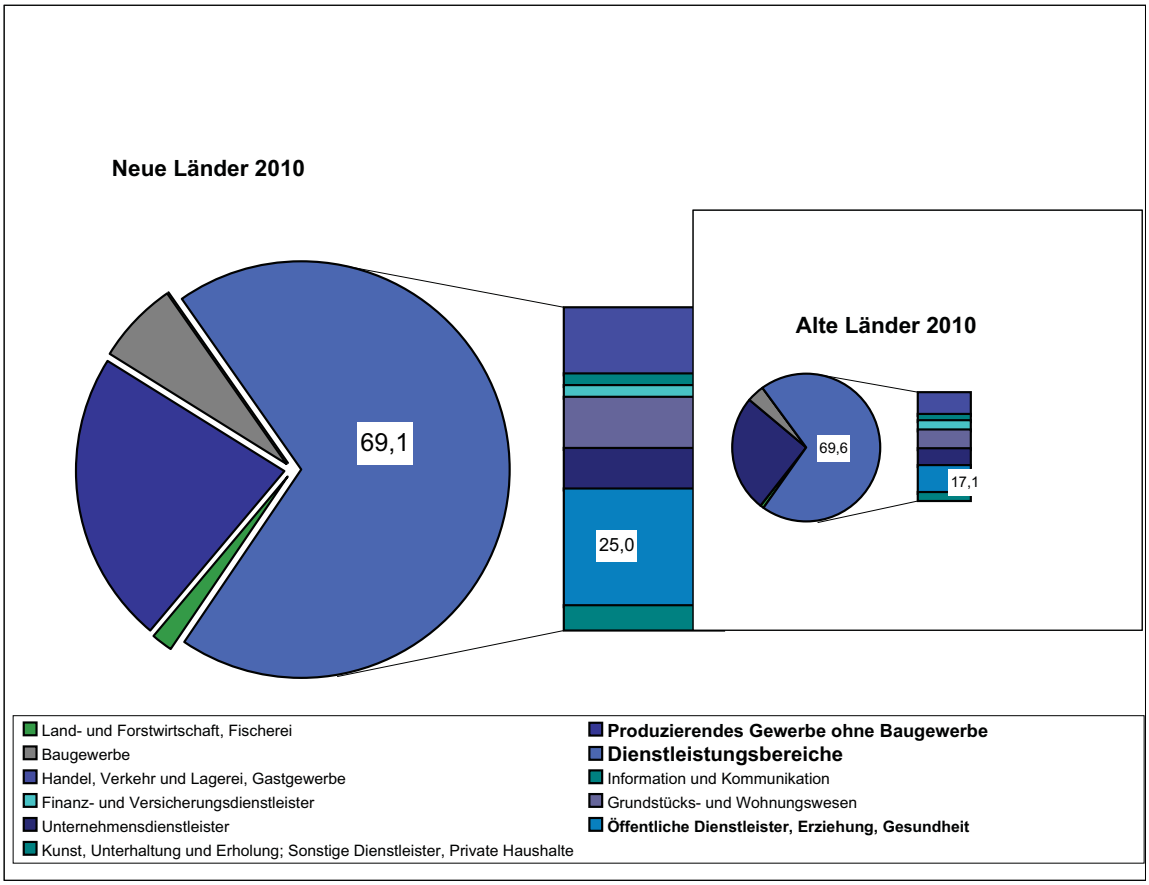
Quelle: *Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder"*

2.4 Anteil der Bruttowertschöpfung verschiedener Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen im Jahr 2011 in Prozent [1)]



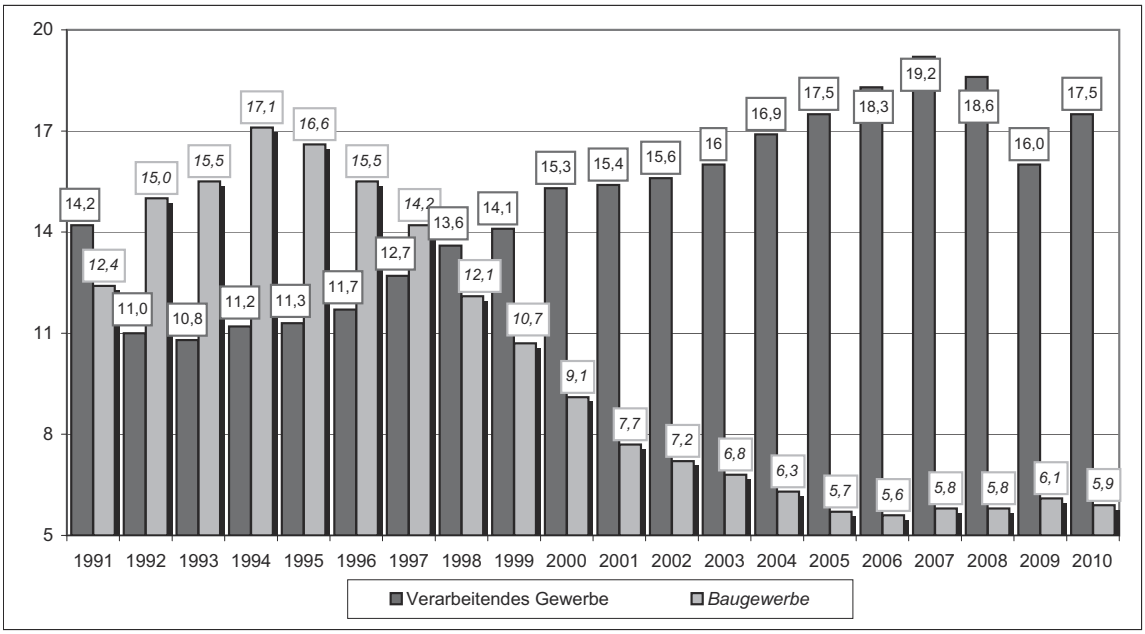
[1)] nach ESVG 1995, WZ 2008. Berechnungsstand: Februar 2012. **Neue und alte Länder jeweils ohne Berlin**.

Quelle: *Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"*



2.5 Anteil der Bruttowertschöpfung (BWS) im Verarbeitenden Gewerbe sowie der BWS im Baugewerbe der neuen Länder an der BWS der neuen Länder insgesamt [1)]

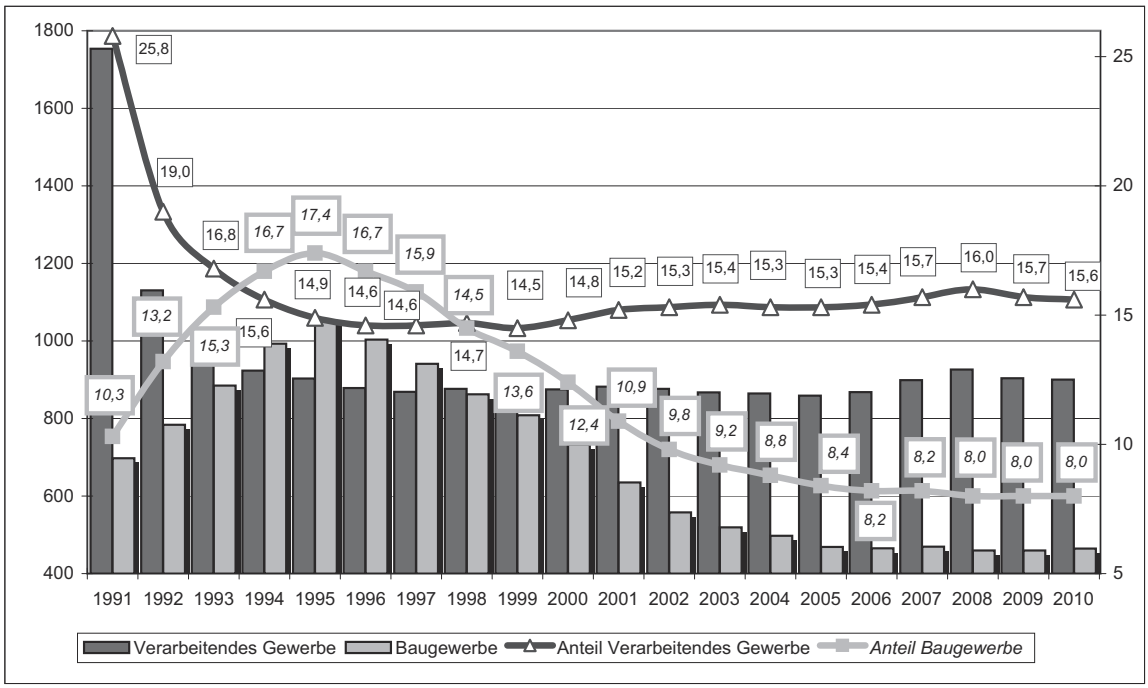
(in jeweiligen Preisen) in %



[1)] Nach ESVG 1995. Berechnungsstand August 2010 / Februar 2011. **Neue Länder ohne Berlin**.

Quelle: *Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"*

2.6 Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe in den neuen Ländern [1)]

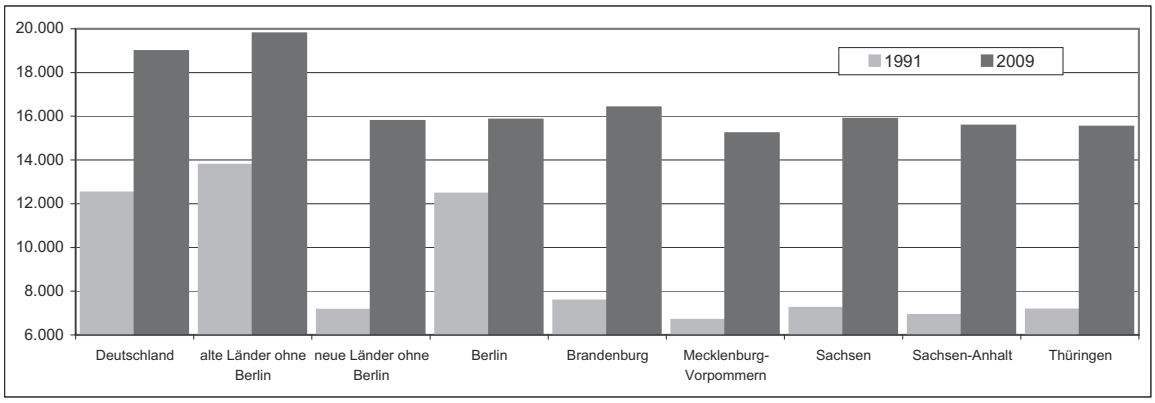


[1)] Nach ESVG 1995. Berechnungsstand August 2010 / Februar 2011. Neue Länder **ohne** Berlin.

Linke Skala: Arbeitnehmer in Tausend. **Rechte Skala**: Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt in %

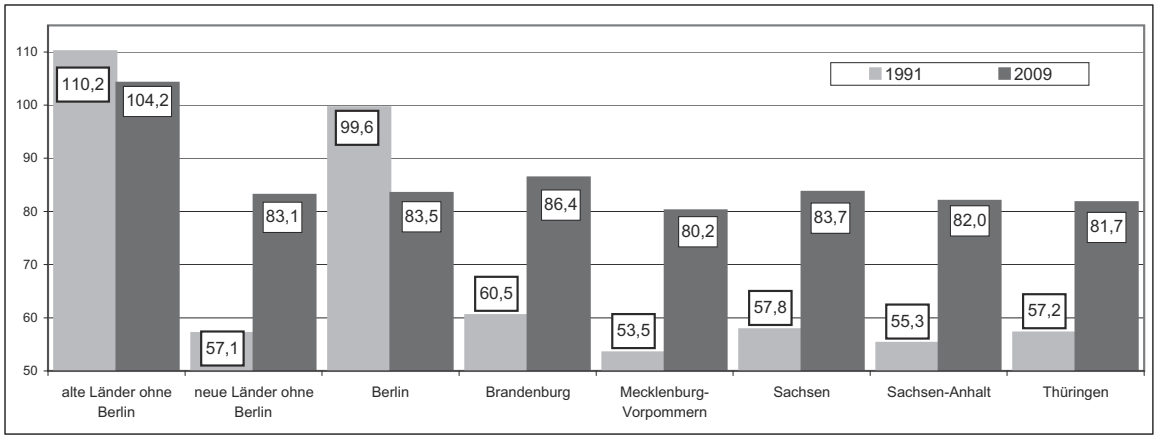
Quelle: *Arbeitskreise "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" und "Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder"*

2.7. Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte [1] je Einwohner (in Euro)

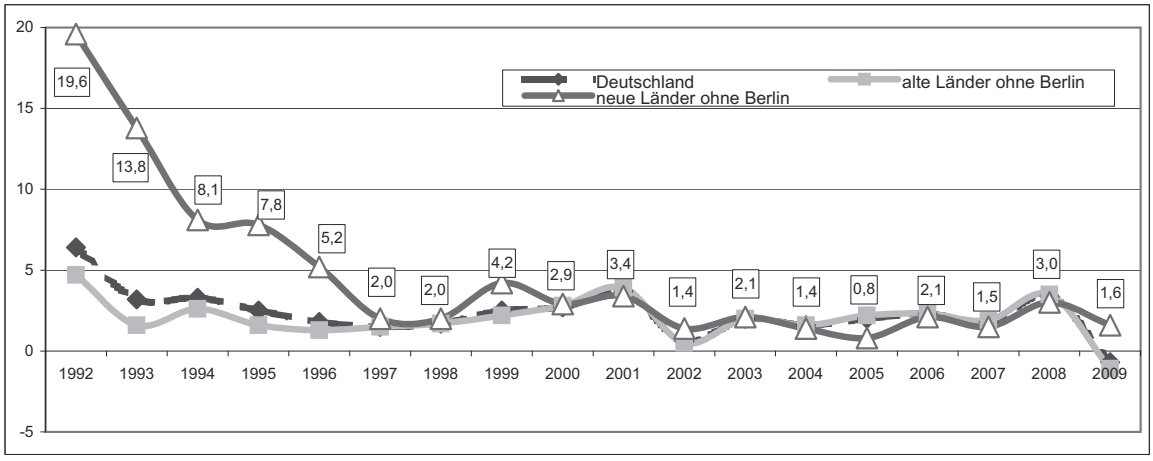


[1] Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck, Ausgabenkonzept

Verfügbares Einkommen je Einwohner (Deutschland = 100)

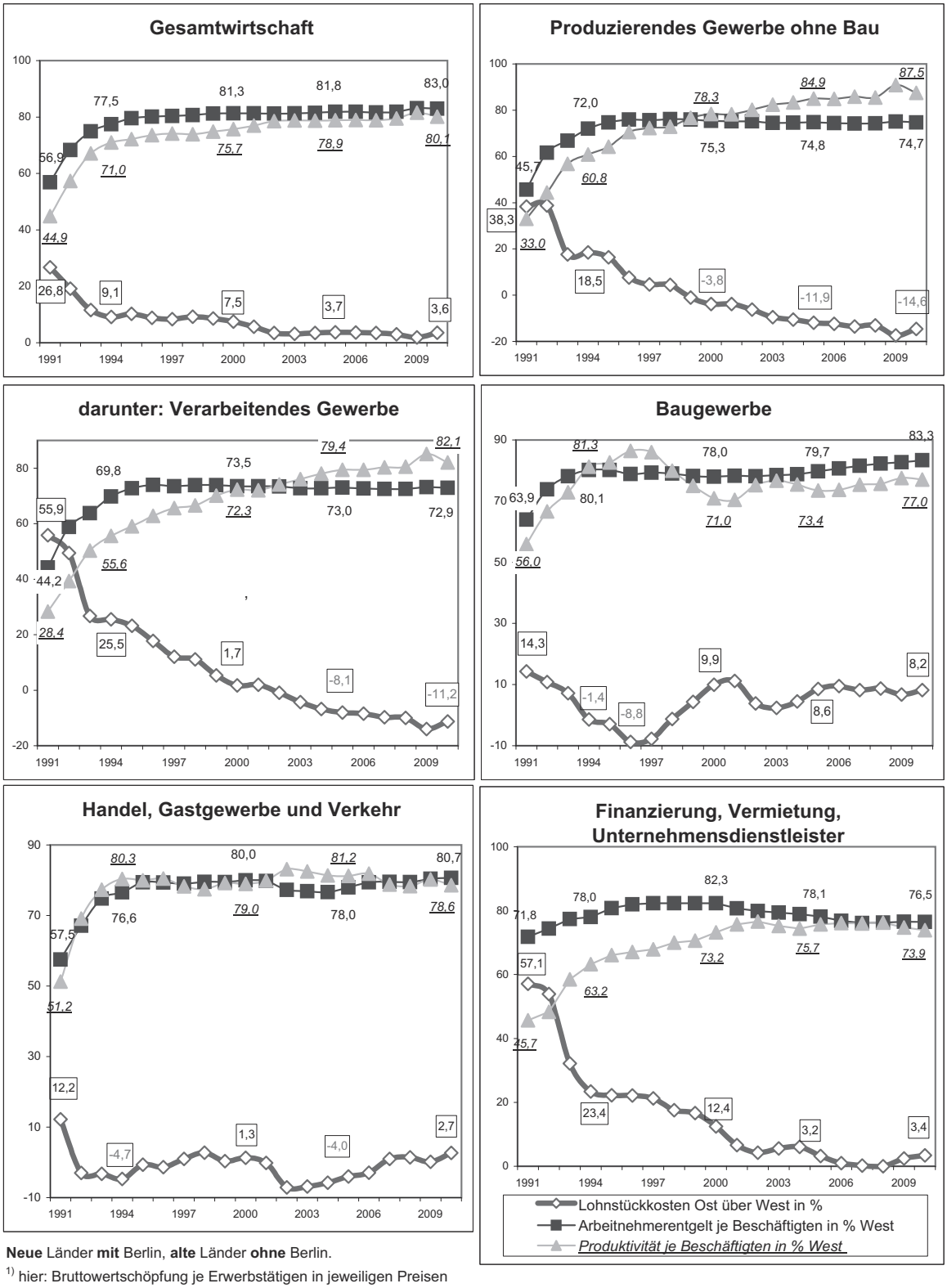


Verfügbares Einkommen je Einwohner (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)



Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", Berechnungsstand: August 2010

2.8 Lohnkosten, Produktivität [1] und Lohnstückkosten [2] im Ost-West-Vergleich



Neue Länder **mit** Berlin, **alte** Länder **ohne** Berlin.

[1] hier: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

[2] = Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen

Quelle: Arbeitskreis VGR (Berechnungsstand: August 2010 / Februar 2011)

3. Konjunkturindikatoren

3.1 Entwicklung der Produktion in den neuen und alten Bundesländern (Produktionsindex **2005=100** - Originalwert -)

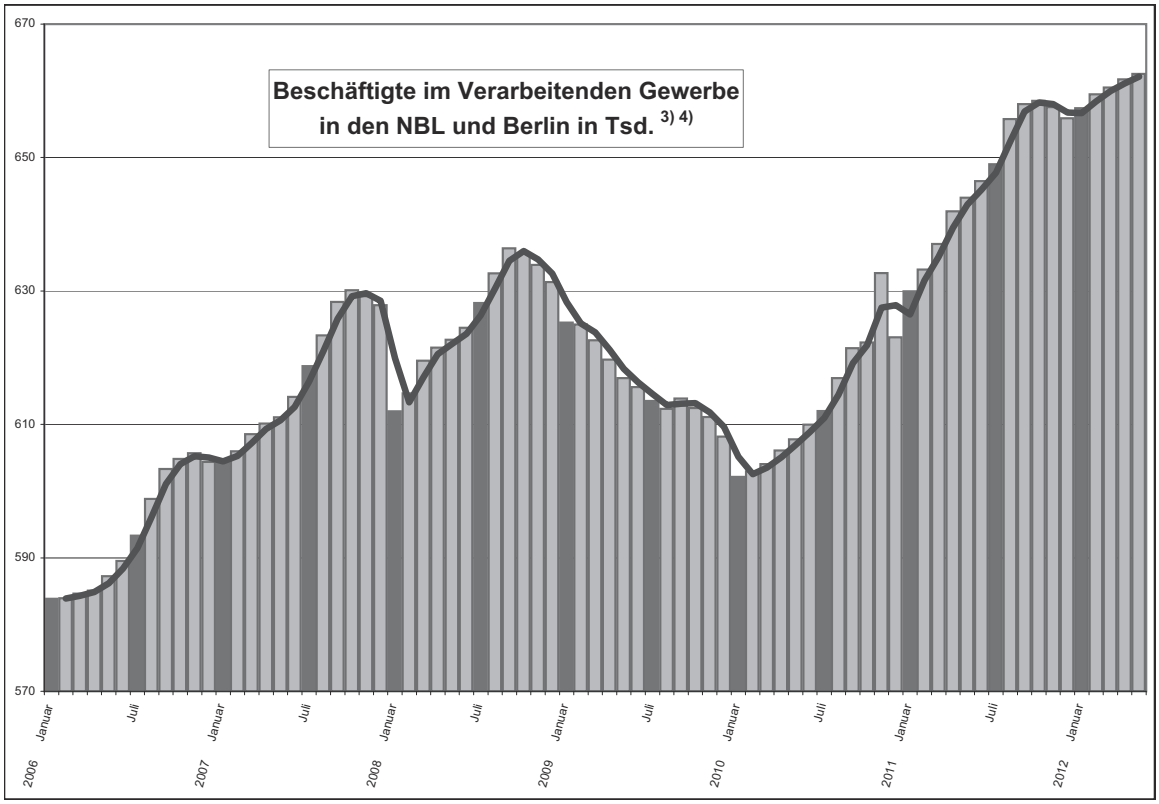
	Neue Bundesländer mit Berlin						Alte Bundesländer ohne Berlin					
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	**108,8**	**117,7**	**118,3**	**107,2**	**117,4**	**130,9**	**107,3**	**113,6**	**114,3**	**93,4**	**104,4**	**112,4**
Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauhauptgewerbe)	**109,7**	**119,1**	**120,4**	**107,8**	**118,8**	**132,9**	**107,4**	**113,8**	**114,6**	**93,5**	**104,7**	**112,8**
Vorleistungsgüter	111,1	118,4	120,1	105,9	119,1	134,1	111,4	116,9	115,8	91,7	105,9	112,4
Investitionsgüter	112,8	131,2	137,7	115,9	133,9	156,4	105,9	114,4	117,3	92,5	104,2	116,4
Gebrauchsgüter	106,5	104,6	104,9	101,1	104,8	114,2	107,2	107,3	103,8	87,1	96,1	100,4
Verbrauchsgüter	103,9	106,5	100,3	101,4	100,6	103,3	101,5	105,3	106,3	102,1	104,9	106,7
Konsumgüter	104,1	106,3	100,7	101,3	100,9	104,3	102,6	105,6	105,9	99,4	103,3	105,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	102,3	96,6	98,2	92,9	92,3	100,8	95,0	126,3	111,4	93,0	85,1	75,8
Verarbeitendes Gewerbe	**108,9**	**118,0**	**118,6**	**107,4**	**117,8**	**131,4**	**107,5**	**113,4**	**114,4**	**93,4**	**104,7**	**112,9**
Kohlenbergbau	100,0	101,5	100,0	96,5	97,5	100,7	91,4	95,5	85,0	77,3	74,3	75,9
Gewinnung von Erdöl und Erdgas	85,7	70,3	73,8	70,3	67,9	65,0	98,7	110,7	74,2	67,8	57,4	59,6
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	106,9	97,3	101,0	94,1	92,5	107,1	106,5	101,6	99,8	93,8	103,0	109,2
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	106,4	110,5	102,8	105,6	104,6	106,7	101,1	104,5	106,3	105,1	108,0	109,4
Getränkeherstellung	104,6	101,2	100,5	96,7	94,6	99,7	101,3	96,5	94,7	90,5	92,4	95,4
Tabakverarbeitung	92,6	93,2	46,7	46,2	49,4	38,0	97,3	92,5	87,6	85,3	62,7	70,3
Herstellung von Textilien	99,9	106,1	102,8	85,3	95,3	100,2	98,8	99,3	95,0	76,5	85,5	85,9
Herstellung von Bekleidung	88,4	79,6	76,3	69,3	60,2	54,9	85,8	79,1	67,2	58,6	58,8	58,7
Herstellung von Leder, Lederwaren und Schuhen	102,3	113,2	109,7	86,5	108,3	106,1	95,5	107,4	98,8	98,6	104,7	108,7
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	109,2	106,2	101,6	93,5	102,9	105,2	105,8	104,8	103,8	91,2	96,4	98,0
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	110,3	115,1	117,4	110,8	116,0	127,5	103,3	108,2	108,3	99,5	108,2	107,7
Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	107,9	113,9	116,6	142,2	148,7	157,4	101,3	102,9	103,5	96,2	96,5	96,1
Kokerei und Mineralölverarbeitung	96,3	96,6	88,1	98,3	97,7	102,9	99,9	99,2	100,2	88,7	87,8	86,9
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	104,1	111,1	110,5	97,7	110,6	112,3	102,6	104,6	100,1	85,4	101,0	101,7
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	102,2	115,0	146,1	140,9	128,5	142,7	106,4	117,0	124,4	121,7	123,7	129,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	110,9	119,0	123,0	111,4	125,9	131,9	103,6	109,6	105,8	93,1	105,4	111,6
Herstellung von Glas und Glaswaren, Kera-mik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	108,9	112,4	109,0	103,0	115,0	123,0	104,8	107,4	104,2	93,5	99,0	105,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	113,2	118,2	117,0	101,0	121,2	133,5	107,4	111,3	109,9	78,2	94,8	98,9
Herstellung von Metallerzeugnissen	110,3	123,2	133,2	114,3	127,0	145,2	106,4	113,4	115,0	89,0	102,4	113,9
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	120,2	141,8	145,1	145,9	160,6	225,7	118,5	132,3	144,6	110,1	129,0	148,6
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	110,8	115,7	118,2	95,2	102,2	116,9	137,2	137,3	132,6	89,6	106,0	113,3
Maschinenbau	126,5	157,8	164,2	112,2	129,0	161,8	107,1	118,6	124,0	92,3	102,5	115,9
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	115,6	134,6	131,2	111,9	146,2	164,9	101,9	107,8	103,4	80,4	99,6	112,3
Sonstiger Fahrzeugbau	100,5	113,5	125,2	120,6	127,7	137,4	109,0	113,1	121,6	121,0	113,3	129,2
Herstellung von Möbeln	105,3	103,0	98,9	99,8	97,1	105,3	107,7	107,6	106,8	91,6	94,0	97,4
Herstellung von sonstigen Waren	104,2	103,3	106,5	107,6	115,6	119,3	107,1	112,1	113,2	104,9	113,1	118,8
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	99,0	111,8	137,1	138,7	171,6	220,2	106,4	118,8	137,0	126,2	126,9	131,8
Bauhauptgewerbe	**102,6**	**104,6**	**102,9**	**103,0**	**102,8**	**117,3**	**106,4**	**109,8**	**111,4**	**110,7**	**111,6**	**125,7**
Hochbau	103,3	106,1	104,0	104,5	104,8	119,7	107,2	110,6	111,0	110,0	112,5	127,3
Tiefbau	101,5	102,5	101,4	100,9	100,1	114,0	105,0	108,4	112,0	112,1	110,0	122,9

Anmerkungen: Wirtschaftszweige gemäß WZ 2008, Basisjahr: 2005; Daten für Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigte

Quelle: *Statistisches Bundesamt*

3.2 Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Jahr	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Länder und Berlin	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Länder und Berlin
	Beschäftigte in 1.000			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
1997 [1]	6.416	5.834	581	-1,6	-1,7	-1,1
1998 [1]	6.405	5.817	588	-0,2	-0,3	1,1
1999 [1]	6.368	5.773	596	-0,6	-0,8	1,3
2000 [1]	6.376	5.764	613	0,1	-0,2	2,9
2001 [1]	6.390	5.764	627	0,2	0,0	2,3
2002 [1]	6.209	5.584	624	-2,9	-3,2	-0,4
2003 [1]	6.133	5.500	633	-2,6	-2,9	0,2
2004 [1]	6.015	5.376	640	-1,9	-2,3	1,1
2005 [2]	5.928	5.208	720	-1,4	-1,6	-0,3
2006 [2]	5.893	5.164	730	-0,6	-0,8	1,3
2006 [3]	5.221	4.627	594	.	.	.
2007 [3]	5.305	4.687	617	1,6	1,3	4,0
2008 [3]	5.428	4.781	647	2,3	2,0	4,8
2008 [3][4]	5.279	4.653	626	.	.	.
2009 [3][4]	5.124	4.508	616	-2,9	-3,1	-1,5
2010 [3][4]	4.999	4.386	613	-2,4	-2,7	-0,6
2011 [3][4]	5.142	4.495	647	2,9	2,5	5,6



Quelle: Statistisches Bundesamt (Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe)

[1] **Neue Länder mit Berlin-Ost**, alte Länder: mit Berlin-West; Betriebe mit **20** und mehr Beschäftigten

[2] **Neue Länder mit Berlin**, alte Länder: ohne Berlin; Betriebe mit **20** und mehr Beschäftigten

[3] **Neue Länder mit Berlin**, alte Länder: ohne Berlin; Betriebe mit **50** und mehr Beschäftigten,

[4] **ab 2008 gem. WZ 2008**

3.3 **Baugenehmigungen** und **Baufertigstellungen im Wohnungsbau**[1)]
in den neuen Ländern und Berlin[2)]

	Baugenehmigungen[3)]	dar. Neubauten	Baufertigstellungen[3)]	dar. Neubauten
1991	5.484	5.144	16.670	16.430
1992	26.525	24.640	11.477	11.302
1993	82.529	77.138	23.598	21.879
1994	126.088	116.561	67.704	62.495
1995	180.011	164.010	104.214	95.872
1996	186.155	165.074	143.366	130.421
1997	155.368	133.606	177.829	160.783
1998	113.973	91.693	128.447	110.748
1999	91.874	73.267	102.865	82.963
2000	66.104	54.886	86.284	70.533
2001	50.036	42.719	58.254	48.558
2002	42.103	36.368	49.007	41.339
2003	44.568	39.434	41.836	36.222
2004	38.680	33.723	39.718	35.263
2005	33.025	29.383	35.544	31.170
2006	35.449	30.501	33.695	29.461
2007	27.549	22.343	26.931	23.258
2008	31.286	23.480	25.705	21.135
2009	29.119	23.326	24.232	19.107
2010	27.113	22.480	23.134	19.544
2011	34.378	28.613	25.531	21.433

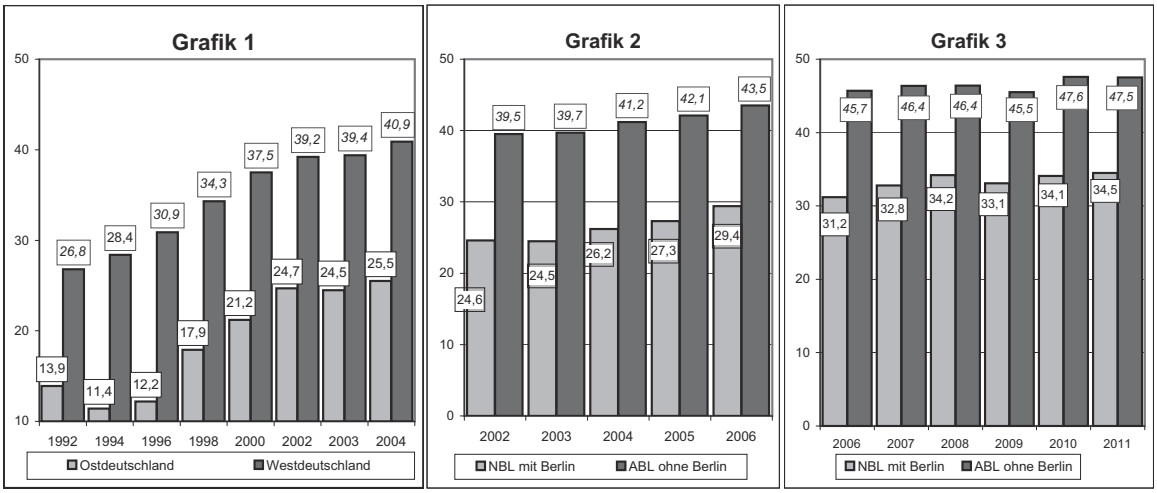
[1)] Wohn- u. Nichtwohngebäude.

[2)] Bis Berichtsjahr 2004: Neue Länder und Berlin-Ost

[3)] Einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Quelle: *Statistisches Bundesamt*

3.4 Exportquote[1] im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (in %)



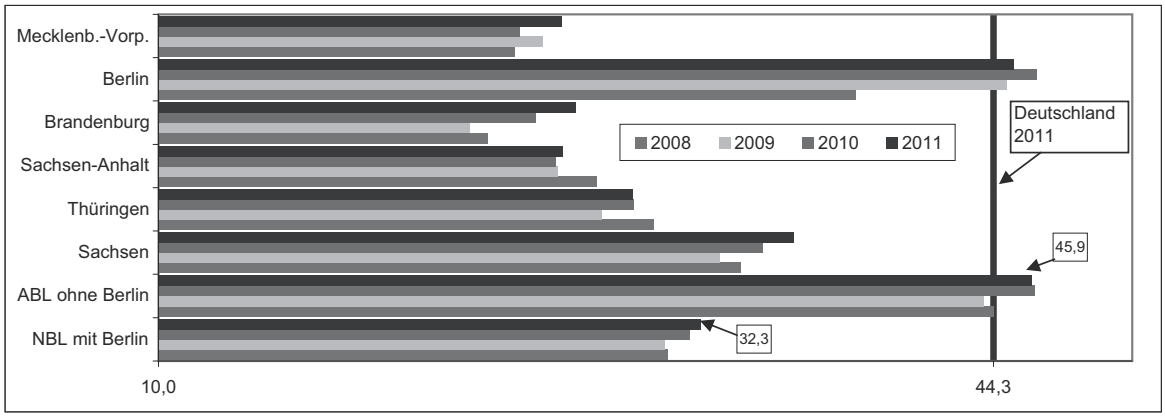
[1] Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz

Grafik 1: Ostdeutschland: Neue Länder und Berlin-Ost; Westdeutschland: früheres Bundesgebiet; Betriebe mit **20** und mehr Beschäftigten

Grafik 2: Neue Länder mit Berlin; Alte Länder ohne Berlin; Betriebe mit **20** und mehr Beschäftigten

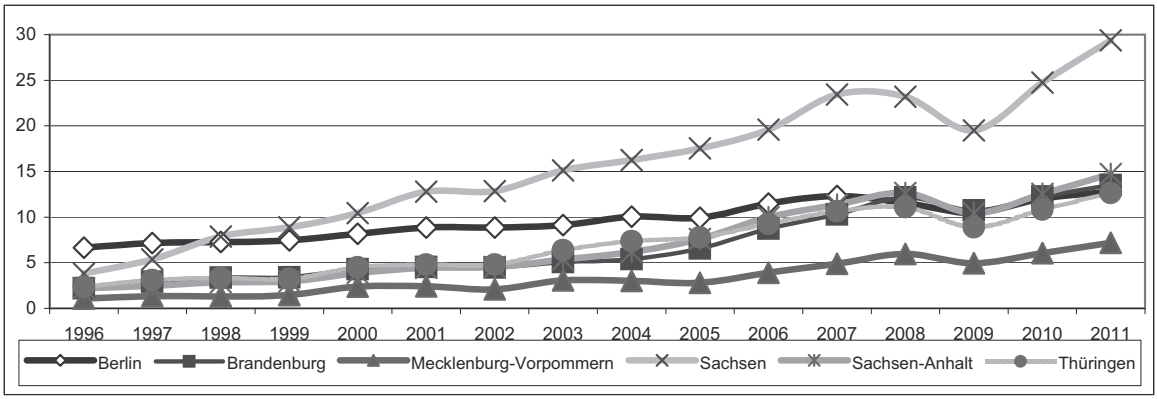
Grafik 3: Neue Länder mit Berlin; Alte Länder ohne Berlin; Betriebe mit **50** und mehr Beschäftigten; Vergleichbk. zu Zahlen vor 1995 eingeschränkt

Exportquote [1] im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (in %, Bundesländer)



1) Betrieben mit **20** und mehr Beschäftigten, WZ 2008

3.5 Ausfuhr nach Bundesländern (Spezialhandel - in Mrd. €)



Quelle: Statistisches Bundesamt (Bundesländer ohne Restposten). Vergleichbarkeit der Daten ab 2009 zu Vorjahren ist eingeschränkt.

4. Arbeitsmarktdaten

4.1 Eckwerte des Arbeitsmarktes für die neuen Länder [1] - Juli 2012 -

Merkmal	2012				Veränderung gegenüber Vorjahresmonat (Arbeitslosenquote Vorjahreswerte)			
	Juli	Juni	Mai	April	Juli		Juni	Mai
					absolut	in %	in %	in %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			5.461.600	5.432.700			-	1,5
Arbeitslose	870.156	862.958	891.137	939.412	-59.004	-6,4	-6,4	-6,1
dar.: 53,4 % Männer	464.525	466.871	485.856	516.926	-28.265	-5,7	-5,8	-5,4
46,6 % Frauen	405.631	396.087	405.281	422.486	-30.739	-7,0	-7,1	-6,8
9,6 % 15 bis unter 25 Jahre	83.822	75.897	77.628	83.243	-11.627	-12,2	-5,2	-7,3
(1,5 % dar.: 15 bis unter 20 Jahre)	13.169	10.778	10.844	11.241	-1.914	-12,7	-0,8	-2,0
33,7% 50 Jahre und älter [2]	293.118	294.808	304.077	318.782	-9.034	-3,0	-4,0	-2,9
(20,0 % 55 Jahre und älter) [2]	173.934	174.769	179.411	186.803	-2.865	-1,6	-2,5	-1,6
Arbeitslosenquoten bezogen auf								
- alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	10,3	10,3	10,6	11,2	11,0	-	10,9	11,3
Männer	10,5	10,5	11,0	11,7	11,1	-	11,2	11,6
Frauen	10,2	9,9	10,2	10,6	10,9	-	10,7	10,9
15 bis unter 25 Jahre	10,6	9,6	9,8	9,8	11,2	-	9,4	9,8
15 bis unter 20 Jahre	9,4	7,7	7,7	6,5	8,7	-	6,2	6,4
50 bis unter 65 Jahre	11,3	11,3	11,7	12,8	12,1		12,3	12,6
55 bis unter 65 Jahre	11,7	11,8	12,1	13,4	12,7		12,9	13,1
- abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	11,6	11,5	11,8	12,5	12,3	-	12,2	12,6
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	13,7	13,7	14,0	14,6				
Leistungsempfänger [3]								
- Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	206.026	198.715	205.198	227.131	5.299	4,2	6,3	2,2
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.454.481	1.464.395	1.473.192	1.483.130	-78.763	-5,1	-5,0	-5,5
- nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	484.994	486.385	487.078	489.049	-9.045	-1,8	-1,7	-2,0
- Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte	13,5	13,6	13,7	13,8	14,3	-	14,3	14,5
Gemeldete Arbeitsstellen								
- Zugang im Monat	32.429	33.749	39.008	35.779	-5.248	-13,9	-10,2	12,5
- Zugang seit Jahresbeginn	241.511	209.082	175.333	136.325	-2.298	-0,9	1,4	4,0
- Bestand [4]	86.963	87.153	88.108	88.897	9.284	12,0	15,3	19,4
Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik								
- Bestand insgesamt	292.144	301.061	301.479	292.842	-55.625	-16,0	-17,0	-17,6
dar.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	32.324	33.073	32.616	31.576	-4.808	-12,9	-14,9	-23,3
Berufswahl und Berufsausbildung	39.495	44.020	45.492	46.050	-8.590	-17,9	-20,7	-20,4
Berufliche Weiterbildung	43.471	45.738	46.477	45.641	-5.439	-11,1	-14,8	-16,0
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	62.783	67.998	71.402	73.534	-31.863	-33,7	-29,3	-26,3
bsd. Maßnahmen zur Teilhabe beh. Menschen	17.388	18.056	18.110	17.680	-1.274	-6,8	-7,4	-8,1
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	91.937	86.669	81.698	72.671	-1.477	-1,6	-5,9	-7,0
Freie Förderung / Sonstige Förderung	4.746	5.507	5.684	5.690	-2.174	-31,4	-19,4	-11,5
					Veränderung gegenüber dem Vormonat			
Saisonbereinigte Entwicklung [5]	*Jul 12*	*Jun 12*	*Mai 12*	*Apr 12*	*Mrz 12*	*Feb 12*	*Jan 12*	*Dez 11*
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			3.000	0	7.000	9.000	11.000	12.000
- Arbeitslose	-4.000	-2.000	-4.000	-1.000	-8.000	-6.000	-13.000	-10.000
- Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	-8.000	-5.000	-6.000	-11.000	-6.000	-8.000	-2.000	-8.000
- gemeldete Arbeitsstellen	0	-1.000	0	2.000	-1.000	-1.000	1.000	1.000
- Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen	10,5	10,6	10,6	10,7	10,7	10,8	10,8	11,0

[1] Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

[2] Einschließlich Arbeitsloser über 65 Jahre gem. § 235 SGB VI (Anhebung der Regelaltersgrenze)

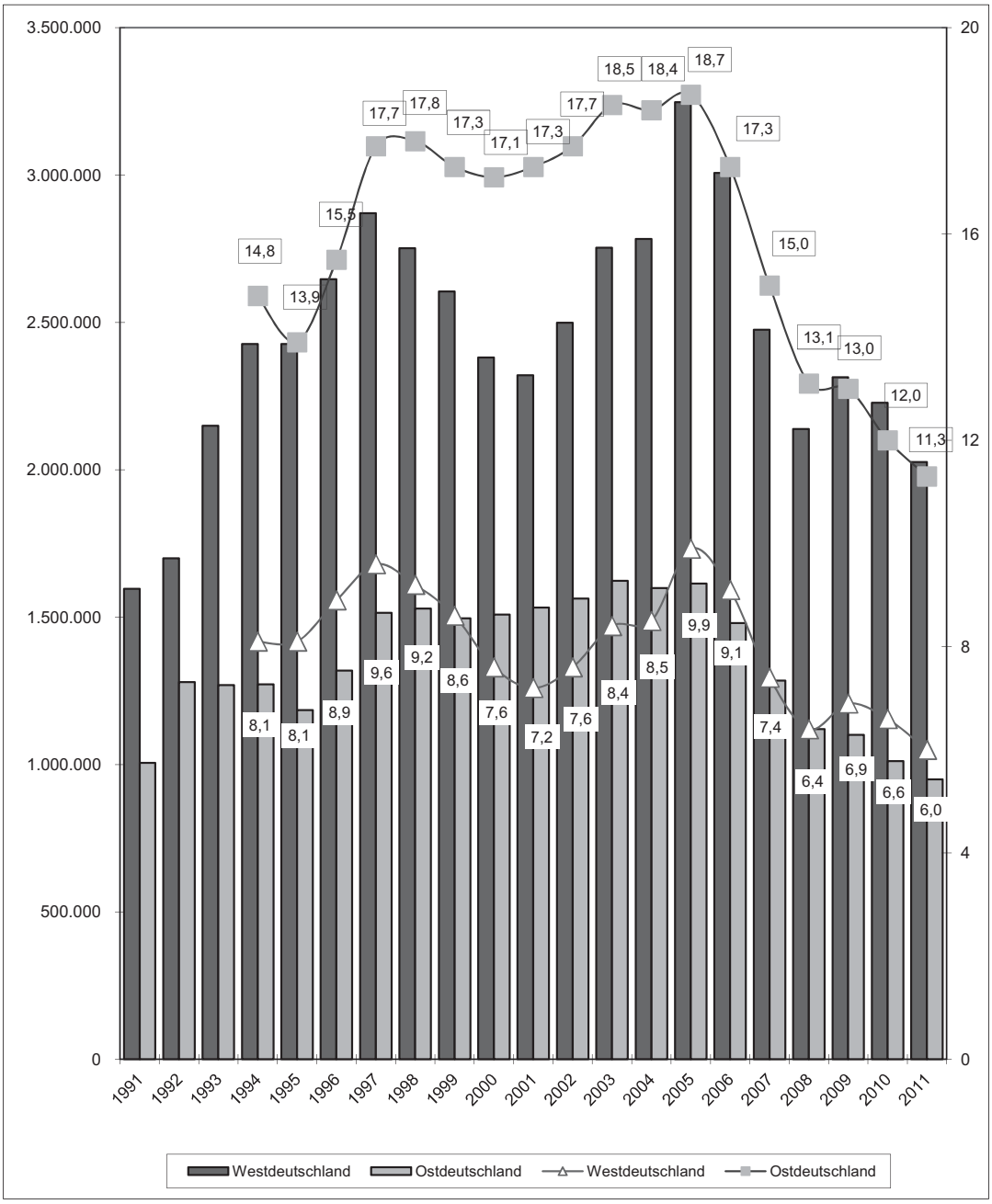
[3] Endgültige Werte stehen erst mit einer Wartezeit fest. Am aktuellen Rand können die Daten aufgrund von Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet werden.

[4] Den Arbeitsagenturen waren im 1. Quartal 2012 lt. Umfrage bei Betrieben 54 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet.

[5] Datengrundlage: Statistik der BA und Saisonbereinigungsverfahren durch Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.2 Arbeitslose in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf



linke Skala: Arbeitslose Personen
rechte Skala: Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

4.3 Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente in den neuen Ländern (mit Förderinformationen der zkT)

- durchschnittlicher Bestand in Tausend -

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [2]	Bestand						
	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005[1]
nachrichtlich: Arbeitslose	**950**	**1011**	**1101**	**1120**	**1285**	**1480**	**1614**
Vermittlungsunterstützende Leistungen	***39***	***50***	***64***	***33***	***21***	***37***	***50***
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung [3]	0	0	31	30	15	34	47
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	0	0	1	3	7	3	3
Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung	39	50	32	-	-	-	-
Qualifizierung	***56***	***67***	***78***	***77***	***69***	***66***	***67***
Berufliche Weiterbildung	51	61	61	49	42	39	38
Berufliche Weiterbildung behinderter Menschen	5	5	5	4	4	5	7
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (einschl. Reha)	0	0	10	24	23	22	21
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	1
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	0	1	2	0	-	-	-
Förderung der Berufsausbildung (ohne BAB)	***83***	***96***	***95***	***92***	***92***	***96***	***99***
Vertiefte und erweiterte Berufsorientierung [4]	19	23	15	8	1	0	0
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	11	13	14	16	19	20	23
Berufsausbildung Benachteiligter	28	36	43	48	52	55	56
Einstiegsqualifizierung n. § 235b SGB III	2	2	2	3	4	4	3
besondere Maßnahmen zur Ausbildung behinderter Menschen	11	12	13	14	14	15	15
Ausbildungsbonus	3	4	3	1	-	-	-
Berufseinstiegsbegleitung [4]	7	5	3	-	-	-	-
Sonstige Förderung der Berufsausbildung	2	2	2	2	3	2	2
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	***95***	***119***	***127***	***131***	***144***	***157***	***157***
Förderung abhängiger Beschäftigung	**62**	**83**	**88**	**75**	**61**	**52**	**50**
Eingliederungszuschüsse (einschl. § 421f, § 421p SGB III)	40	53	58	53	44	36	32
Eingliederungszuschüsse f. schwerbehinderte Menschen (einschl. § 421f SGB III)	5	5	4	4	4	5	8
Eingliederungsgutschein	1	2	1	0	-	-	-
Entgeltsicherung für Ältere nach § 421j SGB III [5]	7	6	5	4	3	1	-
Arbeitsentgeltzuschuss bei berufl. Weiterbildung Beschäftigter	1	2	2	1	1	1	1
Einstiegsgeld - Variante: Beschäftigung	3	4	4	4	4	4	1
Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II	5	12	12	4	0	-	-
Sonstige Förderung abhängiger Beschäftigung	0	0	1	3	5	6	9
dar. Personal-Service-Agenturen	0	0	0	1	1	2	4
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	0	1	2	3	3	4
Einst.zusch. bei Vertret. (Job-Rotation)	-	-	0	0	0	0	0
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	0	0	0	1	1	1	0
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	0	0	0	0	0	-	-
Förderung der Selbständigkeit	**33**	**37**	**39**	**56**	**83**	**105**	**107**
Gründungszuschuss	29	32	30	31	22	2	-
Überbrückungsgeld	-	-	-	-	1	15	20
Existenzgründungszuschüsse (Restabwicklung)	-	-	3	17	51	80	85
Einstiegsgeld - Variante: Selbständigkeit	4	5	6	8	9	8	2
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	***92***	***152***	***165***	***181***	***181***	***201***	***168***
Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II	86	150	152	148	147	159	102
dar. Variante Mehraufwand	70	116	124	135	136	147	96
Arbeitsgelegenheiten d. Alhi-Initiative	-	-	-	-	-	-	14
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	6	-	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	0	2	13	32	31	36	36
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	2
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	1
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	0	1	1	1
Trad. Strukturanpassungsmaßnahmen	-	-	-	1	2	6	12
Sonstiges	***12***	***15***	***18***	***44***	***56***	***41***	***22***
Freie Förderung nach § 10 SGB III	0	0	2	4	6	7	8
sonst. weit. Leistungen nach § 16 (2) S. 1 SGB II a. F.	0	1	6	34	44	27	7
Individuelle rehaspezifische Maßnahmen	5	6	7	7	7	7	6
Freie Förderung nach § 16f SGB II	6	7	3	-	-	-	-
Unterstützte Beschäftigung Reha	1	0	0	-	-	-	-
Summe der Instrumente	***378***	***499***	***547***	***558***	***563***	***599***	***563***
Altersteilzeit (nur BA-Förderfälle)	15	15	16	17	17	18	17
Teilnehmer insgesamt	***392***	***515***	***563***	***575***	***580***	***616***	***579***
nachrichtlich:							
Kommunale Eingliederungsleistungen (flankierende Leistungen) nach § 16a SGB II [7]	8	9	8	5	1	0	0
Kurzarbeiter (Summe aller Anspruchsgrundlagen)	37	90	151	21	16	13	25

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkT).

2) Durch Revisionen in den vergangenen Jahren können sich Unterschiede zu Auswertungen mit früherem Datenstand ergeben.

3) Die individuelle Förderung der Teilnehmer mit Beginn ab 01.01.2009 erfolgt auf Grundlage des zum 01.01.2009 eingeführten § 46 SGB III.

4) Aus datenschutzrechtlichen bzw. technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

5) Grundlage sind Zahldaten, die grundsätzl. je Kalendermonat im Nachhinein erfasst werden. Zugänge d. akt. Berichtsmonats sind somit nur bis zum Ende des Vormonats verfügbar.

7) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar bis Dezember 2011, Datenstand März 2012, nur ca. 68 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen (flankierende Leistungen) erfasst.

5. Hauptförderinstrumente

5.1 Inanspruchnahme ausgewählter Förderinstrumente für die neuen Länder

Stand: Dezember 2011

	1995		2000		2005		2006		2007		2008		2009		2010		2011		Kumuliert seit [...]	
	Anz.	Mio €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio €	Anz.	Mio. €	Anz.	Mio. €	Anzahl	Mio. €
																			[März 1990]	
ERP-Kredite für Existenzgründungen und Investitionen *(einschl. EKH)*																				
Zusagen	15.386	3.520	7.539	1.522	1.098	1.242	1.252	1.247	1.537	1.323	6.916	961	1.957	566	1.206	652	266	199	481.689	53.461
Investitionsvolumen	-	8.700		4.179	-	2.400	-	2.200		2.323		1.687		993		1.144		349		125.264
																			[Oktober 1990]	
Wohnraum-Modernisierungs-programm [1)]																				
zugesagte Kredite (Teil I und II)	53.900	4.880	8.643	1.299	2.890	310	7.014	620	5.706	579	12.280	626							763.215	45.738
																			[Januar 1991]	
Regionalförderung *(GRW und EFRE)*																				
- gewerbliche Wirtschaft																				
Zusagen	4.549	4.302	3.848	3.336	1.910	1.091	2.420	1.555	2.309	1.169	2.229	1.212	2.156	1.104	2.301	1.290	1.823	985	73.649	38.220
Investitionsvolumen	-	10.016		7.339	-	5.481	-	8.657		6.390		6.957		5.504		5.892		4.930	-	185.821
- wirtschaftsnahe Infrastruktur																				
Zusagen	896	4.007	424	1.235	362	517	307	250	241	332	342	640	355	467	283	357	178	175	12.811	19.601
Investitionsvolumen	-	3.064		938	-	711	-	321		403		845		625		474		286	-	28.701

[1)] Ergänzungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, aus Haushaltsmitteln des Bundes im Zins verbilligt. Das Programm wurde zum Jahresende 2008 geschlossen.

Differenzen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: BMWi, BAFA

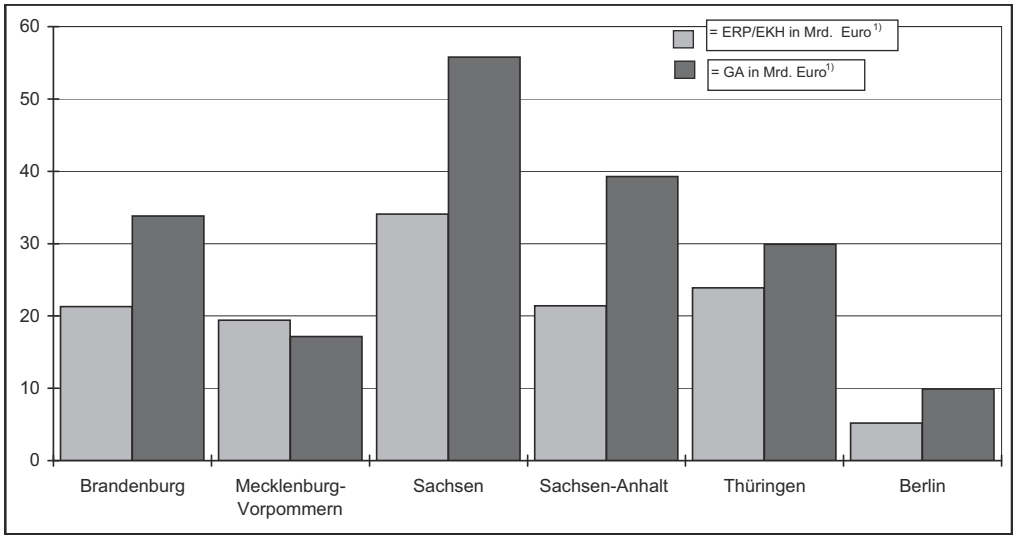
5.2 Regionale Aufteilung der durch GRW-Mittel *(gewerbl. Wirtschaft)* **und ERP-Mittel** *(einschl. EKH-Mittel)* **geförderten Investitionen in den neuen Ländern**

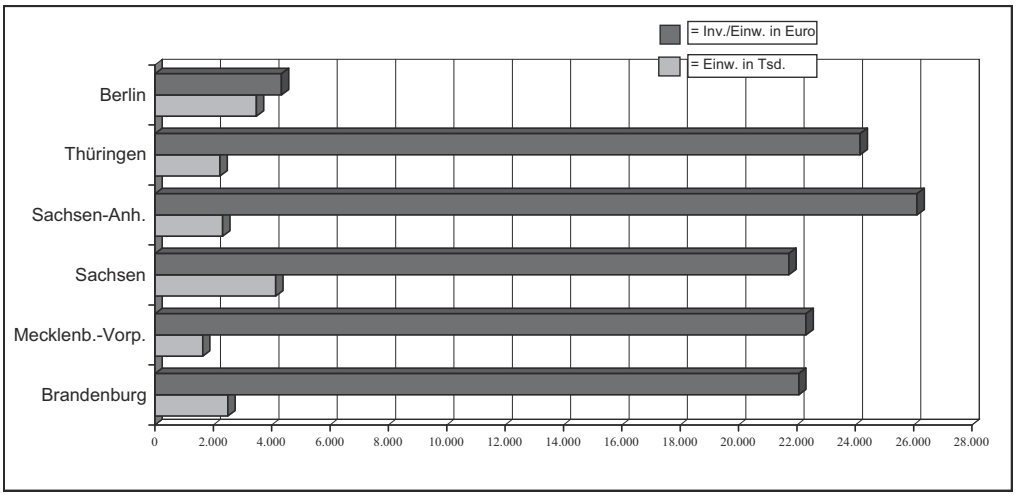
- 1990 bis Dezember 2011 -

	ERP/EKH[1)]	GRW[1)]	Einwohner[2)]	Investitionen/Einwohner
	in Mrd. Euro	in Mrd. Euro	in Tsd.	in Euro
Brandenburg	21,3	33,8	2.498	22.100
Mecklenburg-Vorpommern	19,4	17,1	1.638	22.300
Sachsen	34,1	55,8	4.139	21.700
Sachsen-Anhalt	21,4	39,3	2.323	26.100
Thüringen	23,9	29,9	2.227	24.200
Berlin	5,2	9,9	3.478	4.300
Gesamt	**125,3**	**182,4**	**16.302**	**18.900**

[1)] Nur in unter 5 % der Fälle werden Investitionen sowohl mit ERP/EKH-Mitteln als auch mit GRW-Mitteln gefördert.

[2)] am 30.06.2011





Quellen: BMWi, BAFA

6. Unternehmensgründungen und -liquidationen, sowie Unternehmensinsolvenzen in den neuen Ländern seit 1991 [1)]

	1991	1993	1995	1997	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Unternehmensgründungen [2)]	140.000	79.000	76.000	96.900	94.400	86.000	81.900	79.500	100.200	122.200	97.500	89.700	76.000	70.700	71.700	72.500	76.600
Unternehmensliquidationen [2)]	11.000	41.000	49.000	76.300	81.300	78.000	75.600	74.200	80.200	78.500	83.500	79.100	76.300	75.500	69.800	65.400	70.300
Saldo Unternehmensneugründungen	129.000	38.000	27.000	20.600	13.100	8.000	6.300	5.300	20.000	43.600	14.000	10.600	-300	-4.800	1.800	7.000	6.300
nachrichtlich:																	
Unternehmensinsolvenzen [3)]	392	2.327	5.874	8.126	7.567	8.047	8.506	8.847	7.575	7.296	7.104	5.736	4.471	4.392	4.812	4.273	3.902
- Verarbeitendes Gewerbe	131	423	776	*998*	*836*	*788*	*856*	*869*	*887*	*783*	*665*	*527*	*386*	*345*	*457*	*394*	*344*
- Baugewerbe	27	461	1.893	*3.137*	*3.078*	*3.253*	*3.360*	*3.176*	*2.347*	*2.275*	*2.086*	*1.559*	*1.209*	*1.088*	*1.108*	*872*	*845*
- Handel	57	682	1.438	*1.532*	*1.278*	*1.379*	*1.345*	*1.610*	*1.306*	*1.247*	*1.257*	*1.003*	*766*	*809*	*843*	*746*	*589*
- Verkehr und Lagerei, Kommunikation	13	188	414	*363*	*260*	*367*	*410*	*411*	*430*	*310*	*395*	*301*	*217*	*324*	*456*	*384*	*353*
- andere Dienstleistungen	53	484	1.224	*1.914*	*1.904*	*2.067*	*2.340*	*2.587*	*2.411*	*2.492*	*2.545*	*2.211*	*1.797*	*1.732*	*1.858*	*1.780*	*1.677*
- sonstige Wirtschaftsbereiche [4)]	111	89	129	*182*	*211*	*193*	*195*	*194*	*194*	*189*	*156*	*135*	*96*	*94*	*90*	*97*	*94*

[1)] Insolvenzen: vor 1999 neue Bundesländer incl. Berlin-Ost; ab 1999 neue Länder ohne Berlin

[2)] Gründungen, Liquidationen und Saldo (ohne Freie Berufe; neue Länder mit Berlin), Vergleichbarkeit der Daten durch Änderungen der IfM-Berechnungsmethode in 1997 und 2003 eingeschränkt

[3)] Vergleichbarkeit der Daten wegen Neuregelung der Insolvenzordnung 1999, Novellierung 2001 sowie Umstellung der Systematik der Wirtschaftszweige in 1995, 2003 und 2008 eingeschränkt

[4)] Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energieversorgung; Wasserversorgung, Entsorgung u.Ä.

Quellen: *Statistisches Bundesamt (Insolvenzen);*
Institut für Mittelstandsforschung, Bonn (Unternehmensgründungen und -liquidationen); nachrichtlich Gründungssaldo 1990: 110.000

7. FuE-Personal im Wirtschaftssektor

Jahr		FuE-Personal				
		insgesamt [1]	Anteil nBl an Deutschland gesamt in %	je 10.000 der Bevölkerung	je 10.000 der Erwerbstätigen	FuE-Potenziallücke der nBl bezogen auf Erwerbstätige in %
1995	alte Bundesländer	250.704		40	87	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	32.612	11,5	18	43	-51
1997	alte Bundesländer	250.545		39	87	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	35.725	12,5	20	47	-46
1999	alte Bundesländer	271.148		42	94	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	35.545	11,6	20	47	-50
2001	alte Bundesländer	270.354		42	92	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	36.903	12,0	21	50	-46
2003	alte Bundesländer	267.610		41	86	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	30.463	10,2	18	42	-49
2005	alte Bundesländer	274.978		42	87	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	29.525	9,7	18	41	-52
2007	alte Bundesländer	290.343		44	90	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	31.510	9,8	19	43	-52
2009	alte Bundesländer	299.301		46	91	
	neue Bundesländer einschl. Berlin	33.190	10,0	20	45	-51

[1] FuE-Personal in Vollzeitäquivalenten

Quelle: Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (FuE-Datenreport 2012 und Vorgängerreports), Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", eigene Berechnungen

8. Investitionstätigkeit

8.1 Anlageinvestitionen in den neuen Ländern [1] (in jeweiligen Preisen)

- in Mrd. Euro -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 [2]
Anlageinvestitionen insg.	47,0	66,4	81,2	98,9	100,9	96,2	91,6	87,9	84,9	80,2	66,8	58,3	56,9	57,2	55,2	57,2	60,7	62,1	54,0
neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	20,0	22,8	24,8	27,3	27,9	28,3	27,1	29,0	30,3	31,3	26,1	21,6	20,4	22,6	22,4	25,2	27,3	28,1	21,7
Neue Bauten	27,0	43,6	56,4	71,6	72,9	67,9	64,5	58,9	54,7	48,9	40,7	36,7	36,5	34,6	32,8	32,0	33,4	34,0	32,3
Anteil der Bauinvestitionen an den Anlageinvestitionen insges. (in %)	57,5	65,6	69,4	72,4	72,3	70,6	70,4	67,0	64,4	61,0	61,0	63,0	64,1	60,5	59,4	56,0	55,0	54,8	59,8

[1] **neue Länder ohne Berlin; neue Anlagen.** Rundungsbedingte Abweichungen

[2] Daten des Jahres 2009 zu denen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" Daten 2009: Berechnungsstand: August 2011; (Daten bis 2008: Berechnungsstand: August 2010; Revision noch nicht erfolgt)

8.2 Anlageinvestitionen [1] und Kapitalstock in den neuen Ländern [2] je Einwohner sowie Kapitalintensität [4]

- alte Länder = 100 -

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 [5]
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen[1]	57,5	68,8	89,5	102,3	105,2	103,9	94,1	92,2	89,8	84,9	71,1	62,9	61,4	67,0	64,1	66,8	66,7	67,4	64,7
Bauinvestitionen[1]	73,4	111,4	146,9	181,1	185,6	181,0	176,2	154,6	139,0	123,4	105,6	101,4	103,0	100,7	98,2	87,5	87,3	85,3	86,8
Kapitalstock[3]	34,8	37,5	40,6	44,2	48,0	51,6	55,1	58,2	61,1	63,7	65,8	67,3	68,4	69,6	70,7	71,6	72,4	73,2	
Kapitalintensität [4]	36,5	44,2	47,9	50,0	52,6	56,5	60,9	64,8	68,5	73,1	76,6	78,3	79,0	80,0	81,4	81,8	82,2	83,0	

[1] nach ESVG 1995; in jeweiligen Preisen nach Inlandskonzept

[2] **neue Länder und alte Länder jeweils ohne Berlin; neue Anlagen**

[3] alle Wirtschaftsbereiche, in Preisen von 2000

[4] definiert als Kapitalstock je Erwerbstätigen

[5] Daten des Jahres 2009 zu denen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar.

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Daten 2009: Berechnungsstand: August 2011 (Daten bis 2008: Berechnungsstand: August 2010; Revision noch nicht erfolgt)

8.3 Sektorale Entwicklung der Investitionen in den neuen Ländern [1)]

Sektoren	Investitionen in neue Anlagen in Mrd. Euro																		
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 [2)]
Alle Wirtschaftsbereiche	**47,0**	**66,4**	**81,2**	**98,9**	**100,9**	**96,2**	**91,6**	**87,9**	**84,9**	**80,2**	**66,8**	**58,3**	**56,9**	**57,2**	**55,2**	**57,2**	**60,7**	**62,1**	**54,0**
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	**0,6**	**0,9**	**1,1**	**1,4**	**1,5**	**1,3**	**1,2**	**1,3**	**1,4**	**1,3**	**1,2**	**1,3**	**1,1**	**1,3**	**1,3**	**1,4**	**1,7**	**2,0**	**1,8**
Produzierendes Gewerbe [3)]	**11,9**	**19,1**	**20,5**	**21,0**	**20,4**	**19,2**	**16,1**	**15,3**	**14,7**	**13,6**	**14,0**	**11,6**	**11,0**	**13,0**	**11,9**	**13,0**	**14,2**	**14,7**	**11,6**
dar.: Verarbeitendes Gewerbe					*10,1*	*9,7*	*8,9*	*8,6*	*8,5*	*8,7*	*10,1*	*7,8*	*7,5*	*9,5*	*8,4*	*9,4*	*10,1*	*10,6*	*7,6*
Baugewerbe	*2,3*	*3,0*	*3,2*	*3,3*	*2,3*	*2,1*	*1,7*	*1,5*	*1,5*	*1,3*	*1,0*	*0,8*	*0,8*	*0,8*	*0,7*	*0,7*	*0,9*	*0,9*	*0,7*
Dienstleistungsbereiche	**34,5**	**46,4**	**59,6**	**76,5**	**78,9**	**75,6**	**74,3**	**71,3**	**68,8**	**65,3**	**51,6**	**45,5**	**44,9**	**42,9**	**41,9**	**42,8**	**44,8**	**45,5**	**39,9**
dar.: Handel, Gastgewerbe und Verkehr	*9,7*	*10,6*	*11,5*	*12,8*	*11,8*	*8,6*	*7,3*	*6,8*	*7,2*	*7,1*	*6,1*	*5,7*	*5,7*	*6,0*	*7,0*	*8,5*	*9,0*	*8,2*	
Finanzierg., Vermietg., Unternehmensdienstlst.	*14,2*	*20,0*	*27,9*	*38,2*	*41,6*	*45,3*	*47,4*	*44,3*	*41,6*	*39,0*	*27,4*	*22,3*	*20,8*	*19,7*	*18,7*	*18,2*	*19,5*	*21,3*	
Öffentliche und private Dienstleister	*10,6*	*15,7*	*20,2*	*25,5*	*25,6*	*21,7*	*19,7*	*20,2*	*20,0*	*19,2*	*18,0*	*17,5*	*18,4*	*17,2*	*16,2*	*16,1*	*16,3*	*16,0*	

Sektoren	Veränderungen zum Vorjahr in %																		
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Alle Wirtschaftsbereiche	·	**41,1**	**22,3**	**21,8**	**2,0**	**-4,6**	**-4,7**	**-4,1**	**-3,4**	**-5,6**	**-16,7**	**-12,7**	**-2,4**	**0,5**	**-3,6**	**3,8**	**6,1**	**2,4**	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	·	**56,8**	**13,8**	**37,7**	**5,0**	**-14,6**	**-9,1**	**12,4**	**4,3**	**-6,1**	**-9,4**	**6,8**	**-16,6**	**21,5**	**3,5**	**4,0**	**26,8**	**13,3**	
Produzierendes Gewerbe	·	**60,5**	**7,5**	**2,2**	**-2,7**	**-5,7**	**-16,2**	**-5,2**	**-3,9**	**-7,2**	**2,8**	**-17,6**	**-5,2**	**18,7**	**18,7**	**18,7**	**18,7**	**18,7**	
dar.: Verarbeitendes Gewerbe	.					*-4,0*	*-8,2*	*-3,7*	*-0,7*	*2,3*	*15,3*	*-22,4*	*-4,0*	*26,9*	*-11,4*	*11,1*	*7,7*	*5,1*	
Baugewerbe	.	*26,9*	*7,4*	*4,3*	*-29,7*	*-9,7*	*-21,4*	*-11,3*	*-0,3*	*-12,3*	*-25,8*	*-18,4*	*5,3*	*-8,0*	*-9,2*	*8,8*	*22,7*	*-6,1*	
Dienstleistungsbereiche	·	**34,2**	**28,6**	**28,2**	**3,2**	**-4,2**	**-1,7**	**-4,2**	**-3,4**	**-5,2**	**-21,0**	**-11,8**	**-1,2**	**-4,4**	**-2,3**	**2,1**	**4,7**	**1,6**	
dar.: Handel, Gastgewerbe und Verkehr	.	*9,3*	*8,6*	*10,7*	*-7,8*	*-26,8*	*-15,3*	*-6,7*	*6,2*	*-2,4*	*-13,0*	*-7,5*	*0,9*	*5,0*	*17,1*	*20,4*	*5,9*	*-8,3*	
Finanzierg., Vermietg., Unternehmensdienstlst.	·	*40,9*	*39,1*	*37,0*	*8,8*	*8,9*	*4,6*	*-6,5*	*-6,0*	*-6,3*	*-29,6*	*-18,9*	*-6,5*	*-5,1*	*-5,4*	*-2,4*	*6,8*	*9,5*	
Öffentliche und private Dienstleister	·	*47,9*	*28,8*	*26,1*	*0,4*	*-15,0*	*-9,4*	*2,4*	*-0,8*	*-4,0*	*-6,3*	*-2,6*	*4,8*	*-6,6*	*-5,5*	*-0,7*	*1,5*	*-2,4*	

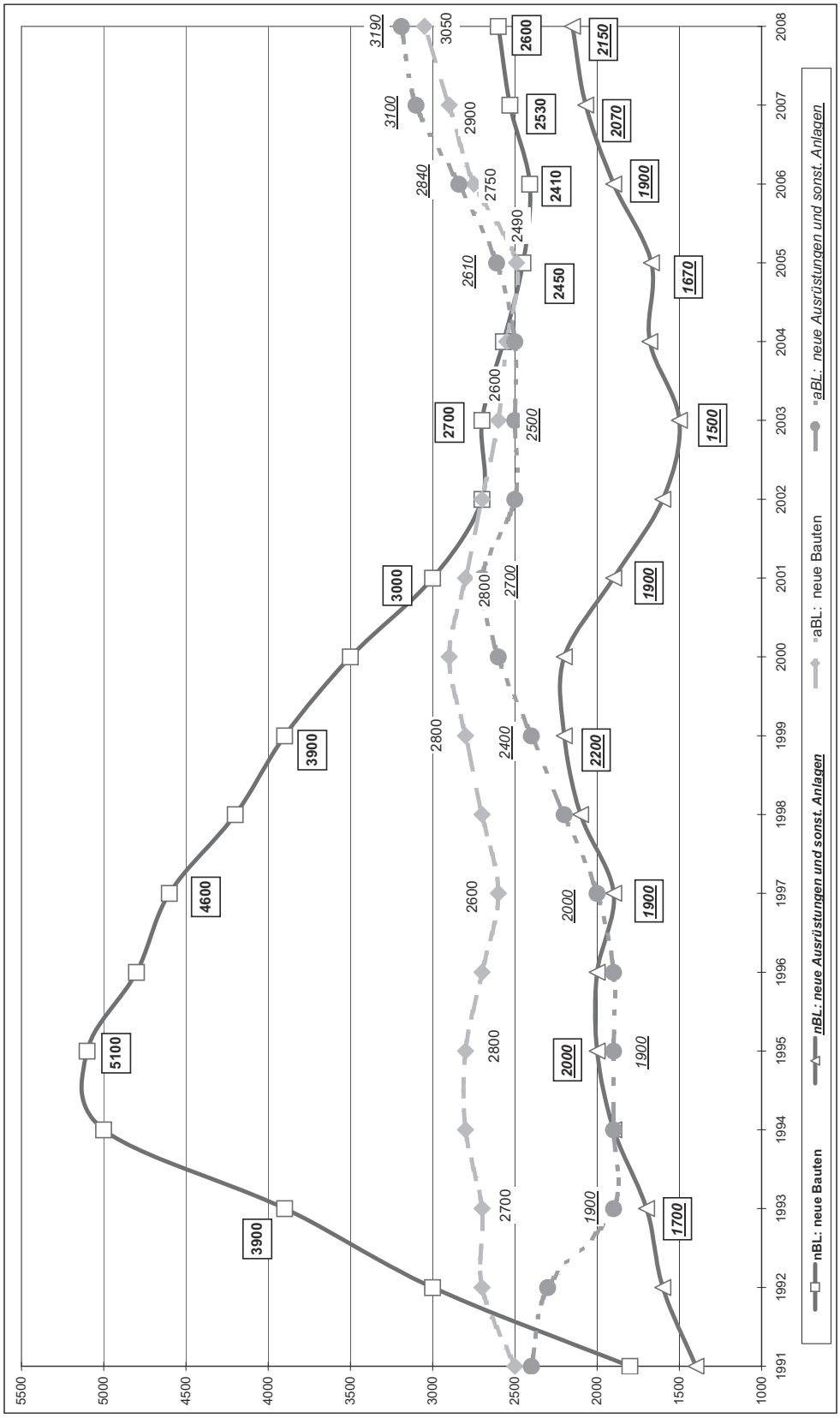
[1)] Nach ESVG 95, in jeweiligen Preisen, **Neue Länder ohne Berlin**

[2)] Daten des Jahres 2009 zu denen der Vorjahre nur bedingt vergleichbar.

[3)] 2009: ohne Baugewerbe

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder"; Daten 2009: Berechnungsstand: August 2011 (Daten bis 2008: Berechnungsstand: August 2010; Revision noch nicht erfolgt)

8.4 Investitionen aller Wirtschaftsbereiche je Einwohner (Ost-West-Vergleich in Euro)



Neue und alte Bundesländer jeweils **ohne Berlin**

Investitionen: in jeweiligen Preisen; Einwohner: Jahresdurchschnitt

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" (Berechnungsstand: August 2010), eigene Berechnungen

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333